

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Monatspreis 2,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 23 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntag-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Ausschluss für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für  
 dreistellige und gemischtschriftliche Zeichen-  
 und Bezeichnungen-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloß-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69,  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69,  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.



### Arbeitendes Volk von Berlin!

Die Junkerregierung beugt sich dem Foch der Reaktionäre. Die Wucherzölle und die Hungerpreise sollen erhalten, die Finanzreform der halben Milliarde vom schwarzen Schnapsblock durchgepeitscht werden. Nur die anwachsende Wucht einer starken Volksbewegung kann den Verderbern des deutschen Volkes ein Halt gebieten.

### mächtigen Demonstration

Ercheint in Massen! Keiner fehle!



### Erwägungen statt Brot!

Es ist nicht das erstemal, daß die Sozialdemokratie die Deckung der Grenzen zur ungehinderten Einfuhr von Brotgetreide gefordert hat, und es wird nicht das letztemal sein. Eine solche Forderung macht sich immer wieder geltend in einem Lande, dem durch Lebensmittelschleier das Leben erschwert wird, sobald die Brotpreise eine ungewöhnliche Höhe erreichen. Sie wird wiederkehren, bis sie durch völlige Beseitigung der Lebensmittelschleier endlich ein für allemal gegenstandslos geworden ist. Daß auch diesmal die Regierung und die herrschenden Parteien sich rundweg ablehnend gegenüber dem sozialdemokratischen Verlangen verhielten, war vorauszusehen. Der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zeigte aber nur einmal wieder seine Verständnislosigkeit für Parlamentarismus, wenn er mit dem Hinweis auf die Haltung der Regierung und der Agrarier das sozialdemokratische Vorgehen als unzumutbar abtrumpfen zu können glaubte. Treten irgendwelche Schäden im Staatsleben zutage, dann ist es eine gebieterische Pflicht der Volksvertreter, sie aufzudecken, auch wenn die herrschenden Gewalten nicht zu deren Abstellung zu bewegen sind. Und machen sich diese Schäden periodisch in besonders starker Weise wieder geltend, dann muß auch die Kritik stets von neuem einsetzen, weil man nur auf solche Weise das ganze Regierungssystem untergraben kann, das solche unheilvollen Wirkungen zeitigt. Nicht weil die Sozialdemokraten glauben, daß der verfliehende Schneemann Bülow plötzlich zu einem energischen Auftreten gegen die Agrarier zu bewegen sei, nicht weil sie glauben, daß der philosophierende Bureaufkrat v. Bethmann-Hollweg zu einem Bruch mit seiner ganzen Vergangenheit bewegen werden könnte, nicht weil sie glauben, die Herren Rösche, Graf Schwerin, Gerold und Spahn von der Verderblichkeit künstlicher Brotverteuerung überzeugen zu können, wurde die Interpellation eingebracht, sondern um in die weitesten Kreise des Volkes Aufmerksamkeit zu tragen über die Verderblichkeit des herrschenden Systems der Bureaufkraten- und Junkerherrschaft mit seiner volksausfahrenden Wirtschaftspolitik.

Auch sollte diese Erörterung ein Beitrag sein zur Aufklärung der Volksbewegung, die eingeleitet hat mit dem Kampf gegen den sauberen Plan, durch 400 Millionen Mark neue Steuern die Volksausfahung im großen zu betreiben. Gebt sich die Wertschätzung dieser Steuerprojekte doch besonders stark ab von dem düsteren Hintergrunde der steigenden Lebensmittelpreise und der wachsenden Not.

In der Begründung der Interpellation hatte Genosse Mollenhuth auf Grund eines umfangreichen Tatsachenmaterials nachgewiesen, wie die Zollsätze für Brotgetreide als Zuschlag zu den an sich hohen Weltmarktpreisen verteuern einwilligen auf den Brotkonsum in Deutschland trotz einer günstigen Anlandsernte. Dazu kommt, daß das System der Einfuhrschleiere direkt die Ausfuhr von deutschem Getreide begünstigt, so daß, wie der freisinnige Abgeordnete Kämpf in der späteren Diskussion noch näher ausführte, ein bedenklicher Mangel an deutschem Weizen in Deutschland künstlich hervorgerufen sei, trotzdem zur Herstellung von Brot die Mischung deutschen und ausländischen Getreides erforderlich sei. Da nun gerade die kleineren Mühlen das deutsche Getreide nicht wie die größeren Mühlen durch eine Mischung verschiedener ausländischer Getreidearten erleben können, wirkt das gegenwärtige System durch Vereinträchtigung der kleineren Mühlen obendrein im höchsten Grade mittelstandsfeindlich. Nach echter Quacksalbermanier sucht bekanntlich die agrarische

Meckheit diese unheilvolle Nebenwirkung der herrschenden Agrarpolitik wieder wettzumachen durch eine gestaffelte Mühlenumsatzsteuer. Der gewünschte Zweck, den kleinen Mühlen zu helfen, würde doch nicht dadurch erreicht werden; aber wirtschaftliche Schäden schwerster Art wären die notwendige Folge davon. Mollenhuth spitzte seine Erörterungen zu einem scharfen Angriff auf die Agrarpolitik der Junker und ihrer Handlanger in den Regierungskreisen zu. Daß die gegenwärtige Regierung sich zu einem Kampfe gegen die Agrarier ernstlich aufraffen könne, sei zwar nicht zu erwarten, aber um einen Wahlkampf unter der Parole für oder wider die Agrarier werde man später doch nicht herumkommen können.

Der einzige verantwortliche Staatsmann, über den das Deutsche Reich verfügt, der Herr Reichskanzler Fürst Bülow, zog es auch diesmal vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Er hat es durch seine Methode, allen ernstlichen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und nur wie ein flüchtiger Kommet gelegentlich am parlamentarischen Himmel zu erscheinen, glücklich dahin gebracht, daß die Nennung seines Namens nur noch Seiterkeit erweckt. Man hatte von vornherein gar nichts anderes erwartet, als daß der unverantwortliche Herr von Bethmann-Hollweg die übliche Ablehnung, mit einigen wohlwollenden Komplimenten verbrämt, dem Reichstag servieren würde. Der Herr Staatssekretär benutzte denn auch mit großem Eifer diese Gelegenheit, um zu zeigen, daß die Gruppe von Leuten, die man Reichsregierung zu nennen pflegt, in dieser Frage mit den Junkern ein Herz und eine Seele ist. An der bewährten Zollpolitik wollen sie festhalten mit eiserner Konsequenz. Die Not des Volkes schenkt sie aus ihrer Gemütsruhe nicht auf. Aber etwas wollen sie doch tun: Sie wollen Erwägungen veranstalten. Wenn der Reichstag es wünscht, wollen sie sogar eine Denkschrift ausarbeiten über die Wirkung der Einfuhrschleiere. Die Teuerung, die durch die vorjährige Welsternte herbeigeführt wurde, kann ja mittlerweile gemildert sein, wenn die Denkschrift erscheint. Und schließlich ist die Regierung nie verlegen gewesen um Gründe für die Ablehnung jeder antiagrarischen Aktion. Mit dem Versprechen von Ermäßigungen war sie von jeher sehr freigebig; das kostet nichts außer Papier und Druckerlöcher und zeigt doch, wie zugänglich diese erleuchteten Staatsmänner für alle Anregungen sind.

Auf „Erwägungen“ war denn auch der Ton der Ausführungen seitens der agrarischen Redner aus dem Hause gestimmt. Herr Pieper, der für das Zentrum das Wort ergriff, will nächstes Jahr der Frage näher treten. Die Mißstimmung, die in den Kreisen der katholischen Arbeiter wegen der Brotverteuerung sich Bahn brach, legte aber doch dem Leiter der Gladbacher Agitatorenschule den Gedanken nahe, sich über die starke Ausfuhr deutschen Getreides nach dem Auslande zu beschweren. Ganz im Bethmannschen Gedankengange bewegte sich der freikonserervative Dr. Arendt, der da entbehrte hatte, die Frage sei jetzt eigentlich nicht zeitgemäß; „nach der Ernte“ könne man darüber reden. Die schärfere agrarische Tonart kam nun in dem Grafen Schwerin zum Wort, während der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Seim sich sichtlich bemühte, in einer bei ihm ganz ungewöhnlichen rein sachlichen Erörterung die nachteilige Wirkung der Getreideschleiere hinwegzudeuten.

Unterstützt wurde das Vorgehen der Sozialdemokraten durch die Freisinnigen Kämpf und Fechter und in etwas zaghafter Weise auch durch den Polen Kulerski, dessen Fraktion aus Rücksichten auf die Arbeiter sich entgegen ihren neueren Bundesgenossen für die zeitweilige Aufhebung der Brotsteuer aussprach. Eindringlich polemisierte dann Genosse Südekum gegen die flachen Ausführungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg, indem er hervorhob, daß die herrschende Agrarpolitik geradezu einen verbrecherischen Charakter trage, da sie durch Verteuerung der Lebensmittel die Volksgesundheit schädige.

Dann wurde die Debatte vertagt auf unbestimmte Zeit. Aber nicht vertagt ist die Brotverteuerung, und hoffentlich wird auch das deutsche Volk seinen Grimm über die verderbliche Herrschaft der Junker und ihrer bürokratischen Handlanger nicht vertagen, sondern sich ernstlich daran machen, die längst spruchreifen Erwägungen, wie man dieser Schandwirtschaft ein Ende machen kann, entschlossen in die Tat umzusetzen.

### Die Verantwortung der Liberalen.

Der ekle Bülow kämpft jetzt mit allen Mitteln um einen guten Abgang. Nichts schmerzt ihn so sehr, als daß selbst die Feuilletonisten in der liberalen Presse, die sich dem regierenden Feuilletonisten so seelenverwandt gefühlt haben und ihre Seelenverantwortung so oft in lauten Lobeshymnen ausfließen ließen, ihn jetzt mit durch die Enttäuschung gesteigelter Heftigkeit als armen Jämmerling verhöhnen, der aus der Schlacht davonläuft, ohne die entscheidende Tat gewagt zu haben. Deshalb läßt Bülow seine Offiziösen mit aller Macht arbeiten, um wenn nicht den Ruhm des Feldes, so den des Märtyrers zu erlangen. So versichert die hochoffizielle „Südd. Korresp.“:

„In einem unparteiischen Blatt wird zur Rechtfertigung der Konservativen bemerkt, sie hätten als Folge ihrer

Haltung in der Erbschaftsteuerfrage den Rücktritt des Reichskanzlers nicht gewollt. Diese Art der Entschuldigung sollten die Konservativen selbst ablehnen. Man führt nicht, mit Hilfe anderer, einen wohlwollenen Streich, um dann zu murmeln, es sei aus Unbedacht geschehen. Man stürzt nicht nebenher und ahnungslos den Reichskanzler. Die konservativen Führer durften nach ihrer Kenntnis der politischen Lage keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer durch die konservative Partei dem Rücktritt des Fürsten Bülow nach sich ziehen mußte. Sie wußten, was sie taten, als sie — unter polnischem Beistand — eine Mehrheit gerade gegen diese Vorlage zustande brachten. Diese Tatsache, daß die Konservativen durch parlamentarische Schwachzüge mit dem Zentrum und den Polen zu ungeliebter Zeit einen Kanzlerwechsel in Deutschland heraufbeschworen haben, ist durch nichts zu verbunkeln. Mit der Abstimmung der Konservativen in der Erbschaftsteuerfrage hat Fürst Bülow sein Entlassungsgesuch begründet und den Kaiser von der Notwendigkeit, es zu genehmigen, überzeugt. Auf die treuerzige Vermutung, der Entschluß zum Rücktritt sei vielleicht nicht unwiderruflich, kann nur ein Nichtwissender kommen. Der Kanzler hat mit seinem Abschiedsgesuch weder gespielt, noch ab irato gehandelt. Es ist ein vom Kaiser gebilligtes Ergebnis reiflicher Überlegung.

Zentrum und Polen wollten von vornherein die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform zum Sturz des Reichskanzlers benutzen. Dafür suchten sie Helfer und fanden die Konservativen.“

Das ist bitter und man darf auf die Antwort der „Angeklagten“ gespannt sein. Nur daß Bülow, wenn er als Opfer der Konservativen fällt, diesen Ausgang seiner eigenen Feigheit zuschreiben hat. Und daß gerade sein Jammern beweist, wie sehr ihn das Martyrium schmerzt.

In ähnlicher Weise schiebt auch die „Köln. Ztg.“ alle Schuld auf die Konservativen, indem sie gleichzeitig deren Hauptangabe, die Erbschaftsteuer sei für die Konservativen eine Gewissensfrage gewesen, folgendermaßen abtut:

Der Rücktritt Bülows sei nicht lediglich durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer veranlaßt worden. Denn die Frage der Erbsteuerung war nur eine taktische, durch deren Ausübung das Zentrum im Bunde mit den Konservativen sich die Herrschaft im Reich sichern wollte. Ob die Konservativen diese Absicht nicht genügend erkannten, bleibe dahingestellt. Bei den verschiedensten Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen den Konservativen und der Regierung stattgefunden, wiesen diese, wenn sie zu einer bestimmten Stellungnahme in einer Frage angegangen wurden, darauf hin, daß sie vorher mit dem Zentrum sich besprechen müßten. Damit war der aberwiegende Einfluß einer Partei erwiesen, welche im Volke nur eine kleine Minderheit bedeutet, und die auch deshalb beanstandet werden muß, weil sie — was sie auch sagen möge — im Grunde doch eine kirchliche oder konfessionelle Partei ist, bei deren Entschlüssen politische Erwägungen nicht immer maßgebend sind. Diese Bedeutung des schwarzen Blockes, der nicht nur einen Zentrumsentschluß hat, sondern in dem das Zentrum zu einer führenden Stellung gelangt ist, ist für die Entschliebung des Fürsten Bülow maßgebend gewesen. Nicht die Frage der Erbsteuerung, sondern die gesamte politische Lage, die sich aus dem Zusammengehen von Zentrum und Konservativen ergab, hat es dem Fürsten Bülow nach seiner Auffassung unmöglich gemacht, im Amte zu verbleiben. Das nächstliegende Mittel gegen diese neue politische Gestaltung wäre offenbar die Auflösung des Reichstages gewesen, zu der sich insofern alle maßgebenden Kreise vorläufig nicht entschließen wollten aus Gründen, auf die an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden soll.“

Aber nicht nur die Konservativen sind Schuld daran, daß der arme Bülow gehen muß. Auch die Verbündeten der Regierung haben ihn im Stiche gelassen und eigentlich ist es nicht Bülow, sondern die Verbündeten der Regierung, die schmachvoll umgefallen sind. Das verkündet die offiziöse „Köln. Ztg.“ mit folgenden Worten:

„Der Kommentar der kaiserlichen Rundgebung, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ für nötig gehalten hat, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, hat klar zu erkennen gegeben, daß die jegliche Krise einzig und allein dem Umfalle der Verbündeten der Regierung entspringt. Sie haben das „positive Ergebnis“ der Reichstagsverhandlungen gar nicht erst abgewartet, sondern voraus erklärt, daß sie die Reform mit der neuen Mehrheit machen und nur zusehen würden, das mißgestaltete Gebilde des schwarzen Blockes soweit zu veredeln, daß ihm wenigstens die schädlichsten Auswüchse — Notierungssteuer, Mühlenumsatzsteuer und Kohlenausfuhrzoll — ausgeschnitten würden. Bei dieser Reigung des Bundesrats, vor dem konservativ-merikal-polnischen Bunde zu kapitulieren, angefaßt eines Umfalle, der nach den großen Worten, mit denen die Vertreter der Einzelstaaten sich gegen die Steuerverschlechterung durch diese Mehrheit gewehrt haben, schier für unmöglich gehalten wurde, konnte freilich Fürst Bülow die Geschäfte nicht weiterführen, wenn er nicht mit dem Bundesrat seine ganze Reputation aufs Spiel setzen wollte. Daß die Dinge tatsächlich so liegen, bestätigt unser Berichterstatter in Dresden; er telegraphiert uns: „Ich erfahre aus guter Quelle, die Reichsregierung werde keinen Teil der Finanzreform bis zum Herbst vertagen, sondern auf dem Kompromißwege die Sache schnell erledigen. Etwas Ähnliches deutete vor einigen Tagen der Finanzminister Rager an.“

Dagegen wird im frommen „Reichsboten“ die umgekehrte Klage laut. Der jammert über die Zerfahrenheit, die im Bundesrat geherrscht habe, der in seiner Stellung zur Finanzreform nichts weniger als einheitlich gewesen sei. Schuld daran aber sei Bülow selbst gewesen, der die alten verdienten Herren, die im Bundesrat beieinanderstehen, nicht immer mit der nötigen Langmut behandelt habe. Man höre nur:



Schon bald nachdem Bülow auf den Posten des Reichskanzlers gelangt war, sprach man im Bundesrat zunächst schüchtern und dann immer offener von der „Fuchtel“ des Reichskanzlers. Wenn auch Fürst Bülow im persönlichen Verkehr mit den einzelnen Bundesratsmitgliedern ebenso wie in Besprechungen mit Parlamentariern und in der Konversation sozusagen mit aller Welt auch jederzeit Politesse zeigte, mit der er leicht für sich einzunehmen verstand, so wirkte doch die kategorische und peremptorische Art, wie er für seine Wünsche oft wesentlich nach der formalistischen und äußerlichen Seite fast überkleinlich Nachsicht begehrte, geradezu verlegend.

Dann wird als einer, der besonders schlecht behandelt wurde, der bairische Vertreter, Graf Verchenfeld, genannt, und angedeutet, daß der Grund darin bestanden habe, daß der Graf beim Kaiser nicht beliebt war, was ja auf den Charakter des Fürsten Bülow allerdings ein charakteristisches Licht werfen würde.

Aber die Verfahrensweise der jetzigen Situation ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß alle Konflikte zwischen Kanzler und Bundesrat, die sonst so sorgsam vor der Öffentlichkeit verhüllt werden, jetzt von den Beteiligten selbst ans Tageslicht gezerrt werden; sie sind auch gekennzeichnet durch den Streit zwischen den wirklichen Machthabern, den Herren v. Heydebrand und Spahn, und den jeder Führung und jeder Autorität beraubten Bundesrat. Während Bülow nur mehr für seinen Retrolog arbeitet, möchte der Bundesrat die halbe Milliarde neuer Steuern in Sicherheit bringen und soweit es sich um die indirekten Steuern handelt, ist er mit dem Schnapsbrot einig. Dagegen hat der Bundesrat wiederholt beteuert, daß die Wörstener, vor allem die Notierungssteuer, für ihn unannehmbar seien, und hat an die Regierung Heydebrand-Spahn die Aufforderung ergoßen lassen an Stelle dieser Steuern andere vorzuschlagen. Damit war zugleich feierlich anerkannt, daß der Bundesrat sich seiner Regierungsfunktionen entkleidet und diese an die Führer des schwarzen Blocks abgetreten hat. Dieser aber lehnt die Aufforderung des Bundesrats, ihm die Arbeit abzunehmen, dankend ab. Es wäre aber sehr verfehlt, aus dieser Arbeitscheu der beiden Regierungen, der wirklichen und der Scheinregierung, die Hoffnung zu schöpfen, daß das Durchgreifen der Finanzreform etwa verhindert werde. Vielmehr wird dadurch die Gefahr vergrößert, daß schließlich eine Finanzreform zustande kommt, die fast ausschließlich indirekte Steuern den arbeitenden Massen auferlegt. Immer wieder verkünden Konservative und Liberale, daß die Finanzreform in kürzester Frist gemacht werden würde, und die Angst vor der Reichstagsauflösung hält den Herren so tief in den Knochen, daß sie es in der Frage der Wörstener sicher nicht zu einem neuen Konflikt kommen lassen werden.

Kann aber das Zustandekommen einer solchen Finanzreform wirklich geduldet werden, solange nicht alle Mittel des Widerstandes erschöpft sind? Daß der schwarze Block überhaupt über eine Majorität verfügt, ist wesentlich eine Folge der liberalen Stichwahltaktik von 1907; um so mehr Grund hätten jetzt die Liberalen, energischer als bisher im Reichstag aufzutreten. Wenn sie wollen, so können die schwarzen Pläne der Durchgreifer einer Finanzreform, die den junkerlichen Schnapsbrennern die Liebesgabe erhöht, Handel und Verkehr schädigt und die vor allem ein Raub an den arbeitenden Massen des deutschen Volkes ist, vereitelt werden. Eine energische Politik in und außerhalb des Parlaments bietet bei der wachsenden Erregung des Volkes, der steigenden Erbitterung der Massen, bei der Desorganisation und Autoritätslosigkeit der Regierung die besten Aussichten auf Erfolg. Die Liberalen können, wenn sie Mut haben, noch im letzten Moment sich für den Verrat revanchieren, den die Konservativen und die Regierung an den töricht Vertrauensseligen verübt haben. Können sie aber diesen Mut nicht aufbringen, so sind sie es, die die Verantwortung an dem Zustandekommen der Reform des schwarzen Blocks mit tragen.

## Ein Schweigegebot im Prozeß Eulenburg?

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet unter anderen Mitteilungen zum Prozeß Eulenburg die folgende:

„Da die Verhandlung selbst geheim durchgeführt wird, sollen auch Vorkehrungen getroffen werden, um Mitteilungen außerhalb des Gerichts an die Öffentlichkeit möglichst zu verhindern. Insbesondere will man verhindern, daß Zeugen, wie es im Vorjahre geschehen ist, von Unberufenen über Vorgänge des Prozesses und ihrer Zeugenaussage ausgefragt werden und sensationelle „Enthüllungen“ in die Welt gesetzt werden, durch die der Gang des Prozesses beeinflusst werden könnte.“

Wenn diese Korrespondenz recht unterrichtet ist, so soll also der Prozeß des Fürsten unter hermetischem Verschluss durchgeführt werden. Daß das bei allem, was in dieser Affäre schon Eigenartiges geschehen ist, eine große Gefahr für den Rest von Aussehen bedeutet, den die deutsche Justiz allenthalben in nicht allzubreiten Kreisen der deutschen Bevölkerung noch besitzen mag, darüber sollten die für die hier angelegten Maßnahmen Verantwortlichen eigentlich nicht im Zweifel sein können. Zumal ein Schweigegebot ungeschicklich ist! In den Hardenprozessen und im ersten Eulenburgprozeß hat man es auf Umwegen zu erreichen versucht. Allerdings vergebens. Kurz vor dem Abbruch des ersten Eulenburgprozesses hat sich deshalb ja das Gericht genötigt gesehen, wenigstens einen Vertreter der Presse zuzulassen, um die Verbreitung falscher Berichte zu verhüten. Wenn es nun verhüten will, daß der Gang des neuen Prozesses durch „sensationelle Enthüllungen“ beeinflusst wird, so braucht es seine damalige Maßnahme nur zu wiederholen: es muß den Vertreter der Presse von Anfang an zulassen! Tut es das nicht, sondern erläßt es, direkt oder indirekt, ein Schweigegebot, so wird es voraussichtlich gerade die Verbreitung unkontrollierbarer Mitteilungen über den Prozeßverlauf befördern, und gerade deshalb den Eindruck nicht verhindern können, daß dieses Schweigegebot weniger aus der Sorge um den unbeeinträchtigten Gang des Prozesses diktiert ist, als aus dem Bestreben heraus, der Öffentlichkeit ein Urteil über die Prozeßführung und über die Schuld des Liebenbergers unmöglich zu machen!

Sie steht es übrigens mit der Behauptung der „Nationalzeitung“, daß die Geschworenen für diesen Prozeß aus den besseren Gesellschaftskreisen gewählt werden? Die Öffentlichkeit hat ein lebhaftes Interesse daran, darüber näheres zu hören! Ein Schweigen der Justizbehörden zu dieser befreundlichen Behauptung müßte als Bejahung gedeutet werden!

Uebrigens ist Fürst Eulenburg am Dienstagabend aus Liebenberg in Berlin eingetroffen und hat seine Wohnung in der Königin-Augusta-Straße bezogen. Er soll sich gut befinden.

## Neue preussische Steuern.

Mit dem heutigen Tage tritt die Novelle zum preussischen Stempelsteuergesetz in Kraft. Durch diese werden der Mittelstand und die Arbeiterklasse empfindlich belastet. Am 11. Juni hatten wir die wesentlichsten Vorschriften dieser Novelle in der Form, wie sie im Abgeordnetenhaus beschlossen waren, zusammengestellt. Dann hat das Herrenhaus unter Beilegung der Finanzkommission einige Änderungen angenommen, denen teilweise das Abgeordnetenhaus beitrug. Das Herrenhaus genehmigte die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses am 25. Juni.

Die durch diese neuen Beschlüsse hervorgerufenen Änderungen in dem am 11. Juni von uns entworfenen Blatte betreffen den Mietsstempel und die Automatensteuer. Darnach gilt für die Mieten und für die Automaten von heute ab folgendes:

Der Mietsvertragsstempel (der nicht auf dem Vertrag, sondern in einem vom Vermieter zu führenden Verzeichnis quittiert wird) wird zurzeit von allen schriftlichen Mietsverträgen erhoben, deren Mietszins 300 M. jährlich übersteigt und beträgt  $\frac{1}{10}$  Proz. des Mietszinses. Künftig wird der Stempel für alle, auch mündliche Mietsverträge erhoben. Die Grenze der Stempelspflichtigkeit soll bei dem Jahreszins von 300 M. (oder einer entsprechenden 150 M. übersteigenden Quote für einen Teil des Jahres) beginnen, der Mietsstempel wird aber erheblich, nämlich von  $\frac{1}{10}$  auf  $\frac{1}{20}$  bis 2 Proz. erhöht. Stempelbeträge unter 50 Pf. werden auf 50 Pf. abgerundet. Beträgt bislang der Mietsstempel bei einer Miete von 300 bis 500 M.: 50 Pf., bei einer Miete von 500 bis 1000 M.: 1 M., bei einer Miete von mehr als 1000 bis 1500 M.: 1,50 M., bei mehr als 1500 bis 2000 M.: 2 M. usw., so beträgt vom 1. Juli ab der Stempel bei Jahresmieten von

mehr als 300 M. bis 400 M.	0,50 M.
400 „ „ 500 „	1,00 „
500 „ „ 600 „	1,50 „
600 „ „ 688,66 „	2,00 „
688,66 „ „ 833,33 „	2,50 „
833,33 „ „ 1000 „	3,00 „
1000 „ „ 1125 „	4,50 „
1125 „ „ 1250 „	5,00 „
1250 „ „ 1375 „	5,50 „
1375 „ „ 1500 „	6,00 „
1500 „ „ 1625 „	6,50 „

usw. bis 2000 M.  $\frac{2}{10}$ , bis 3000 M.  $\frac{3}{10}$ , bis 4000 M.  $\frac{4}{10}$ , bis 5000 M.  $\frac{5}{10}$  usw., bei mehr als 20 000 M. 2 Proz. der Jahresmiete. Betrifft das Mietsverhältnis Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, so bleibt die Hälfte der Stempelabgabe unerhoben. Betrifft ein Mietsverhältnis zum Teil Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, zum Teil andere Räume, so tritt die Ermäßigung nur ein, wenn in den vom Vermieter zu führenden Stempelverzeichnisse eine entsprechende Trennung des Mietszinses gemacht ist. Mietsverträge, durch die Gastwirte oder Zimmervermieter Fremde zur Verbergerung aufnehmen, sind stempelbefrei.

Es sind Jahreskarten für jeden auf Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Orten und Plätzen oder in Gast- und Schankwirtschaften zur Aufstellung gelangenden Automaten zu lösen. Die Steuer beträgt für Warenautomaten mit einem bis vier Warenbehältern 1 M., mit mehr Warenbehältern 2 M., für Stereoskop-, Schau- oder Scherzautomaten 3 M., für Musikautomaten zwischen 2 und 50 M., für Automaten anderer Art 1 M. Automaten, die zu Betriebszwecken öffentlicher Behörden aufgestellt werden und solche, die zur Verbergerung von Speisen und Getränken in Restaurationen oder zur Abgabe von Gas oder Elektrizität zu hauswirtschaftlichen und kleingewerblichen Zwecken dienen, sind steuerfrei.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juni 1908.

### Sozialdemokratie und Reaktion.

Ueber dieses Thema leitet die „Vossische Zeitung“, die sich von selbst versteht, leitet sie eine alte, alte Weise: die Stücker der Reaktion durch die Sozialdemokratie. Wie weit hätte es der herrliche deutsche Liberalismus bringen können, wenn ihm nicht die Sozialdemokratie die Schwingen und die Courage ramponiert hätte! Die „Vossin“ hat die alten Jahrgänge der „Freisinnigen Zeitung“ durchgeblättert und serviert ihren geduldbigen Lesern alle die ollen Kamellen wieder, mit denen einst Eugen Richter seine Plänen zu trösten pflegte, wenn sie wieder einmal fürchterliche Prügeln von rechts und links besahen hatten. Von den Unterhandlungen Bismarcks mit Lassalle bis zu den — Stichwahlen 1907 (I) geht die Liste der „Vossin“. Nach ihrer Geschichtsbeschreibung hat nämlich bei diesen Stichwahlen die Sozialdemokratie die Reaktion gestärkt, indem sie sich angeblich in einigen Fällen schände der Verpflichtung entzog, liberale Kandidaten herauszuheben. Der Liberalismus, der mit den Junkern zum Block zusammenging, der den Konservativen in Haupt- und Stichwahl 25 Mandate zuschanzte, tat nach der Ansicht der „Vossischen Zeitung“ natürlich nur seine Pflicht.

Der Haupttrumpf der „Vossin“ aber sind diese beiden Schlußsätze:

„Und heute? Die Sozialdemokratie ist der Fels, worauf der schwarze Block die Zukunft aufbaut. Mit der Sozialdemokratie machen die Mehrheitsparteien die Regierungen vor einer Auflösung des Reichstages graulich; mit dem Hinweis auf einen Erfolg der Sozialdemokratie suchen sie die Reichstagsmitglieder zu überzeugen, daß die Finanzreform nach Neuwahlen weniger Aussicht habe als gegenwärtig. Denn die Sozialdemokratie werde alle indirekten Steuern ablehnen und der schwarze Block, dem man den Krieg erklärt, nach den Wahlen dasselbe tun, nichts betwählen.“

Sollte also die Regierung insofern die Auflösung des Reichstages unterlassen und der konservativ-ultramontan-politischen Reaktion einen Triumph bereiten, wenn wäre dieser Ausgang zu danken? In erster Reihe der Sozialdemokratie.“

Die Beweiskraft ist zweifelschütternd. Um so mehr, als sie von dem Organ jenes Modifizierens vorgebracht wird, der durch seine jammertliche Haltung in erster Reihe verschuldet hat, daß das Proletariat niemals dazu kommt, mit dem Vürgerturn eine Strecke lang gemeinsam gegen die Junker zu marschieren. Die löbliche Beweiskraft der Vossin ist die des bösen Gewissens. Sie gleicht aufs Haar der folgenden: „Wenn's keine Juden gäbe, gäb's auch keinen Antisemitismus. Wer ist also schuld am Antisemitismus? Wer anders als die Juden!“

Der zwingenden Beweiskraft dieses Schlusses werden sich die Herren von der „Vossischen Zeitung“ sicherlich nicht entziehen können.

### Die Finanzreform im Bundesrat.

Offiziös wird gemeldet, daß am Mittwoch vormittag die Mitglieder des Bundesrats im Weisen zahlreiche einzelstaatliche Minister zu einer vertraulichen Besprechung versammelt waren, um zu der neuen Lage und der dadurch bedingten Gestaltung der Finanzreform Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird vorläufig strenges Stillschweigen beobachtet.

### Kleingrundbesitz gegen Großgrundbesitz.

Das Vossische Bureau meldet: „Vertreter des Bauernstandes aus dem ganzen Reiche gründeten heute unter Teilnahme von mehreren nationalliberalen und freikonservativen Reichstags- und Landtagsabgeordneten den „Deutschen Bauernbund“, dessen Ziel es ist, die Interessen des Bauernstandes in der energischsten Weise zu fördern. Der neue Bund schließt namentlich diejenigen landwirtschaftlichen Interessenten zusammen, die mit der Art und Weise, wie der Bund der Landwirte die Landwirtschaft zu fördern sucht, nicht einverstanden sind. Besonders zahlreich beteiligten sich auch die Anwesenden aus den Provinzen Posen und Westpreußen. Die erste große Bundesversammlung findet 6. Juli in Gnesen statt. Ins Präsidium wurden gewählt, der Reichstagsabgeordnete Wachorst de Wente (freikonservativ) (Erster Vorsitzender), ferner der Landtagsabgeordnete Bamhoff (nationalliberal), Reichstagsabgeordneter Böcher (freikonservativ) und Landwirt Harte (Posen).“

Die Gründung ist ein Zeichen, daß der Interessengegensatz zwischen Kleingrundbesitz und Großgrundbesitz den kleinen Landwirten bewußt zu werden beginnt. Ob dieses Bewußtsein schon stark und allgemein genug ist, um die neue Organisation lebensfähig und zu einem politischen Machtfaktor zu machen, muß sich in Wälde herausstellen. Sicherlich bietet die rückständige Großgrundbesitzerpolitik des Bundes, die Ablehnung der Erbschaftsteuer, dem „Deutschen Bauernbund“ eine gute Angriffsfläche.

### Zur Charakteristik der Nationalliberalen.

In ihrer Angst vor einer Reichstagsauflösung — die übrigens offenbar von den Großindustriellen Rheinland-Westfalens durchweg geteilt wird — sucht das Organ der „Reinisch-Westfälische Zeitung“, nachzuweisen, daß die Zentrumshegemonie nicht notwendig aus der Bildung des schwarzen Blocks bei der Finanzreform folgen müsse. Dabei legt das Blatt den Nationalliberalen, denen es ob ihrer Forderung nach der Auflösung besonders gram ist, folgende häßliche Erinnerung ins Stammbuch:

„Hierbei entbehrt es nicht der Komik, wenn auch nationalliberalen Blättern immer wieder mit dem Schreckgespenst der Zentrumshegemonie gearbeitet wird. Diefelben Politiker sind jahrelang unter dem laudinischen Joch“ des Zentrums fröhlich und fröhlich einbergeschnitten, haben die Zentrumspolitik Bülowens ohne mit den Wimpern zu zuden mitgemacht und jeden als Rädler angegriffen, der aus nationalen Gründen gegen die Lähmung einer nationalen Politik durch den Ultramontanismus opponierte. Daß sie in all den Jahren „unter dem Zentrumsjoch einherleuchteten“, haben sie erst empfunden, als Dernburg in seiner impulsiven, frischen Unüberlegtheit den Fürsten Bülow zu einer Auflösung des Reichstages mitgerissen hatte. Vorher haben dieselben Blätter eine Opposition gegen die Regierung, die sich „unter das Zentrumsjoch beugte“, weit von sich gewiesen.“

Vorsicht, aber treffend!

Zum Nachfolger Dr. Barth als Vorsitzenden des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus ist durch Beschluß der Mitglieder des engeren Vorstandes der Reichstagsabgeordnete Bergrat a. D. Georg Gothein gewählt worden.

### Abg. Dr. Roesske als Steuerzahler.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Abg. Dr. Roesske, entrißte sich neulich im Reichstage erheblich, als von der Steuerischen der Agrarier gesprochen wurde. Nun weiß die „Liberale Korrespondenz“ zu erzählen, daß sich in Coersdorf bei Dahme ein großes Gut befindet, dessen Besitzer außerordentlichen Einfluß hat; auf Kreisniveau ist eine Chauffee bis zu seinem Gute gebaut worden, und auch eine Kleinbahn führt dorthin, bei deren Betrieb nicht die Kohlen verdient werden. Das Gut wird von zwei Inspektoren bewirtschaftet, der Besitzer selbst hat aber jahrelang keine Einkommensteuern bezahlt, bis es schließlich die Veranlagungskommission in Lützenwalde durchsetzte, daß auch dieser Agrarier zur Einkommensteuer herangezogen wurde. Der arme Agrarier ohne Einkommen ist — Herr Dr. Roesske, Vorsitzender des Bundes der Landwirte.

### „Versehrte“ Kriegervereine.

Der Westfälische Provinzial-Kriegerverband in Dortmund nahm in seiner Vertretersitzung Stellung zu einem Antrag, wonach Mitglieder der Kriegervereine nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören könnten, so lange diese sozialdemokratische Organisationen seien oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützten. Dieser Antrag wurde mit erheblicher Majorität abgelehnt. Die meisten Diskussionsredner betonten, die Annahme des Antrags hätte zur Folge, daß die Kriegervereine die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren würden.

Ein anderer Antrag, die beruflichen Interessen der Arbeiter außerhalb der Verbände- und Vereinsstätigkeit zu fördern, wurde mit der gleichen Majorität abgelehnt.

### Die Buzslauer danken.

Das preussische Kultusministerium hat, wie wir kürzlich meldeten, den bekannten Professor Wiese in Essen, der die A- und B-Klassen einrichtete, um die Besingenden von den Nichtbesingenden zu scheiden, nach Buzslau i. Schl. versetzt. Die Buzslauer Gymnasiallehrer bedanken sich für diesen angenehmen Kollegen; sie richteten eine Eingabe an das Kultusministerium, worin sie Einspruch gegen die Versetzung Wieses erheben und ersuchen, sie mit diesem Kollegen zu verschonen.

### Zur Reichstagsnachwahl in Stollberg-Schneeberg.

Im Wahlkreise Stollberg-Schneeberg, in dem durch den Tod unseres Genossen Goldstein eine Ersatzwahl notwendig geworden ist, wollen die Nationalliberalen als gemeinsamen Kandidaten der Ordnungsparteien den Generalsekretär Dr. Westerberger-Leipzig aufstellen.

### Landtagswahlen in Sachsen-Weimar.

Die Freisinnigen und die Nationalliberalen im Großherzogtum Sachsen-Weimar haben beschlossen, für die nächsten Landtagswahlen gemeinsam vorzugehen, ein Mindestprogramm auszuarbeiten und in allen Wahlkreisen liberale Kandidaten aufzustellen.

### Soldatenfutter.

Die „Frankische Volksstimme“, unser Vahrenthor-Parteiblatt, hatte vor kurzem die auffallende Aufgabe konstatiert, daß, während der Preis des Schweine- und Mastschweinefleisches im Labenderlauf 70 bezw. 80 Pf. pro Pfund betrug, die gleichen Fleischsorten an die dortige Garnison von zwei Schlächtern, die im Submissionsverfahren Bemittelfordernde geblieben waren, für 51 bezw. 54 Pf. geliefert wurden.

Diese Feststellung hat nun die Vahrenthor-Mehrmeinung veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen, die den Preisunterschied erklärt und der wir folgende interessante Stellen entnehmen:

„Bei Submissionen ist von der Militärbehörde nicht vorgefrieben, Rastochensfleisch zu liefern. Es ist vielmehr lediglich die Lieferung von „Ohnsfleisch“ (von zweijährigen Tieren, Lebendgewicht mindestens 8 Zentner, Fleischgewicht im geschlachteten Zustande 350—380 Pfund) bedingung. Diese Ware, kurzweg „Militärware“ oder „Ohns für Militärlieferanten“ genannt, gilt vom fachmännischen Standpunkte aus nicht als Ohnsfleisch für



den Verkauf an die Lebensmittel. Das Fleisch dieser Tiere ist für den Lebensmittelverkauf nicht verwertbar; es kann sonst nur in der Regel zur Wurstfabrikation Verwendung finden. Das Erzeugnis der Innung, die Einhaltung der Lieferungsbedingungen kontrollieren zu dürfen, hat die Militärbehörde glattweg abgelehnt.

Für die Gefangenenanstalt (1) darf nur Mastschweinefleisch, von Tieren nicht unter 6 Zentnern Fleischgewicht (geschlachtet), geliefert werden. Warum nicht auch für unsere Soldaten? Auffallend und allerdings für die Vermessung des Submissionsangebots bezeichnend ist es, daß auch bei anderen Viehgattungen von den Militärlieferanten regelmäßig die geringere Qualität angekauft wird, z. B. Mutterschweine, Ober- und alte Mutterschafe, sogenannte Militärfleisch (2).

Widerwertiges Fleisch für die Soldaten — auch ein Beitrag zur Charakterisierung des Militarismus!

## Italien.

### Gegen den Jarenbesuch.

Rom, 28. Juni. (Fig. Ver.) Der von uns bereits kurz telegraphisch gemeldete Besuch der römischen Parteisektion hat folgenden Wortlaut:

Die Römische Parteisektion spricht dem Genossen Morgari ihren Beifall aus für die energische Brandmarkung des russischen Jaren als den Henker seines Volkes; sie erklärt, indem sie mit dankbarem Sinne des Wirkens der russischen Matrosen im Erdbenegebiet gedenkt und dem russischen Proletariat den Gruß ihrer Solidarität entbietet, in dem Jaren nicht den Vertreter des russischen Volkes sehen zu können, und fordert die Konföderation der Arbeit und den sozialistischen Parteivorstand auf, im Falle eines Jarenbesuches den Generalfreik in ganz Italien vorzubereiten und überall Versammlungen zu organisieren gegen die Schandtat des russischen Selbstherrschers als Sympathiebezeugungen für das heldenmütige, von brutaler Tyrannei bedrückte russische Proletariat.

Eine weitere Tagesordnung forderte unsere Stadtverbände auf, im Stadtrat den Protest des Proletariats gegen den geplanten Besuch zur Sprache zu bringen. Der Parteivorstand tritt am 5. Juli zu einer Plenarsitzung zusammen, in der dieselbe Frage behandelt werden wird.

### Der mißglückte Bloß der äußersten Linken.

Rom, 28. Juni. (Fig. Ver.) Nach den Hoffnungen der italienischen Reformisten hätte der Wahlkampf ein neues Bündnis der Volksparteien über die Laufe halten sollen. Man glaubte, daß die Republikaner und Radikalen mit den Sozialisten gemeinsam den Kampf gegen Gewalt aufnehmen würden. Diese Hoffnung ist im Keim vernichtet worden. Bei dem ersten entscheidenden Votum, nämlich dem über die neuen Militärausgaben, hat die Mehrheit unserer „Bundesgenossen“ wader für Gewalt gestimmt und hat mit der Bewilligung der neuen Ausgaben den Verzicht auf jede ernstere Reformpolitik unterzeichnet. Sehr richtig hatte Turati in seiner Rede gegen die neuen Lasten hervorgehoben, daß sie dem Budget die Mittel nahmen, ohne die an eine Durchführung der vom Proletariat geforderten Reformen nicht zu denken sei. Republikaner und Radikale haben also durch jenes Votum einen Weg eingeschlagen, der sie des Rechtes beraubt, für die nächsten Jahre gegen die Hintanstellung der Reformen zu protestieren. Der Bloß ist aus einandergefallen, ehe er auch nur vollendet war. Dieser Tatsache gegenüber ist es befremdend, daß unser Zentralorgan sie nicht offen zur Kenntnis nimmt, während die zahllosen Wochenblätter alle das Ende der äußersten Linken als einer praktischen Einheit betonen und kommentieren. Bis zu einem gewissen Grade kann man sagen, daß eine Tatsache von so handgreiflicher Deutlichkeit des Kommentars entbehren kann, aber es ist doch nicht bedeutungslos, ob man die Tragweite dieses Bruches illustriert und an den ursprünglichen Erwartungen mißt oder stillschweigend über ihn zur Tagesordnung übergeht. Sollte dieses Stillschweigen vielleicht der Befürchtung entspringen, daß der heutige Riß durch prinzipielle Erklärungen nur erweitert werden würde, so wäre dies wirklich zu bedauern. Während des Wahlkampfes hat man sich, wie so oft, Illusionen über die Aktion der „verwandten Parteien“ gemacht und Versprechen entgegengenommen, die nicht eingelöst wurden. Beides sind Dinge, über die die weitestgehende Klarheit von Nutzen ist. Durch Schweigen wächst der Riß nicht wieder zu, wohl aber überwuchern ihn wieder die Illusionen auf unserer und die falschen Vorspiegelungen auf der anderen Seite.

## England.

### Für das Frauenstimmrecht.

London, 29. Juni. Der Versuch der Suffragettes, in das Parlament einzudringen, um den Premierminister Asquith, der sich geweigert hatte, sie zu empfangen, zu sprechen, führte zu wilden Szenen auf dem Hofe und in der Umgebung der Parlamentsgebäude. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, die Tore zu schließen. Viele Frauen wurden verhaftet, unter ihnen Mrs. Bankhurst, die Führerin der Suffragettes, welche einem Polizeioberinspektor wiederholt Schläge ins Gesicht versetzt hatte.

Um 10 Uhr abends dauerten die Ruhestörungen vor dem Parlament noch fort; bis dahin waren 108 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts verhaftet und drei als verletzt in ein Hospital übergeführt worden. In der Admiralität wurden durch Suffragettes zahlreiche Fenster Scheiben eingeworfen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren 1500 Polizeibeamte aufgeboten.

### Das Rüstungsfieber.

London, 30. Juni. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Admiralität hat beschlossen, sofort Verhandlungen anzuknüpfen zum Zwecke des Baues von zwei schwimmenden Docks von solchen Dimensionen, daß sie imstande sind, Schiffe von Dreadnought und Invincible-Typ anzunehmen. Einzelheiten bezüglich der genauen Maßverhältnisse sind noch nicht zu erfahren. Die Docks sind, wie verlautet, für die Ostküste bestimmt. Das eine wird wahrscheinlich in Lynce, das andere weiter im Norden seinen Standort erhalten.

## Türkei.

### Für das Koalitionsrecht.

Kürzlich wurde über die im türkischen Parlament stattgehabten Verhandlungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter berichtet. Der Minister des Innern Ferid Pascha sprach sich gegen die Bewahrung des Koalitions- und Streikrechts an die Arbeiter aus. Gegen die reaktionäre Haltung protestierte in Saloniki eine große Versammlung von Arbeitern. In Saloniki gibt es 23 gewerkschaftliche und politische Organisationen. Es sind das hauptsächlich griechische, jüdische und bulgarische Gewerkschaften und bulgarisch-sozialistische

Klubs. Unter den gewerkschaftlichen Vereinigungen befinden sich solche der Zigarettenmacher, Schuhmacher, Buchdrucker, Tischler, Schneider usw. Der an die Arbeiterschaft verbreitete Aufruf war in türkischer, griechischer, bulgarischer, französischer und hebräischer Sprache gehalten. Ueber 6000 Personen folgten dem Rufe und die bedeutendste Hafenstadt der Türkei sah zum erstenmal eine Demonstration, an der das Proletariat ohne Unterschied der Rasse und Religion in einem gleichen großen Gedanken vereinigt war. Nachdem Reden in verschiedenen Sprachen gehalten, gelangte eine Protestresolution zur Annahme, die sich gegen die Äußerungen des Ministers und gegen die parlamentarische Mehrheit wendet. Gefordert wird die Gewährung des freien Koalitions- und Versammlungsrechts.

## Soziales.

### Aus unseren Brauereien.

Ein Klageruf ertönt aus dem Bericht der Brauerei- und Mälzerei-Vereinigungen für das Jahr 1908. Die neuen Steuerpläne würden wie ein Alpdruck auf dem ganzen Gewerbe lasten und „als drohendestes Gespenst lauert auch noch im Hintergrunde die Antialkoholbewegung mit ihrer ungünstigen Wirkung und übermäßigen Agitation“.

Die Folge sei ein weiterer Rückgang des Brauerverbes. Es heißt im Bericht darüber:

„Der Rückgang, den das Brauergewerbe unter diesen Umständen genommen, ist auch aus den Aufzeichnungen der Genossenschaft deutlich erkennbar. Während im Jahre 1906 die Zahl der in den Brauereien beschäftigten Personen ständig zugenommen hat, ist sie von 100 690 im Jahre 1906 auf 98 117 in 1907 und im Berichtsjahre 1908 auf sogar 93 789 herabgesunken, ebenso wie die Zahl der Brauereien von 7212 in 1906 auf 6803 im Jahre 1908 zurückging.“ Die Zahl der Konkurse von Brauereien, an die die Genossenschaft Beitrag zu fordern hat, ist von 46 im Jahre 1904 auf 75 im Jahre 1908 angewachsen, darunter nicht weniger als 16 größere Aktienbrauereien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit Jahresbeiträgen in Höhe von teilweise 2000—2600 M. Wenn man bedenkt, daß gerade bei Aktiengesellschaften der Konkurs durch Zusammenlegung der Aktien leicht zu vermeiden ist, und wie dies Ausfallsmittel gewöhnlich angewandt wird, um den Betrieb weiter zu führen, so kann daraus ersehen werden, wie unrentabel und aussichtslos in jenen zahlreichen Fällen das Brauergewerbe geworden sein muß, daß die Aktionäre jede Hoffnung auf die Weiterführung des Betriebes aufgaben und es zum Konkurs kommen ließen.“

Sehr interessant sind dann folgende Ausführungen im Bericht:

„Wenn die anrechnungsfähigen Löhne gleichzeitig von 138 608 915 M. in 1907 auf 141 608 704 M., also um 2 999 789 M., d. h. um etwa 2 Proz. liegen, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß die Brauereien vielfach, namentlich an allen größeren Orten, durch Tarifverträge mit der Arbeiterschaft zu bestimmten allmählichen Lohnsteigerungen verpflichtet sind und diese ohne Rücksicht auf die jeweilige Geschäftslage heranzuhängen, was natürlich die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage nur vermehrt.“

Kein Wunder daß man im Brauergewerbe die Organisationsbestrebungen der Arbeiter nicht besonders begrüßt. Jetzt wäre ohne Tarif der „geeignete Zeitpunkt“, die Löhne wieder herabzusetzen usw. Der Brauereiarbeiterverband kann auf diese Feststellungen stolz sein.

Mit der neuen Reichs-Versicherungsordnung sind die Brauereibesitzer natürlich auch nicht ganz einverstanden. Daß die Versicherungen auch fernhin rechtlos bleiben sollen und in der Krankenversicherung auch noch die einzigen Rechte geraubt bekommen sollen, finden die Herrschaften ganz in Ordnung. Nur seine neuen Rechte an die Versicherten geben, denn das geplante — „Versichern“, welches auf eine „Beseitigung des den Berufsgenossenschaften zulehrenden Rechts der Rentenfestsetzung“ herauskomme, fordere „den schärfsten Widerspruch heraus“. Scheinheilig wendet sich der Bericht sogar gegen jede Änderung der Unfallversicherung, und zwar — im Interesse der Versicherten! Die Versicherungen können doch wahrlich bei einer Veränderung, wie sie die Regierung plant, nichts verlieren, sondern nur gewinnen.

Der Bericht kommt dann zu den Ergebnissen des Geschäftsjahres und erklärt: „Was die Geschäftsabwicklung der Genossenschaft anlangt, so ist diese im allgemeinen als eine günstige zu bezeichnen.“ Entsprechend der geringeren Zahl der versicherten Personen sei auch die Zahl der gemeldeten Unfälle von 14 341 in 1907 auf 13 704 in 1908 und ebenso die der entschädigten Unfälle von 1615 auf 1531 gesunken. Bei den entschädigten Unfällen hat aber eine Berufsgenossenschaft offene Hand und diese Zahl ist oftmals gar nicht mit der Unfallziffer selbst zu vergleichen. Die Entschädigungssumme ist gefallen, daher auch der Beitrag in einzelnen Sektionen etwas zurückgegangen. Wie dies oft gemacht wird, gibt der Bericht selbst zu. Es heißt da: „Besonders erfreulich ist die Besserung im Versorgungsbestand der Sektion VI, Berlin, deren Entschädigungsbeträge von 768 685 M. im Jahre 1907 auf 712 108 M. in 1908 sich vermindert haben. Dies günstige Resultat ist vor allem der nach dem Wechsel in der Geschäftsleitung der Sektion eingeleiteten schärferen Rentenkontrolle zu verdanken, bei der eine große Anzahl alter Renten, die überhaupt nicht mehr oder nicht in der früheren Höhe berechtigt waren, aufgehoben oder entsprechend herabgesetzt wurden.“

Erst wurde der Geschäftsführer beseitigt und war dann die Wagn für eine schneidige Rentenprüfung freigegeben.

Entschädigt wurden nur 1581 Verletzte. Veranlassung dieser Unfälle war laut Bericht: Durch Rotore, Arbeitsmaschinen: 116 Unfälle; Fahrstühle usw.: 47; Dampfseil: 17; feuergefährliche Stoffe usw.: 26; Zusammenstoß, Einsturz: 154; Fall von Leitern und Treppen: 908; beim Auf- und Abladen: 325; durch Fahrwerk überfahren usw.: 320; im Eisenbahnbetriebe: 12; durch Tiere: 74; durch Handwerkszeuge verletzt: 18; sonstige Ursachen: 120.

Als Art der Verletzungen wird angegeben: Verletzungen von Kopf und Gesicht: 163 Fälle; von Armen, Händen und Fingern: 645; von Beinen und Füßen: 458; andere und mehrere Körperteile zugleich: 234.

Durch den Unfall wurden getötet: 118 Verletzte gegen 91 im Vorjahre. Sämlich erwerbsunfähig verblieben: 31; teilweise erwerbsunfähig: 688; vorübergehend erwerbsunfähig: 694.

Auf 1000 Versicherte entfallen durchschnittlich 121 Unfälle. Ueber diesen Durchschnitt steht wieder Sektion Berlin mit 162 Unfällen, während in Sektion Straßburg nur 78 Unfälle auf 1000 Versicherte kommen. Für Behandlung der Unfallverletzten innerhalb der Parteizeit hat die Berufsgenossenschaft die staatliche Summe von 86 000 M. verausgabt, davon Sektion Berlin allein wieder 61 000 M., während Sektion Rünchen z. B. nur ganze 36 M. für diese Zwecke übrig hatte.

Sehr zufrieden kann die Berufsgenossenschaft mit der Rechtsprechung sein, denn 89 Proz. aller Berufungen wurden zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden, von den Anträgen der Verletzten auf Erhöhung ihrer Rente sogar in 96 Proz. aller Fälle. Das Reichs-Versicherungsamt gab sich ebenfalls Mühe, diesem nachzukommen und hat nur 47 Rekurse der Verletzten günstig und 370 zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden.

Sehr lesenswert ist wieder der Sonderbericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft, welche die vorgefundenen Mängel im Unfallschutz aus den einzelnen Sektionen vorführen, besprechen und Änderungen im Wege anschaulich vorführen.

Ein Aufsichtsbeamter bräufelt sich leider damit, daß er einem Brauereibesitzer den guten Rat gegeben habe, eine „Unterstützungs-

## Aus der Frauenbewegung.

### Kellnerinnenleben.

Wie schon ausgeführt, verwerfen wir die Vorschläge betreffs Aufhebung des Kellnerinnenstandes resp. Ausrottung desselben. Ein solches Radikalmittel erscheint uns absolut unangebracht. Das Beste wäre, wie wir schon dargelegt, eine straffe Organisation der Kellnerinnen zu ermöglichen. Für undurchführbar halten wir dieselbe nicht.

Mit derselben Begründung, mit der die Ausrottung des Kellnerinnenberufes gefordert wird, könnte man vielleicht auch beantragen, die Mädchen sollten sich in Berlin nicht mehr als Verkäuferinnen oder Probierdamen in der Konfektion ihr Brot verdienen, denn daß auch diese fraulichen Verufe schon einen herben Beigeschmack von Leichtsinnigkeit und Unflirtigkeit bekommen, wird wohl niemand, der mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut ist, in Zweifel ziehen, und es brauchte dann doch keineswegs erst bis zur völligen Versehung, wie bei dem Verfall der Kellnerinnen in Norddeutschland gemartet zu werden. Etwa mit derselben Begründung könnte man dann auch die Ausrottung des „Semmerinnenberufes“ vorschlagen, weil auch diese Frauen während der Sommerferien sich der Ueberfälle gewisser „Salontrotzler“ nur schwer zu erwehren wissen. Und so weiter könnte man noch eine ganze Anzahl von weiblichen Verufen auf den Aussterbeetat setzen.

Wie weit es in der Anpreisung gekommen ist, illustrieren folgende Einladungen. In der Dorotheenstr. sah man einen Mann umhergehen, der folgendes Plakat trug:

**Im Restaurant Kleiner Wintergarten  
25. Dorotheenstr. 25.  
bedienen die schönsten Damen!  
Die junge Wirtin.**

Auf der Mittelstr. stand ein Mann mit einem roten Schild, darauf die Worte:

**Restaurant zur Kiste.  
Internationale Damenbedienung.  
Mittelftr. 50.**

Ein anderer Mann patrouillierte die Potsdamer Straße auf und ab mit einem Schild, das die Worte trug:

**Neu! Restaurant und Café „Zur weißen Taube“.  
Kurfürststr. 148 an der Potsdamer Straße.  
Bedienung internationaler Schönheiten.  
Echte Biere aus ersten Brauereien. Vorzügliche Weine.  
Musikalische Unterhaltung.**

### Sollen die Frauen lesen?

Wenn die Knaben die Nase in Bücher stecken, dann finden das alle Leute natürlich. Wenn aber die Mädchen dasselbe tun wollen, dann sagen ihre Großmütter, Mütter und Verwandte, sie sollen lieber Strümpfe stricken, fleißig im Haushalt helfen oder mit ihren kleinen Geschwistern spielen.

Geht es das notwendig, aber warum nur für Mädchen? Mädchen und Knaben sollten in den Arbeiterfamilien in vollkommen gleicher Weise erzogen werden. Die Familien, die ihre Kinder stets im Hause lassen können, werden immer feltener. Meist wariert man schon darauf, daß das Mädchen wenigstens so viel verdient, um seine Kleider selbst kaufen zu können. Steht aber das Mädchen einmal allein draußen im Leben, sei es als Dienstmädchen, im Kontor oder in der Fabrik, so muß es für sich selbst eintreten oder sich selbst vertreten. Es kann dann nicht mehr bei allem, das es drückt, zu den Eltern laufen. Es muß sich selbst zu helfen wissen. Oft muß die alleinlebende Mutter für ihre Kinder Entscheidungen treffen, die eine größere Kenntnis des Lebens voraussetzen, als die meisten Frauen gewöhnlich besitzen. Doch nicht nur um sich im Daseinskampfe besser behaupten zu können müssen die Frauen lernen. Die Kinder sind große Frageknäuel; sie möchten immer über alles Auskunft haben, das sie interessiert. Wie soll die Mutter Antwort geben, wenn die Kleinen nach den merkwürdigsten Dingen fragen? So manche Idee wird den Kindern beigebracht, die nicht richtig ist. Die Kameraden, die Schule und die Straße vermitteln den Kindern sehr oft Gedanken, die ganz falsche Vorstellungen auslösen. Man denke an alle die geistlosen Worte, die da fallen, an die Äußerungen des Nationalitätenhasses, des Antisemitismus, des Dogmatismus usw. Die Kinder erfahren die ersten Kränkungen, weil der Junge vom reichen Nachbarn nicht mit den armen Kindern spielen darf. All diesen Eindrücken soll die Mutter nachgehen; sie soll die rechte Antwort wissen, wenn die Kleinen zu ihr kommen mit Fragen.

Und nicht nur der Kinder wegen soll sie lesen, auch des Mannes wegen. Nur durch das Verständnis für die Not und die Sorgen des Mannes als Arbeiter kann die Frau dessen vollwertige Lebensgefährtin werden. Sie muß seine Interessen teilen, seinen Zielen Verständnis entgegenbringen — oder, wenn er dumm ist, ihn mit der Idee der modernen Arbeiterbewegung tränken, ihn zum klassenbewußten Kämpfer machen. Dadurch wird das Familienleben an Tiefe und Inhalt gewinnen; die Bande zwischen den einzelnen Familienmitgliedern werden immer inniger und fester. Durch das Wissen der Frau wird nicht die Familie zerstört, sie wird vielmehr geknüpft und in ihrem ethischen Gehalt erhöht werden. So mancher Streit, der heute Ehegatten entzweit, wenn jeder Teil anders denkt und strebt, wird auflösen, wenn auch die Frau den veralteten Lebensanschauungen entrückt wird und sie eine klare und tiefere Einsicht in die Zusammenhänge der Gesellschaft erhält.

Doch nicht nur für die anderen soll sie lernen. Nein, auch für sich selbst bedarf sie geistiger Ruhe, Erholung und Anregung. Viele Frauen fühlen sich einsam und verlassen, sie möchten mehr Lebensinhalt und auch Zerstreuung haben. Alles das finden sie bei einem guten Buche, das ihnen noch in der Erinnerung Genuß ist. Jeder Mensch, der einmal diese Erfahrung gemacht hat, wird ohne Bücher nicht mehr sein können. Auch den Frauen wird das ernste Lesen eine sehr liebe Beschäftigung werden. Und die lesenden und wissenden Frauen helfen auch das geistige Niveau der Arbeiterschaft heben und den proletarischen Befreiungskampf fördern.

### Der Kongreß der dänischen Dienstmädchen.

Der Dänische Dienstmädchenverband hielt am Sonntag und Montag zu Kopenhagen seinen Verbandstag ab. Es waren ungefähr 100 Delegierte aus Kopenhagen und den Provinzen anwesend. Es wurde beschlossen, mit dem Dienstleutenverband, der Organisation der Landarbeiter, Dienstrecht und Löhne, zwecks Schaffung eines Gegenleistungsvertrages in Verbindung zu treten. Ferner beschäftigte man sich mit der Frage des Anschlusses an den Gesamtverband der Gewerkschaften. Zu einer Entscheidung kam es jedoch noch nicht. Als Verhandlungsvermittler wurde Fräulein Karoline Nielsen gewählt.

Am Sonntagnachmittag hatte der Dienstmädchenverband in dem großen Saal des Frederiksberg-Schlößchens einen Festveranstaltet. Die Delegierten und Mitglieder marschierten dahin durch die Stadt in langen Zügen. Es war der erste Demonstrationstag der Dienstmädchen Dänemarks.

### Leseabende.

Friedrichshagen, Donnerstag 8½ Uhr bei Schröder, Seefr. 103.



# Gewerkschaftliches.

## Der Metallarbeiterverband

Konnte im Jahre 1908 trotz des Höhepunktes der wirtschaftlichen Krise und trotz der von den Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften und der besonders im Metallgewerbe von den Unternehmern hochgepöbelten „Selben“ seinen Mitgliederbestand halten, denn eine Mitgliederabnahme von 131 bei einer Mitgliederzahl von 862 073 kann als Abnahme nicht gerechnet werden. Die Mitglieder verteilen sich auf 436 Verwaltungsstellen, drei weniger als im Vorjahre. — Nach Verufen gegliedert weisen die Schloffer mit 27,58 Proz. den höchsten Prozentsatz der Mitglieder auf; danach folgen die sonstigen Metallarbeiter (Bohrer, Fräser, Hobler, Stänger usw.) mit 15,95 Prozent, sodann die Dreher mit 10,33 Proz., die Formler mit 7,11 Proz., die Alchemper mit 5,94 Proz., die Arbeiterinnen mit 4,19 Proz., die Schmiede mit 3,66 Proz. usw. Die Fluktuation unter den Mitgliedern war immer noch eine sehr hohe. Es erfolgten über 98 000 Beitritte, dazu gerechnet die Uebertritte aus anderen Gewerkschaften und die vom Militär zurückgekommenen ergibt eine Zunahme von rund 108 400 Mitgliedern. Dieser gesamte Zugang ist der Zahl nach nicht allein wieder ausgeglichen, sondern noch weitere 181 Mitglieder dazu. Interessant ist, daß unter den zum Verbands Uebergetretenen sich 496 vom Gewerkschaften und 356 vom christlichen Verband befinden. Eine Erhebung über das Alter der Mitglieder ergibt, daß sich 63 1/2 Proz. im Alter von 20—35 Jahren befinden. 892 Mitglieder wurden aus dem Verbands ausgeschlossen, eine erheblich niedrigere Zahl als in den Vorjahren, was darauf zurückzuführen ist, daß infolge der geringeren Kämpfe im Berichtsjahre nicht so viel Vergehen wegen Streikbruchs zu verzeichnen waren.

Daß die Krise die Ausgaben für die verschiedenen Unterstützungszweige ganz wesentlich steigern würde, war zu erwarten; die Ausgaben dafür sind aber nahezu verdoppelt worden. Die Ausgaben der Hauptkasse für Reiseunterstützung stiegen von rund 204 997 M. im Jahre 1907 auf 401 607 M. im Jahre 1908, die Krankenunterstützung von 2 152 565 M. auf 3 049 747 M., die Arbeitslosenunterstützung gar von 952 826 M. auf 3 093 559 M.

Für die gesonten Unterstützungszweige (zu den genannten kommen noch Umzugsunterstützung, Sterbegeld, Mahregelungsunterstützung usw.) hat die Hauptkasse über 7 Millionen Mark (!) ausgegeben gegen noch nicht 4 Millionen Mark im Vorjahre. Mit den Aufwendungen der Lokalkassen betragen die Ausgaben für diese Unterstützungen rund 7 500 000 M. Von den Mitgliedern waren im Berichtsjahre 53,66 Proz. Unterstützungsempfänger; 1907 waren es nur 33,28 Prozent. Von den Reineinnahmen des Verbandes wurden allein über 76 Prozent für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung aufgewendet; diese Erwerbslosenunterstützung brachte dann auch außer dem dafür in Ansatz gebrachten Wochenbeitrag von 30 Pf. ein Defizit von über 2 Millionen Mark. Rechtschutz wurde in 571 Fällen gewährt, darunter befanden sich 306 Strafsachen, die aus der Verbandstätigkeit resultieren. In 21 Privatklagen mußte sich der Verband in der Hauptsache gegen Verleumdungen bzw. Verleumdungen wehren; 145 betrafen das Arbeitsverhältnis. Ein größeres Kapitel ist im Vorstandsbericht der aus den leidigen Solinger Streitigkeiten sich entwickelten Klage gewidmet.

Der wirtschaftliche Kampf der Metallarbeiter stand im Jahre 1908 fast vollständig im Zeichen der Abwehr. Die Unternehmer wollten von den Riesengewinnen, die ihnen die letzten Jahre gebracht haben, nichts missen. Dabei mußte der Kampf auch oft nach zwei Fronten geführt werden. Die Unternehmer fanden in den „Selben“ einen Bundesgenossen, auf den sie alle ihre Hoffnungen setzten. Einige Streiks sind wohl durch Befestigung der Plätze mit „Selben“ verloren gegangen, vielfach aber erlachte die Unternehmer ein Grauen, wenn diese zweifelhaften Sturmlosomen angerückt kamen, und sie stellten gern wieder ihre zuverlässigen alten Arbeiter ein. War in den Jahren vorher etwa ein Drittel der Mitglieder an Bewegungen beteiligt, so war es im letzten Jahre nur etwa der neunte Teil. An 623 Lohnbewegungen in 217 Orten waren 69 332 Arbeiter beteiligt, darunter 41 236 Verbandsmitglieder. Angriffsstreiks waren davon nur 2,89 Proz., Abwehrstreiks 12,41 Proz., Ausparierungen 31,03 Proz. und Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 53,67 Proz.; von den 623 Bewegungen fanden 425 ihre Erledigung ohne Arbeitseinstellung. Eine Verkürzung der Arbeitszeit trat für 6156 Personen mit zusammen 10 180 Stunden pro Woche ein. Lohn erhöhungen oder Erhöhungen der Akkordpreise erzielten 9247 Personen im Betrage von 15 022 M. oder für den einzelnen durchschnittlich 1,62 M. pro Woche. In 80 Fällen wurde für 9458 Beteiligten ein Tarif abgeschlossen. Die Anzahl der bestehenden Tarife zeigt übrigens mit 875 eine kleine Abnahme. Für 8911 Personen wurde eine Regelung der Akkordarbeit erzielt. Dazu kommen für über 15 000 Personen andere kleine Verbesserungen.

Der Vermögensbestand des Verbandes betrug in der Hauptkasse nach Abzug einer Vermögensminderung von rund 680 000 Mark 3 378 000 M. Die Lokalkassen haben dagegen bei einem Bestande von 2 500 000 M. eine Vermögenszunahme von 276 885 M. zu verzeichnen. Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 4 592 000 M. In dem sehr umfangreichen Bericht, der noch viele interessante Angaben über die Bestrebungen des Verbandes auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, über statistische Erhebungen, über Agitation und Bildungsbestrebungen, über die Errichtung eines literarischen Bureau's im Anschluß an die Bibliothek in der Hauptverwaltung enthält, wird auch des 25-jährigen Bestehens der „Metallarbeiter-Zeitung“ Erwähnung getan, die von dem heute noch das Fachorgan leitenden Redakteur J. Scherm und dem Genossen Karl Grillenberger gegründet wurde.

### Berlin und Umgegend.

**Wahnung, Mater!** Wegen der am Donnerstag, den 1. Juli, stattfindenden politischen Versammlungen findet die Versammlung der Agitationskommissionen der Bezirke Berlins nicht statt. Diese Versammlung findet am Donnerstag, den 8. Juli, statt.  
Die Ortsverwaltung. J. A.: S. Mich.

### Deutsches Reich.

#### Die „Brandstiftung“ in Ael.

Ueber den schon telegraphisch gemeldeten Brand eines städtischen Gebäudes wird und aus Kiel noch mitgeteilt: Es handelt sich um einen der Stadt gehörigen Holzschuppen. Die Berliner Sensationspresse, die ja nicht auf dem Kosten läme, wenn sie bei der Wahrheit bliebe, macht aus dem Holzschuppen ein Nebengebäude der Poudrette-Anstalt, in dem „Arbeitswillige“ untergebracht waren. In Wirklichkeit handelt es sich um einen eine halbe Stunde von der Poudrette-Anstalt entfernt liegenden Schuppen von 60 Meter Länge und 40 Meter Breite, in dem zeitweise die Fäkalien, die in der Poudrette-Anstalt nicht verarbeitet werden konnten, mit Torfmulm vermischt und zu Kompost verarbeitet werden. In dem Schuppen wohnte weder jemand, noch war er überwacht. Der Verbrannte kann nur ein Obdachloser gewesen sein, der dort Unterschlupf gesucht hat. Vielleicht ist

sogar durch seine Unvorsichtigkeit das Feuer entstanden. Die selbstverständliche Tatsache, daß ein Holzschuppen schnell niederbrennt, wenn nicht sofort die Feuerwehre zur Stelle ist, genügt der bürgerlichen Presse zu behaupten, das Gebäude sei vorher „an allen Ecken mit Petroleum begossen“ worden.

Die gestern von uns mitgeteilte Bekanntmachung des Magistrats wegen Wiedereinstellung der Arbeiter, die sich bis zum 2. Juli melden, hat eine sehr natürliche Unterlage und nichts mit dem guten Herzen der Magistratsleute zu tun. Der Magistrat hat sich nämlich dem Arbeitswilligen-Agenten gegenüber verpflichtet, die Arbeitswilligen bis zum 2. Juli zu beschützen, gegen 4,70 M. Tagelohn, freie Unterbringung und Verpflegung, täglich 2 Flaschen Bier und 4 Zigaretten. Ferner für die Arbeitswilligen, die bis zu dieser Zeit aushalten, 25 M. Extraprämie und 15 M. Reisegeld. — Gest der 2. Juli vorüber, ohne daß die Differenzen beigelegt sind, muß dieser Vertrag erneuert werden, was für die Stadt natürlich recht kostspielig wird. Außerdem soll sich der Agent schon mit 200 Mann für Anfang Juli nach mehreren anderen Städten — darunter auch München — verpflichtet haben.

### Die schwarze Liste,

die vom „Baugewerbeverband Hamburg“ an seine Mitglieder versandt ist, enthält u. a. folgende Mitteilung:

Hierdurch benachrichtigen wir Sie ergebnis, daß bei uns die Maurer, Zimmergesellen und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt worden sind. Wir bitten Sie höflich, aus Hamburg-Altona kommende Maurer, Zimmerer und Arbeiter nicht einzustellen bzw. sofort wieder zu entlassen. Die Liste der Aussperrten von Altona liegt bei. Listen von Hamburg werden nicht ausgegeben, da die Kontrolle durch die Invalidenmarkte Hamburg ausgeübt werden kann.

Mit kollegialischem Gruß

Baugewerksinnung Bauhütte Altona.

Peter Jannß, Obermeister.

Die schwarze Liste von Altona enthält die Namen von 15 Polieren, 356 Maurern, 207 Zimmerern und 302 Bauhilfsarbeitern.

Servorzuheben verdient hierbei die Tatsache, daß auch die Invalidenarten bezw. „Marken als Kontrolle der Aussperrten dienen sollen. Und dies geschieht trotz § 184 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes, der für ein solches Vergehen eine Strafe bis zu 2000 M. oder sechs Monate Gefängnis vorsieht.

### Weiterer Zusammenschluß der Unternehmer!

Auf der zweiten Generalversammlung des „Zentralverbandes deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrs-Gewerben“, die in Berlin, die dieser Tage in Hamburg tagte, fand auf Wunsch des Verbandes deutscher Lohnführer, des „Bereins deutscher Spediteure“ und des „Zentralvereins deutscher Arbeiter in Hamburg“, die sich dem Zentralverband anschließen wollen, eine Satzungsänderung statt. Der engere Zusammenschluß des Zentralverbandes mit diesen drei großen Verbänden soll in Kürze erfolgen, da diesem dann nichts mehr im Wege steht. Die achtunggebietende Macht soll angeblich keine Kampfsorganisation bilden; jedoch den Mitgliedern des Zentralverbandes in Fällen von „ungerechtfertigten“ Angriffen durch die Arbeitnehmer Schutz und Hilfe in ausreißendem Maße gewähren.

### Tariffbewegung der Rotenflischer.

Die Verhandlungen der beiderseitigen Tariffkommissionen haben betr. Lohnhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer sich dagegen ablehnend verhielten. Die Hauptargumente der Unternehmer gegen diese Forderungen waren: Der vom Jahre 1906 an gültige, gegen früher erhöhte Tarif habe infolge der anhaltenden Krise im Gewerbe noch gar nicht voll zur Entfaltung kommen können. Jeder Rotenflischer ist in der letzten Tarifperiode durchschnittlich täglich nur 7 1/2 Stunden beschäftigt gewesen.

Die Versammlungen der Städte Berlin und Leipzig beschlossen deshalb, eine abwartende Stellung einzunehmen. Der alte Tarif läuft aus diesem Grunde vorläufig weiter.

### Fahrtscheinperre für Streikende!

Eine mehr als seltsame Nachricht findet man im „Heidelberger Tageblatt“:

„Bronnader (Amt Adelsheim), 25. Juni. Streikende Polen. Wegen angeblicher Lohnkürzung stellten gestern die auf einem unschwer zu erratenden Hofe beschäftigten Polen ihre zu leistenden Arbeiten ein und gingen durch. Mit ihrer wenigen Habe, mit Frau und Kindern belagerten sie den Bahnhof Rosenbergl, um sonstige Arbeit zu suchen, wurden aber an ihrem Vorhaben verhindert, nachdem die Fahrtscheine gesperrt worden waren. Da sie nie wieder ihre Arbeitsstelle betreten wollen und an der Abreise verhindert waren, nahm sich Herr Gutspächter Scheuermann hier der armen und obdachlosen Leute an, so daß sie Verdienst für die nächste Zeit gefunden haben. Auf dem verlassenen Platz soll ihr Verdienst durch die gemachten Abzüge äußerst gering gewesen sein.“

Diese Nachricht ist kaum glaublich. Danach muß eine Eisenbahnverwaltung die Polen an der Abreise mit der Eisenbahn gehindert haben, indem mit gutem Gelde begabte Fahrtscheine gesperrt wurden. Das wäre ein geradezu ungeheuerliches Vergehen!

### Streik der Alchemper in Danzig.

Danzig, 30. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Sämtliche Alchemper, Installateure, Heizungsmonteure und deren Helfer haben heute abend beschlossen, in den Streik zu treten, weil die Unternehmer es abgelehnt haben, auch nur in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Beteiligt sind der Metallarbeiterverband und der christliche Gewerksverein. — Die Parteipresse wird um Warnung vor Zugung gebeten.

### Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

In der letzten Nummer des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ ist die Jahresstatistik über die christlichen Gewerkschaften enthalten, die uns zeigt, daß diese das vergangene Krisenjahr weit schwerer überdauert haben als die freien Gewerkschaften. Für den Mitgliederbestand im allgemeinen werden ganz plausible Gründe angeführt. Auch trifft die bei den freien Gewerkschaften beobachtete Tatsache, daß von der Krise das Baugewerbe und das Textilgewerbe und dementsprechend auch die für diese Gewerbe bestehenden Organisationen am schwersten getroffen wurden, auch für die christlichen Gewerkschaften zu. Bei dem Vergleiche in der Mitgliederabnahme der christlichen und unserer Gewerkschaften aber geht dem Berichterstatter schon alle Vernunft und Logik zum Teufel. Erst wird ein langes und breites Gerede über die „wieder einmal veränderte Kampfstellung der sozialdemokratischen Bewegung“, auch etwas über die tapfere Vorsicht der Hirsch-Dunderschen, die ihre Mitgliederzahl vermindern und ihre Abordnung verschleiern, bei rund 125 000 M. Mindereinnahmen aber einen empfindlichen Mit-

gliederverlust zu beklagen haben müssen u. a. m. Nach dieser langen Bräbe kommen dann endlich die Fische. Am Jahres-schluß zählte die Christlichen 23 882 Mitglieder weniger als im Jahre 1907.

Diese denn doch verzeufelt unangenehme Tatsache wird nun durch allerhand Drum und Dran zu verbrämen gesucht: Im Jahresdurchschnitt des Mitgliederbestandes betrage die Mitgliederabnahme nur 9804; wenn sie auch prozentual etwas größeren Mitgliederverlust hätten, so sei er doch bei den freien Gewerkschaften in der Zahl größer und so fort. Wir wollen einfach bei den Tatsachen bleiben. Die durchschnittliche Jahresmitgliedergahl liegt für unsere Gewerkschaften noch nicht vor. Wir haben am Jahres-schluß 72 284 Mitglieder verloren, die Christlichen 23 882. Im Verhältnis zum Mitgliederstand bedeutet das, daß die freien Gewerkschaften 4 Proz., die christlichen Gewerkschaften aber 9 Proz. ihrer Mitglieder eingebüßt haben! Nur so haben doch Zahlengegenüberstellungen einen Wert, und nur so ist Ehrlichkeit bei der Sache zu finden. Ob bei der Jahresdurchschnittszahl unserer Gewerkschaften daselbe Zahlenverhältnis besteht, muß vorläufig gänzlich außer Betracht bleiben.

Interessant und für uns belustigend ist, wie sich die bürgerlichen Schmöds nun mit dieser Tatsache abfinden. Ihre Proklamation über den Mitgliederchwund in den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist ja verstummt, und kleinlaut sprechen sie sich gegenseitig den Trost zu, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Jahres von den christlichen Gewerkschaften „verhältnismäßig“ gut überstanden wurden. Ja, man soll den Tag nie vor dem Abend loben!

Zu bemerken wäre noch, daß einen Mitgliederzuwachs die bauerischen Eisenbahner mit 2074, die Steinarbeiter mit 1167, die Heimarbeiterinnen mit 849 und so fort aufweisen. Einen Mitgliederzuwachs hatten die Bauhandwerker mit 4833, Keramikarbeiter mit 3460, Textilarbeiter mit 3203, Metallarbeiter mit 1863 und so fort zu verzeichnen. Bei der Ueberlicht der Kostenverhältnisse fällt es auf, daß in dieser schweren Zeit wirtschaftlicher Depression und sozialen Elends die humanitären Unterstüngen nur eine sehr geringe Zunahme in den Ausgaben aufweisen. Außerdem aber ist die Streikunterstützung von 743 000 M. auf 424 000 M. herabgegangen. Der Vermögensbestand mit rund 4 500 000 Mark erhöhte sich auch infolge gesteigerter Einnahmen um rund 1 025 000 M.

Nach alledem können wir es den Arbeitern überlassen, sich die Frage selbst zu beantworten, welche Gewerkschaften in der Zeit der Krise sich verhältnismäßig am besten gehalten haben, und in welchen Gewerkschaften die Interessen der Mitglieder am wirksamsten vertreten werden.

### Ausland.

#### Die Bewegung der englischen Grubenarbeiter.

London, 30. Juni. Die Grubenarbeiterkonferenz beschloß gestern, ein Referendum über den Konflikt mit den Grubenbesitzern, eine eventuelle Arbeitseinstellung zu veranlassen. Morgen findet eine letzte Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Grubendirektoren und der Grubenarbeiter statt. Sollte in dieser Beratung keine Einigung erzielt werden, wie man es allgemein erwartet, so wird das Referendum sofort organisiert. In London glaubt man, daß die Arbeitseinstellung sämtlicher Grubenarbeiter bereits in der ersten Hälfte der nächsten Woche erfolgt. Die Grubenbesitzer ersuchten für diesen Fall um militärischen Schutz. Wie es heißt, sollen 5000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavallerie ins Streikgebiet entsandt werden.

Die amerikanischen Eisenarbeiter stehen vor einem Konflikt mit einer der größten Firmen in der Eisenbearbeitung, der „American Sheet and Tinplate Co.“ in Pittsburg. Am 30. Juni ist der Vertrag, den die Unternehmer mit der Gewerkschaft geschlossen haben, abgelassen. Der Vertrag wurde nicht erneuert und die Gesellschaft machte bekannt, daß sie die „offene Werkstätte“ vom 1. Juli ab einführen werde. Die „offene Werkstätte“ bedeutet für die Unternehmer das Recht, auch unorganisierte Arbeiter einzustellen. Das will die Organisation nicht dulden, sie tritt energisch für die „geschlossene Werkstätte“ ein und fordert auch eine Erhöhung der Löhne, anderenfalls droht sie mit einem Streik, der 10 000 Personen arbeitslos würde.

Einige große Gesellschaften haben sich veranlaßt gesehen, die Abkürzung der Löhne, die zur Zeit der Krise vielfach vorgenommen wurde, wieder rückgängig zu machen. So hat z. B. die New York, New Haven u. Hartford Bahngesellschaft angelündigt, daß die zehnprozentige Herabsetzung aller Löhne, die vor einiger Zeit vorgenommen wurde, vom 1. Juli ab wieder aufgehoben sein soll.

#### Ein Riesenkampf um die Organisation.

Mehr als 10 000 gelernte Arbeiter der amerikanischen Platten- und Weichblech-Compagnie, der verschiedenen Fabriken in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia und Indiana gehören, werden in den Streik treten, weil nach einer am 1. Juli in Kraft tretenden Anordnung der Gesellschaft nicht-unionistische Arbeiter neben den unionistischen zugelassen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die englische Finanzdebatte.

London, 30. Juni. (B. L. B.) Unterhaus. Nachdem die Debatte über den ersten Artikel der Finanzbill sechs Tage gedauert hatte, beantragte heute Schatzkanzler Lloyd George Schluß der Debatte. Nach der üblichen Opposition wurde der Antrag angenommen. Hierauf erfolgte mit 296 gegen 112 Stimmen die Annahme des ersten Artikels ohne wesentliche Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage.

### Uberschwemmung durch Dammbrech.

Hammersfest, 30. Juni. (B. L. B.) Am Montag brach der Damm des Wasserreservoirs der Stadt, das 3 000 000 Kubikmeter Wasser enthält; dieses strömte über die Felder, zerstörte drei Brücken und riß drei Fachhäuser mit Material in die See. Gestern ist ein Reservoir unter der Erde gesprungen, weshalb die Stadt augenblicklich ohne Wasser ist.

### Bergmanns Ende.

Trier, 30. Juni. (B. L. B.) Durch Gas erstickten auf der Karthütte bei Diedenhofen 2 Arbeiter beim Ausschalten eines Ventilators. Ein dritter konnte ins Leben zurückgerufen werden.

### Den russischen Henkern entronnen.

Gent, 30. Juni. (B. L. B.) Der russische Student Miklaszewski ist heute morgen in Freiheit gesetzt worden. Er wurde von Freunden und Bekannten lebhaft begrüßt. Die russische Regierung hatte bekanntlich seine Auslieferung verlangt.

### Eine ganze Schiffbesatzung ertrunken.

La Rochelle, 30. Juni. (B. L. B.) Das Schifferboot „Emma Marie“ ist in der Nähe von Island gesunken. Die gesamte Besatzung, bestehend aus 27 Mann, ist umgekommen.

### Gegen die Schmach des Russenbesuchs.

Rom, 30. Juni. (B. L. B.) Der Gemeinderat von Ne-Ambria in Italien hat eine große Protestkundgebung gegen den Besuch des Zaren in Italien veranstaltet.



Reichstag.

271. Sitzung vom Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht folgende

Interpellation der Abgg. Abrecht u. Gen. (Soz.).

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts des durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Kostensandes weiter Vollstreckung eines Gesetzesvorlages über eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel sowie des § 11 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrscheinen vorzulegen?“

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt auf die Anfrage des Präsidenten, daß er bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten.

Begründung der Interpellation

erhält das Wort

Abg. Kollmann (Soz.):

Anträge, die Getreidezölle aufzuheben, sind schon zu wiederholten Malen an die verbündeten Regierungen gestellt worden. Sobald wir exorbitant hohe Getreidepreise haben, leiden sehr viele unserer Staatsbürger, die ihre Lebenshaltung herabdrücken müssen, und daher ist es nicht zu verwundern, daß ein Drängen danach entsteht, die Maßnahmen zu beschleunigen, zufolge deren Deutschland höhere Getreidepreise hat als andere Länder. Die Getreidezölle haben ja direkt den Zweck, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, und wiederholt sind daher in den Vor Jahren auch von den freisinnigen Anträge gestellt worden, sie zu beseitigen. Es liegt ja auf der Hand, daß der einzelne, der nur eine bestimmte Summe für seine Lebenshaltung zur Verfügung hat, durch höhere Getreidepreise erheblich benachteiligt wird. Aber verhängnisvoll sind derartige Preissteigerungen, wenn sie mit einer wirtschaftlichen Krise zusammenfallen, wie wir sie gegenwärtig haben. Schon seit 1907 haben wir Krisenerscheinungen, wie das Umkreisreifen der Arbeitslosigkeit. Wie aus dem „Reichsarbeitsblatt“ zu ersehen ist, war

im April d. J. die Zahl der beschäftigten Arbeiter noch erheblich niedriger als im April 1907

trotzdem der Zuwachs der Bevölkerung das Gegenteil sollte erwarten lassen. Wir können daher wohl sagen, daß wir

seit Monaten mehr als eine Million Arbeitslose im Lande

haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fast jeder Arbeiter hat mit einer längeren oder kürzeren Arbeitslosigkeit zu kämpfen, dadurch wird sein Einkommen schon erheblich herabgedrückt. Aber auch direkt ist ein

Rückgang der Löhne

zu verzeichnen. Es zeigt sich das deutlich bei den Vergarbeitern, deren Löhne vierteljährlich im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Während im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1907 der Jahresverdienst 1662 M. betrug, war er im Jahre 1908 auf 1494 M. gesunken. Auch auf den sonstigen Gruben gingen die Wochenlöhne um 3 M. zurück. Aber dieser Rückgang der Löhne war 1908 noch nicht zum Stillstand gekommen. In Dortmund wurde 1908 noch pro Schicht ein Lohn von 4,82 M. bezahlt, im Jahre 1909 nur von 4,56 M. Im Saarbrücker Bezirk sank im Jahre 1909 der Lohn um 4 Pf. pro Schicht, im Saardener Bezirk um 3 Pf. pro Schicht usw. Diese sinkenden Löhne haben natürlich auch einen starken Einfluß auf die Mittelstandsschichten, die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade in einem solchen Moment sehen wir steigende Getreidepreise, die eine Höhe erreichen, wie wir sie fast noch nie erlebt haben; sie gehen selbst über das Maß hinaus, das seinerzeit Graf Ranitz in seinem Antrage von 1894 verlangte. Graf Ranitz verlangte damals für Weizen einen Preis von 215 M., für Roggen von 165 M. Statt dessen haben wir jetzt Preise von

291 M. für Weizen und 190 bis 192 M. für Roggen!

Und die Preisbewegung nach oben ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Am 25. Juni wurde Weizen in Berlin für die Abnahme im September auf 258 notiert, gestern bereits auf 260,25 M. Man sieht die Preissteigerung als nicht für eine vorübergehende Erscheinung an, sondern rechnet damit, daß sie sich hält.

Wenn derartig hohe Preise vorhanden sind, so ist es sehr an der Zeit, einmal zu fragen, was die verbündeten Regierungen zu tun gedenken, um dem ein Ende zu machen. Man stellt also vor zwei Fragen: Entweder suchen die verbündeten Regierungen Mittel und Wege, um die Preise zu ermäßigen, oder um das Einkommen der Arbeiter zu erhöhen. Die Preise sind nicht durch unsere Getreidezölle allein verursacht, sondern wir haben es auch mit hohen Preisen auf dem Weltmarkt zu tun. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat ja mit Rücksicht auf die heute zu besprechende Interpellation auf die hohen Preise an anderen Orten hingewiesen und gefragt, welche theoretische Bedeutung die Aufhebung der Getreidezölle dann noch habe. Theoretisch mag das richtig sein, praktisch sieht es aber ganz anders aus. In der Tat sind ja die Weltmarktpreise hoch. Wenn aber die Weltmarktpreise so hoch sind, so hat ja jeder Getreidezoll auch jeden Schein von Recht verloren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seinerzeit hat ja auch Graf Ranitz in seinem zweiten Antrage von 1895 das Fortbestehen der Getreidezölle nicht haben wollen, wenn die Weltmarktpreise eine gewisse Höhe erreicht hätten. In der Begründung des Antrages war das ausdrücklich ausgesprochen. Als aber bei der Beratung des Zolltarifgesetzes der Antrag eingebracht wurde, eine Bestimmung aufzunehmen, daß die Zölle herabgesetzt werden sollen, wenn die Getreidepreise eine gewisse Höhe erreicht hätten, da hat die ganze Rechte, das Zentrum und auch die Nationalliberalen diesen Antrag bekämpft! Sie wollten also die künftige Verteuerung auch dann beibehalten, wenn der Weltmarktpreis eine geradezu schwindelhaft hohe Höhe erreichte. Im Jahre 1895 waren eben die Agrarier noch nicht zu der Macht gekommen, die sie gegenwärtig haben; sie traten noch wesentlich bescheidener auf!

Man sagt man, von der Erhöhung der Getreidepreise habe die Landwirtschaft garnichts, sondern nur die Händler; denn die hohen Getreidepreise sollen erst dann eintreten, wenn die Landwirtschaft nicht mehr über Getreide verfügt. Demgegenüber ist festzustellen, daß sowohl 1907 wie 1908 die Getreidepreise in den Monaten September bis Dezember, also in den Monaten, in denen die Landwirtschaft Getreide verläuft, höher waren als der gesamte Jahresdurchschnittspreis betrug! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Fragt man nun nach den Ursachen der ausnahmsweise hohen Getreidepreise, so könnte man zunächst annehmen, daß eine Witterung vorgelegen hat. Aber die Ernteziffern des Jahres 1908 zeigen, daß wir in Roggen geradezu eine Rekorderte gehabt haben von einem Umfang, wie wir sie in Deutschland noch nicht erlebt haben. Und trotzdem sank das Getreide bereits an Knapp zu werden. Darauf haben sogar Zentrumsblätter wie die „Allgemeine Volkszeitung“ schon im Mai aufmerksam gemacht. Die „Allgemeine Volkszeitung“ wies damals darauf hin, daß infolge der Einfuhrscheine so viel Getreide ins Ausland gegangen ist, daß vom Beginn des Frühjahrs ab Getreidevorräte in Deutschland kaum noch vorhanden waren;

innerhalb von 7 Monaten seien fast 10 1/2 Millionen Doppelzentner Getreide aus Deutschland ins Ausland gegangen!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Allgemeine Volkszeitung“ wies darauf hin, daß durch diese Ausfuhr im Inland eine Art künstliche Hungernot hervorgerufen

werde, daß Mühlen stillstünden, weil ihnen der Rohstoff zur Verarbeitung fehle usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Allgemeine Volkszeitung“ sollte aber ihren eigenen Parteigenossen den Vorwurf machen, daß sie solche Zustände herbeigeführt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Hofmeister sagte in einer früheren Debatte: Wie kann man Einfuhrscheine Liebesgaben nennen? Er sagte, es seien geldwertige Dokumente und dem Lande werde damit ein Dienst erwiesen! Das kann allerdings nur sagen, wer es für ein nationales Unglück hält, daß Brotgetreide noch im Lande bleibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat ermöglicht es diese Einfuhrscheine den Agrariern, zinsfreie Anleihen beim Reiche zu machen. Derartigen Luxus kann sich das Reich nur gestatten, wenn es im Ueberfluß schwimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie widersprechend unsere ganze Politik ist, das geht klar und deutlich aus den Begründungen hervor, die die verbündeten Regierungen regelmäßig unseren Flottenvorlagen gegeben haben. In diesen Begründungen heißt es immer wieder, daß Deutschland die kolossalen Aufwendungen für die Flotte machen müsse, weil es nicht so viel Lebensmittel produziert, als es braucht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); es müßten im Falle eines Krieges die Handelsstraßen freigehalten werden, damit Lebensmittel eingeführt werden können. Also einmal geben wir ungeheure Summen für Kriegsschiffe aus, die die Handelsstraßen freihalten sollen, und dann geben wir auch mitten im Frieden Millionen und Abermillionen aus, nur damit ausländisches Getreide ins Ausland geschickt werden kann. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine widerspruchsvolle Politik ohne gleichen.

Ich muß auch verweisen auf die enormen Schädigungen, die unseren Finanzen durch

die Einfuhrscheine

geschlagen werden: Von den Zöllen, die 1907 entrichtet werden mußten, wurden 49 749 000 Mark durch Einfuhrscheine beglichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 1908 stieg diese Summe auf 90 706 000 Mark, und jetzt — in den ersten fünf Monaten dieses Jahres — beträgt die Summe bereits 42 875 000 Mark gegenüber 28 500 000 Mark im Vorjahre! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen, daß die Summe fortgesetzt steigt und daß selbst ein Wai wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schon anfängt, gegen dieses System der Einfuhrscheine sich zu wehren.

Und dann noch eins: Bei der Verabschiedung des Zolltarifgesetzes im Jahre 1902 wurde auf Antrag des Zentrums beschlossen, daß die Mehreträge aus den Getreidezöllen

für Witwen und Waisen

zurückgelegt werden sollten. Der Abg. Trimborn rechnete uns vor, daß jährlich 90 Millionen Mark herauskommen würden. Wir haben damals schon starke Zweifel geäußert. Aber die „Germania“ erklärte uns, es würden nach Abzug aller Unkosten jährlich immer noch 72 Millionen Mark herauskommen! — Die „Germania“ fügte hinzu: Wenn die Sozialdemokratie sachlich prüfen wollte, würde sie zu der Erkenntnis kommen, daß durch den Zentrumsantrag ein vollständiger Ausgleich für die durch die Zollhebung verursachte Lebensmittelverteuerung den arbeitenden Klassen gewährt würde. ... Ich möchte jetzt den Abg. Trimborn und das gesamte Zentrum fragen:

Wo sind die Millionen, die er uns damals vorgerechnet hat? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jrgendwo müssen sie doch verborgen sein. Aber sie sind eben nicht vorhanden, sie sind durch die Politik der Einfuhrscheine verloren gegangen!

Eins ist für mich sicher: wenn einmal auf der ganzen Erde eine große Misere eintritt, wenn Hungernöte ausbrechen, dann wäre Deutschland dasjenige Land, welches am schärfsten getroffen würde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das ist die Folge Ihrer (nach rechts) Politik. Manche Streife haben das vorausgesehen, und so erklärt sich der Antrag Ranitz vom 13. März 1895. In diesem Antrag hieß es, daß die Ueberflüsse aus den Getreidezöllen zur Ansammlung von Vorräten für außerordentliche Bedürfnisse bereit gestellt werden sollen. Damals wollte man also Vorräte sammeln, heute aber betreibt man eine Politik, die das Gegenteil darstellt! — Wenn die Getreidezölle Ihnen nicht finanzielle Vorteile bringen sollen, weshalb haben Sie dann damals unseren Antrag abgelehnt, nach dem die Zölle außer Kraft gesetzt werden sollten für den Fall, daß die Getreidepreise eine gewisse Höhe erreicht haben? Dann würden auch die Einfuhrscheine wegfallen, und dann würde auch deutsches Getreide nicht mehr ins Ausland verschickt. Aber Sie haben unseren Antrag abgelehnt! Sie haben dem Kohlenhändler die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, daß es die Kohle ins Ausland billiger verkauft als nach dem Inlande. Ich will das weder bekämpfen noch verteidigen. Aber das eine muß man dem Kohlenhändler zubilligen, daß es diese Preispolitik nur durchführen kann auf Grund seiner kräftigen Organisation. Sie jedoch verkaufen deutsches Getreide nach dem Auslande billiger auf Kosten der Steuerzahler, aus deren Taschen Sie sich das Geld geben lassen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt es, daß eine derartige volkseindliche Politik bei uns betrieben werden kann? Man geht immer noch von der Ansicht aus, daß Deutschland ein Agrarstaat sei und daß deshalb alles getan werden müsse, was die Agrarier verlangen. Auch der Kanzler nennt sich

agrarischer Kanzler

und treibt eine Politik lediglich für die Teile der Bevölkerung, die sich Agrarier nennen. (Sehr richtig! links.) Die Behauptung, daß Deutschland ein Agrarstaat sei, wird nun aber auf das jämmerlichste zerstört durch

die Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezählung.

Nach dieser Zählung ernähren sich in Deutschland von der Landwirtschaft und den verwandten Gewerben insgesamt 10 1/2 Millionen Menschen, während von Handel, Industrie und Verkehr 34 Millionen Menschen leben! (Hört! hört! links.) Auf die Landwirtschaft entfallen nur 28 Proz. der Bevölkerung, auf Handel, Industrie und Verkehr aber 66 Proz. Gerade auf der fagen Idee, daß Deutschland ein Agrarstaat sei, gründet sich die ganze Junkerherrenschaft. Auch in Preußen regieren die Junker, trotzdem Preußen ebenso wenig Agrarstaat ist wie Deutschland. In Preußen entfallen auf die Landwirtschaft sogar nur 25,59 Proz. der Bevölkerung, gegen 23,65 Proz. als Reichsdurchschnitt. Also sechshundertstel Prozent macht die Landwirtschaft in Preußen noch weniger aus als im Reich, und trotzdem herrschen dort die Junker unumgänglich. Ich frage erneut: wie ist es möglich, daß in Deutschland eine derartige, die gesamte Bevölkerung schädigende Politik auf die Dauer getrieben werden kann? Wir haben es mit Institutionen zu tun, die die Herren auf der Rechten sich zu schaffen verstanden haben und die mächtig genug sind, überall die Herrschaft an sich zu reißen.

Der Bund der Landwirte

ist allmählich zu einer politischen Macht geworden, die Deutschland beherrscht. Was war es denn anders, als 1902 die Nationalliberalen für den Zolltarif stimmten, als ein Sich-Beugen unter die Macht des Bundes der Landwirte? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe sehen wir auch bei der Regierung. Der Bund der Land-

wirte trat gegen die Handelsverträge auf, die man eine „rettende Tat“ nannte, und der Reichskanzler Caprivi mußte sehr bald weichen. Er war das erste Opfer, das man der organisierten Macht der Landwirte brachte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und was man dann alles in der Periode von 1894 ab getan hat, um die Agrarier zu verfühnen, will ich nicht aufzählen. Sie sind aber nie zu verfühnen, sondern verlangen einfach Unterwerfung. Das ist auch die Politik, die wir in den letzten Tagen erlebt haben.

Fürst Bülow war immer ein Agrarier.

In seiner ersten Rede als Reichskanzler sagte er, daß die Regierung dem Gemeinwohl um so besser diene, je höher sie sich über die verschiedenen Interessengruppen und Parteien stelle. Aber in derselben Rede kam, als wir ihn unterbrachen, auch schon der andere Satz vor: „Sie wissen ja noch gar nicht, wie der Hase läuft.“ In dem Moment, wo wir wußten, daß Fürst Bülow sich den Hasen zum Vorbild nimmt, wußten wir auch: es war

ein agrarischer Hase!

(Heiterkeit.) Der agrarische Kanzler, der auf seinem Reichenstein die Worte haben will: „Hier ruht ein agrarischer Kanzler“ war derselbe Herr, der ja auch den schönen Traum der Wodpolitik inauguriert hat. Damals sagte er, es müßten solche Fragen zurückgestellt werden, über die eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Das ist

der naive Satz, den jemals ein Staatsmann ausgesprochen hat.

Wie kann ein Staatsmann davon sprechen, Fragen zurückzustellen? Die Fragen drängen sich eben auf! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat denn Fürst Bülow dann auch nicht die Steuerfragen zurückgestellt, um die der ganze Streit entstanden ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sehen, daß die Regierung und die Agrarier einen Zustand geschaffen haben, der für das Deutsche Reich von recht unangenehmer Wirkung ist. Sie haben Steuern geschaffen, durch welche die Grundbesitzer den Protesten des Bauern, so daß ein erheblicher Teil der Steuern nicht in die Reichskasse fließt, sondern

in die Taschen der Agrarier.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1907 betrug die deutsche Ernte an Weizen 3465 Tonnen. Durch den Zoll wurde dieses Getreide um 607 Millionen verteuert. Rechnet man auf den Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung 28 Proz., so bleiben immer noch

502 Millionen Mark,

die allein von der Brotverwertung in die Taschen der Agrarier geflossen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und dazu kommt noch die Fleischverteuerung!

Freilich sagen die Herren, diese agrarischen Maßnahmen seien im Interesse der Landwirtschaft notwendig; sie liegen aber nicht im allgemeinen Interesse der Landwirtschaft, sondern doch lediglich im Interesse der Grundbesitzer, also im Interesse von etwa 2 1/2 Millionen Personen in Deutschland, von denen die Hälfte eine so geringe Fläche besitzt, daß sie gar keinen Nutzen von den Zöllen hat. Also für die Interessen von fünf Viertel Millionen Grundbesitzern wird diese Politik gemacht. 1 1/2 Millionen Landarbeiter haben noch nicht einmal ein Stück Kartoffelfeld, sondern müssen alles kaufen, und die teuren Preise ebenfalls zahlen. Dieselben Leute, welche die Klassen ausplündern und die Lage der Landarbeiter verschlechtern, sind es auch, die den Landarbeitern das Koalitionsrecht verweigern, die Landarbeiter von der Krankenversicherung ausschließen und, wo die Landarbeiter versichert sind, bewirken, daß sie in den niedrigsten Klassen versichert sind!

Die Löhne der Landarbeiter

kann man ja aus den Renten berechnen, welche die Witwen der verunglückten Arbeiter beziehen. In Ostpreußen erhält eine solche landwirtschaftliche Witwe 72 Mark! Das entspricht einem Lohne von 360 Mark, den der Mann als ganzen Jahresverdienst erhalten hat! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Westpreußen ist die Witwenrente 78 Mark, der Jahresverdienst des Mannes also 395 Mark. In Schlesien beträgt die Rente 69,78 Mark, der Jahresverdienst des Arbeiters also 348 Mark. Im ganzen Reiche ist der Jahresverdienst des Landarbeiters 433 M., im Westen steht auch der Landarbeiter etwas besser als in den ostpreussischen Provinzen. Da sieht man die ganze Arbeiterfreundlichkeit gerade derjenigen Leute, welche verlangen, daß sie selbst sich auf Kosten der Arbeiter bereichern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun, dem Bund der Landwirte haben die freisinnigen bei den letzten Wahlen noch Wahlhilfe geleistet und so selbst die gegenwärtige Mehrheit geschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der schöne Wodtraum ist jetzt wohl vorüber. Das deutsche Volk aber wird unter den Umständen noch länger zu leiden haben. Die gegenwärtige Höhe der Futtermittelpreise verursacht ja auch im nächsten Jahre noch hohe Fleischpreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die hohen Preise halten an, und da fragt es sich doch, ob die Regierung nicht Mittel und Wege suchen will, um Ermäßigungen der Preise zu erzielen. Bewerben will ich noch, daß dieselben Leute, welche heute niedrigere Einkommen und höhere Preise haben, auch noch 400 Millionen Mark neuer Verbrauchssteuern auferlegt bekommen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Teil der Arbeiter, zum Beispiel die Tabakarbeiter, sollen ja außerdem noch ganz besonders herangezogen werden.

Was kann nun die Regierung tun?

Wir wissen ja, daß die Gesetzgebung ihr gegenwärtig nicht die Mittel an die Hand gibt, die Zölle ohne weiteres aufzuheben. Denn hat man seinerzeit einen Kiesel vorgehalten, höchstens bei den Einfuhrscheinen, bei denen eine Minimalpreisbestimmung nicht vorhanden ist, könnte die Regierung die Frist auf etwa eine Stunde setzen und sie dadurch ziemlich wertlos machen. Aber das wäre keineswegs genug. Es muß vielmehr eine

Änderung der Zollgesetze

herbeigeführt werden, obwohl ich glaube, daß die gegenwärtige Mehrheit solche Gesetze genau so verächtlich würde, wie sie die Erbschafts- und Nachlasssteuer vernichtet hat. Es muß aber doch zu einem

offenen Kampf mit den Agrariern

kommen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß dieser Kampf nicht überaus langwichtig ist, möchte ich den Herren sagen, die glauben, daß solche Anträge von gestern auf heute kommen. Mit Vorbedacht rufen Sie und ja den Namen Schippel zu. Lesen Sie die Rede Schippels vom 5. Mai 1898, in der er über daselbe Thema sprach. Damals sagte auch Schippel; es muß mit den Agrariern einmal zu einem offenen Konflikt kommen; zwar wisse er, daß es schwer sei, die Liberalen in Bewegung zu setzen, aber die Agrarier treiben es dahin, und derartige Konflikte werden kommen. Wenn die Einfuhrscheine beseitigt und die Zölle aufgehoben werden, so wird die Landwirtschaft keineswegs geschädigt. Ich behaupte vielmehr, daß sie außerordentlich prosperiert, und berufe mich dafür auf Mitteilungen des deutschen Landwirtschaftstages. Bei der Beratung der Fleischnot im Jahre 1906 lag eine Denkschrift des deutschen Landwirtschaftstages vor, in welcher der Wert der deutschen Fleischproduktion auf über 3 1/2 der Milchproduktion auf mehr als eine Milliarde angegeben war, zusammen auf fast fünf Milliarden. Würde man den Wert der Produktion in den übrigen Zweigen der Landwirtschaft hinzurechnen, so würde das Ergebnis sein, daß der Wert der landwirtschaftlichen Produktion mit der Bereinigung der industriellen Produktion gleichen Schritt gehalten habe. Das wurde 1906 gesagt, vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs. Wenn bei konstantbleibender Arbeiterzahl die landwirtschaftlichen Werte einen solchen Anstieg genommen haben, so



Ist das ein Beweis, daß die Landwirtschaft auch ohne künstliche Hilfsmittel prosperiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

**die Vermögensaufsammlung auf dem Lande**  
Ist enorm. Nach der preussischen Ergänzungsteuer, die im Jahre 1895 11 Millionen betrug, war ein Vermögen von 28 Milliarden vorausgesetzt. 1905, also vor dem Vollerwerb, war die Steuer auf 14 Millionen, das Vermögen also auf 28 Milliarden Markt gestiegen! Noch in den letzten Jahren vor dem Inkrafttreten des Vollerwerbs, in den drei Jahren von 1902 bis 1905, stieg der Grundwert von 10,9 auf 12,2 Milliarden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Agrarier haben also gar nicht darüber zu klagen, daß die Landwirtschaft ohne die Hölle zu Grunde gehen würde; sie würden vielmehr nach wie vor bestehen bleiben, aber das Deutsche Reich kann es nicht auf die Dauer ertragen, unter dem Terrorismus der Agrarier zu leiden, die es darauf abgesehen haben, sich auf Kosten der Mehrheit des Volkes zu bereichern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung die Getreidezölle suspendieren und die Einfuhrschleise aufheben will, so kann sie das nicht, ohne eine Aenderung des Vollerwerbsgesetzes, und wenn sie sich jetzt fürchtet, den Reichstag wegen irgendwelcher Steuerfragen aufzulösen, so möge sie es einmal unter der Flagge tun, daß sie die Parole stellt:

**Für oder gegen die Agrarier!**  
(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung bringe ein Gesetz ein: das Einfuhrschleisensystem zu beseitigen und die Hölle herabzulassen oder ganz zu beseitigen. Daß ein solches Gesetz ebenso abgelehnt wird wie die Erbschaftsteuer, liegt auf der Hand. Dann könnte die Regierung den Reichstag auflösen und das Volk eben vor die Frage stellen: für oder gegen die Agrarier! Ueber kurz oder lang wird die Lage doch so zugespitzt sein, daß die Regierung gar nicht anders kann, wenn sie sich nicht zum willkürlichen Werkzeug in der Hand der Agrarier, in der Hand des Bundes der Landwirte machen will. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

**Das Volk kann von der Regierung verlangen, zu wissen, was sie zu tun gedenkt, um der Aushungerung des Volkes entgegenzuwirken.**

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Einfuhrschleisensystem fortbestehen bleibt, wenn die Preise weiter hoch bleiben, so liegt es auf der Hand, daß die deutsche Ernte nicht auf deutschen Märkten abverkauft wird, sondern daß sie ins Ausland wandert. Der Deutsche wird hungern und den leeren Getreidebehältern stehen und sagen: Unser Getreide ist ins Ausland gegangen, wir Steuerzahler sind getreidelos und müssen auch noch die Einfuhrschleise bezahlen für die, die uns das Getreide nehmen. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:**  
Ueber die Einfuhrschleise haben wir uns am 22. April d. J. eingehend unterhalten. Der Reichstag hat beschloffen, diese Angelegenheit der Budgetkommission zu überweisen; sie hat heute beraten und hat die Frage mit überwiegender Majorität für

**noch nicht geklärt**  
angesehen und den Beschluß gefaßt, dem Plenum vorzuschlagen, die verbandelten Regierungen um die

**Vorlage einer Denkschrift**  
zu bitten. Falls das Plenum in diesem Sinne beschließen sollte, wird die Reichsverwaltung — das kann ich schon heute erklären — gern bereit sein, dem Wunsche auf Vorlage einer Denkschrift nachzukommen.

Ich habe dem, was ich im Herbst 1907 der damaligen Interpellation gegenüber vom grundsätzlichen Standpunkte der verbandelten Regierungen aus gesagt habe, Wesentliches nicht hinzuzufügen. Ich kann nur wieder betonen, daß die verbandelten Regierungen von den Grundlagen eines von der überwiegenden Mehrheit dieses hohen Hauses wiederholt auf das nachdrücklichste gebilligten Wirtschaftspolitiks nicht abweichen. (Bravo! rechts.) Das eine werden wir auch die Gegner unserer Wirtschaftspolitik zugeben: Wirtschaftliche Maßregeln irgendwelcher Art und unter irgendwelchen wirtschaftlichen Systemen können ungewiss sein, wenn man konsequent an der einmal für richtig befundenen Politik festhält und wenn man sich nicht durch vorübergehende Erscheinungen, wie sie mit den unvermeidlichen Schwankungen auf dem Weltmarkt notwendig verbunden sind, von den Prinzipien des einmal für richtig anerkannten abdrängen läßt. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann mich auch davon nicht überzeugen, daß der Vorschlag der Herren Interpellanten, die zeitweise Suspendierung der Getreidezölle, das Ziel erreichen würde, das die Herren anstreben, nämlich ein nachhaltiges Herabdrücken der Getreidepreise.

Was die gegenwärtigen Verhältnisse anlangt, so ist es nicht richtig, wenn man in den Zeitungen von einer abnormen Höhe unserer Getreidepreise spricht. (Hört! hört! rechts.) Der Roggenpreis stand 1907, als wir uns über die gleiche Interpellation unterhielten, höher, er ist 1908 horrend gefallen gegenüber den Preisen vom Herbst 1907, ist jetzt im Frühjahr dauernd gestiegen, hat aber noch nicht die Höhe erreicht, die er damals hatte. (Hört! hört! rechts.)

Man hat bezweifelt, daß dem Deutschen Reiche noch der Charakter eines Agrarlandes betwöhne. Ich bin der Ansicht: es ist weder ein Agrarstaat, noch ein Industriestaat, sondern wir haben gegenwärtig noch

**eine glückliche Mischung,**  
die wir hoffentlich noch recht lange behalten werden.  
Daß die Weizenpreise enorm hoch sind, gebe ich zu, und ich bin der Ansicht, daß sie bald heruntergehen. Denn das ist ein ganz ungesunder Zustand. Dazu kommt, daß wir beim Weizen zum großen Teil auf die Einfuhr von anderen Ländern angewiesen sind. Beim Weizenpreise stehen wir aber einer internationalen Preissteigerung gegenüber, was erklärlich ist, wenn man bedenkt, daß in den letzten beiden Jahren die Welterte über sechs Millionen Tonnen hinter der Ernte der vorhergehenden Jahre zurückgeblieben ist. Bei dem verhältnismäßig geringen Anteil, den der Weizen bei der Ernährung unseres Volkes hat, dürfen wir aber nicht von den Weizenpreisen allein ausgehen, sondern müssen Roggen und Weizen zusammennehmen. Erst wenn in beiden eine Preissteigerung vorhanden ist, werden wir von einem Notstand sprechen können, wie wir ihn allerdings in den 90er Jahren einmal erlebt haben, wie er aber heute

**„noch nicht“**  
vorhanden ist.  
Der Herr Vorredner hat gesagt, warum wir einmal eine Hungersnot bekommen, so wird von allen Kulturvölkern Deutschland am schlechtesten leiden. Ich bin anderer Meinung. Wir würden zu einer Katastrophe nur kommen, wenn unsere Landwirtschaft geschwächt ist. Daß unser Leben teurer geworden ist in den letzten Jahren, ist allerdings eine so abgetretene Weisheit, daß ich sie selbstverständlich nicht bestreite. Ich habe hier aus einer ganz instruktiven Interpellation, die von der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich eingebracht worden ist, einen interessanten Satz. Es heißt da: „Infolge der ungesunden Forderung der notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel Oesterreichs sehen sich die Arbeiter gezwungen, sich dauernd in Preußen niederzulassen.“ (Lebh. Hört! hört! u. Heiterl. rechts.) Nun sagte ich schon, unser Leben ist teurer geworden, was ich mit den Herren Interpellanten auch ernstlich belege. Ich habe aber schon einmal dargelegt, daß die notwendigen Folgeerscheinungen jeder industriellen Depression, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Ausfuhr usw., sich bei uns relativ weniger schwer fühlbar machen als in sehr vielen anderen Ländern. Seit der Zeit hat die Statistik meine Darlegungen bewiesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Depression schwer auf uns lastet, daß Arbeitsbeschränkungen stattgefunden haben, daß zum Teil die Löhne

zurückgegangen sind und daß eine solche Zeit der Forderung schwer empfunden wird. Aber wenn dem so ist, kann es die verbandelten Regierungen doch nicht veranlassen, von ihrer Wirtschaftspolitik abzuweichen und Experimente mit einem Mittel zu machen, das sie für untauglich halten. Wir würden damit nur eine weitere Unsicherheit in unser wirtschaftliches Leben hineintragen, wir würden die nachteiligen Folgen des wirtschaftlichen Rückganges verbreitern gerade auf diejenigen Volksteile, deren Kaufkraft für unsere Industrie von besonderem Wert bei zurückgehendem Export ist. Die verbandelten Regierungen müssen daher in wohlüberlegtem wirtschaftlichen Interesse des Ganzen und indem sie hinüberblicken über die Schwierigkeiten der Gegenwart, die ich nicht verkenne, festhalten an der Wirtschaftspolitik, die sie unter Zustimmung der Majorität dieses Reichstages eingeführt haben und fortzuführen gebieten. (Lebhafte Zustimmung! rechts.)

**Auf Antrag Singer (Soz.) findet die**  
**Besprechung der Interpellation**

statt.  
Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, auch den von der Budgetkommission heute behandelten Antrag Dr. Ullrich (fr. Sp.) über die Aufhebung des Identitätsnachweises mit zur Debatte zu stellen, obwohl ein schriftlicher Bericht noch nicht vorliegt. Da Abg. Götzein (fr. Sp.) Widerspruch erhebt, muß davon Abstand genommen werden.

Abg. Dr. Pieper (Z.): Bei den Vollerwerbskämpfen haben alle Anfänger der Zentrumspartei einschließlich der industriellen Arbeiter eine mächtige Erhöhung der Löhne bestritten. Der Lohndruck wirkt auf den Preis des Getreides, aber nicht sehr bedeutend. Andere Umstände, namentlich der Ausfall der Welterte, wirken viel entscheidender mit. Eine Suspendierung der Getreidezölle könnte nur in Frage kommen, wenn es sich nicht um vorübergehende Verhältnisse handelte. Sollten die hohen Preise bis über die nächste Ernte hinaus anhalten, so würde allerdings eine Suspendierung der Zölle in Frage kommen. Vorläufig liegt kein Beweis dafür vor, daß es sich um mehr als das alljährliche Anziehen der Getreidepreise vor der Ernte handelt. Die Einfuhrschleise würden erst dann eine Ausfuhrprämie bedeuten, wenn unsere Einfuhr unter die Ausfuhr sinken würde, während sie heute noch um das Doppelte größer ist. Wir erkennen an, daß die Forderung schwer drückt auf die Bevölkerung, aber wir halten den jetzigen Augenblick noch nicht für geeignet, um eine Forderung im Sinne der Interpellation an die Regierung zu stellen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Nst.): Wir stimmen durchaus mit den Anschauungen überein, die der Herr Staatssekretär dargelegt hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Vollerwerb hat sich ganz vorzüglich bewährt. Wir können uns also der Interpellation nur so ablehnend wie möglich gegenüberstellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Raempf (fr. Sp.): Bereits 1907 wurde uns gesagt, es handele sich nur um eine vorübergehende Erscheinung. (Lebh. Hört! hört! links.) Von keiner Seite wird bestritten, daß das Einfuhrschleisensystem dazu beiträgt, die Getreideausfuhr zu erleichtern und die Getreidepreise zu steigern. Es sind seit der letzten Ernte etwa 400 000 Tonnen Weizen ins Ausland verkauft worden. (Hört! hört! links.) Die Belastung des Volkes durch die Hölle will ich nicht rednerisch feststellen, mit 400 Millionen ist sie sicher zu niedrig gegriffen. Die Folge unierer falschen Wirtschaftspolitik ist, daß alles teurer geworden ist und daß niemand davon Vorteil gehabt hat als eine Reihe privilegierter Personen. (Sehr richtig! links.) Wir sind aber nicht der Meinung, daß eine plötzliche Aufhebung oder auch nur Suspendierung der Getreidezölle sich empfiehlt. Wohl aber wünschen wir eine allmähliche Herabsetzung der Getreidezölle. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Dieser Frage sollte die Reichsregierung recht bald näher treten. (Lebhafte Zustimmung! bei den Freisinnigen.)

Abg. Graf Schwerin-Somit (L.): Die Feststellung der Getreidepreise ist aus den Händen der Landwirtschaft in die des Handels übergegangen. Der Handel hat die Preise so hoch getrieben, und dann kommt immer die Sozialdemokratie und beklagt uns mit Interpellationen. — Ich gebe zu, die Weizenpreise sind unerwünscht hoch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit.) Das ist aber nicht die Schuld der Landwirte, die immer nur aus ökonomischen, nie hohen Preise verlangt haben! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sehr richtig! rechts.) Die schlechte Weizenernte im Herbst vorigen Jahres auf der nördlichen, im Frühjahr vorigen Jahres auf der südlichen Halbkugel hat die Höhe der Weizenpreise veranlaßt. Die Roggenpreise dagegen durchaus nicht hoch, und da, wenigstens in Norddeutschland, Roggenbrot die Hauptnahrung des Arbeiters bildet, so kann von Hungerpreisen nicht geredet werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen es ablehnen, an den Getreidezöllen zu rütteln. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Auch meine Freunde halten es nicht für notwendig, die Getreidezölle herabzusetzen. Die hohen Getreidepreise sind nur eine vorübergehende Erscheinung. Gerade die Freisinnigen sollten sich nicht gegen die Einfuhrschleise wenden, denn sie entsprechen doch dem System des Freihandels. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Erscheinung, daß die eigentlichen Getreideexportanten, die Länder, die sonst für den Import in Betracht kommen, Mangel an Getreide haben, ist nur vorübergehend und kann keinen Anlaß zur Aenderung unseres Vollerwerbs geben. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) (Dr. Hahn schüttelt dem Abgeordneten Baasche ostentativ die Hand. Große Heiterkeit.)

Abg. Hegler (fr. Sp.): Ich hoffe, daß mir die Ehre eines Handdrucks von Herrn Dr. Hahn am Schluß meiner Rede nicht zuteil werden wird. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Freisinnigen.) Daß ausländische Saisonarbeiter unseren heimischen Boden bebauen, halte ich für eine bedauerliche Erscheinung. Unsere Gesetze sollten so beschaffen sein, daß unsere Landarbeiter gern auf der Scholle bleiben. Wir müssen auf eine Erniedrigung der Getreidezölle hinarbeiten, sonst wird der Volkswille so anwachen, daß die Hölle beseitigt werden müssen. Der Bund der Landwirte freilich treibt die extreme Vollerwerbspolitik; seine extreme Politik hat sich auch bei der Finanzreform gezeigt. (Abg. Dr. Hahn (L.): Zur Sache!) Das müssen Sie schon dem Präsidenten überlassen. Ich begreife übrigens, daß Ihnen diese Erwähnung des Bundes der Landwirte unangenehm ist. Aber es macht mir eine besondere Freude, Sie, Herr Hahn, so erregt zu sehen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Wir müssen Bedacht darauf nehmen, die Hölle in Industrie und Landwirtschaft wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Anserik (Soz.): Die Höhe der Getreidepreise ist einer der wichtigsten Gründe der allgemeinen Forderung. Daher halten wir eine zeitweilige Herabsetzung der Getreidezölle für durchaus geboten.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):  
Der Herr Staatssekretär des Reichsamtes des Innern hatte die Güte, unsere Interpellation zu beantworten. Selbstverständlich kann ihm die formale Legitimation dazu nicht bestritten werden. Aber man konnte wohl verlangen, daß ein anderer diese Interpellation beantwortete, denn nicht Herr v. Bethmann-Hollweg ist es gewesen, der die Handelspolitik der Regierung bei der letzten Vollerwerbekampagne geführt hat, sondern Fürst Bülow, und wenn er auch heute

**ein Reichskanzler auf Abbruch**  
ist (Heiterkeit), so hat er doch die Verantwortung für die Verwüstungen der Agrarpolitik zu übernehmen, die die verbandelten Regierungen im Interesse einer kleinen Minderheit des Volkes seit Jahren getrieben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um Lebensfragen der Nation handelt, dann gehört der Reichskanzler auf seinen Platz — wenn nur einer da ist. (Große Heiterkeit.) Wir empfinden das Verhalten des Reichskanzlers als

**eine Mißhandlung,**  
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die geeignet wäre, den staatsmännischen Ruf dieses Mannes noch bis auf den letzten Rest auszulöschen, wenn überhaupt nach den Vorgängen der letzten Wochen noch etwas von staatsmännischem Ruf bei ihm zu entdecken wäre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Den Verteidigern unserer agrarischen Schutzpolitik wird die Freude an diesem Werk immer mehr bereitet. Sie sagen oft: Not lehrt denken.

**Not lehrt denken,**  
und wenn unser Volk erst angefangen hat, zu denken, so hört es auch nicht zu denken auf, und das Denken zerstört Ihre agrarische Herrschaft sicherer, als Sie vermuten. Wie die Politik des Vollerwerbers in den letzten Jahren betrieben wurde, das ist weder menschlich noch christlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter dem Vorzeichen, staatsbehaltend zu sein, verurteilen Sie Tausende und Tausende in unserem Volke zum Siedum, zu frühem Tode, zerstören Sie das Mark und die Kraft des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bethmann-Hollweg tat sich hier als Konsequenzzwanger auf. Der Vertreter einer Regierung, die in der letzten Zeit jede Spur von Konsequenz hat vermissen lassen, als es sich um einen Kampf gegen das Junkertum handelte, wurde jetzt auf einmal läch und konsequent, wo er die Junker in seinem Rücken wahrte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er erklärte, der Vollerwerb sei ein einheitliches Ganzes und dem gesamten Volkswohl angepaßt. Gewiß, dem Volkswohl angepaßt, ungepaßt wie ein spanischer Stiefel den Opfern der Inquisition angepaßt wurde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Manier des Grandseigneurs leugnet der Staatssekretär eine allgemeine Forderung. Weiz der Herr Staatssekretär nicht, daß in allen Verträgen der Fabrikinspektoren, in den vielen Arbeiterverträgen, die massenhaft auch amtlich veröffentlicht worden sind, allgemein zugestanden worden ist, daß wir unter einer beispiellosen, nicht mehr erträglichen Forderung der Lebensmittel in Deutschland leben? Hat er nicht die Begründung der Beamtenbefoldungsvorlage für Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte gelesen, die darauf hinweist, daß die Lebenshaltung der Beamten mit den heutigen Verhältnissen unter den geltenden Preisen nicht mehr aufrecht zu erhalten wäre? In der Tat ist die Preissteigerung verschärft durch die industrielle Krise und eine seit Jahrzehnten bei uns unbekannt, massenhaft auftretende Arbeitslosigkeit: das Symptom für

**die schwerste Not, in der sich unser Volk seit langem befindet.**

Der Herr Staatssekretär verwies darauf, daß die Fleischpreise gesunken seien. Eine Herabminderung der Rindfleischpreise ist allerdings zu verzeichnen, aber zurückzuführen, wie Ihnen Spezialisten aus dem Hause sagen können, auf den verminderten Absatz des viel zu teuer gewordenen Fleisches. Was aber das Schweinefleisch anlangt, so betragen nach der amtlichen Statistik die Schweinepreise in Berlin im Mai 1907 98,25, 1908 111, 1909 119,44 Mk. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hamburg 117 und 124, in München 107, 116, 133 Mk. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das nennt der Herr Staatssekretär ein Herabgehen der Preise!

Die Preissteigerung könnte nicht zur Wirklichkeit werden, wenn wir mit dem Schutz Zoll nicht zugleich

**das System der Einfuhrschleise**  
hätten. Graf Rampt hat einmal ganz richtig bemerkt, der ganze Schutz Zoll wäre nichts wert, wenn nicht die Einfuhrschleise damit verknüpft wäre; denn nur dadurch, daß man dauernd das in Deutschland vorhandene Quantum Getreide aus jener kleinen Menge vermindern kann, die auch bei einer schlechten Ernte erzielt wird, gelingt es, die Preise in dieser Weise zu steigern. Es genügt vollkommen, daß selbst ein Mann wie Herr Baasche, der sich als praktischer Landwirt hier einführt, zugeben muß, daß die heutige Verwendung der Einfuhrschleise für Kaffee und Petroleum unter allen Umständen selbst vom Standpunkt des praktischen Landwirts aus bekämpfbar ist, und bei der sympathischen Aufnahme, die Herr Baasche bei Ihnen gefunden hat — Herr Hahn hat ihn ja beinahe geküßt — (Heiterkeit), wird vielleicht auch auf jener Seite die Meinung wachsen, das System der Einfuhrschleise aufzugeben und zunächst einmal den Identitätsnachweis einzuführen. Daß das Einfuhrschleisensystem für gewisse Zwecke und für den Handel, z. B. von Stettin und Königsberg, notwendig ist, leugnet niemand.

Indessen, auch mit den Einfuhrschleisen wäre noch nicht ein so großes Geschäft zu machen, wenn als drittes nicht noch

**die Einfuhrprämie der Eisenbahn in Gestalt der Ausfuhrzölle**  
hinzukäme!

Was sagen nun die Vertreter der agrarischen Parteien zu den Ausführungen des Staatssekretärs? Der Vertreter des Zentrums war sehr vorsichtig. Ich kann ihm das nachsagen. Das Zentrum wird ohnehin, wenn es dem Volke erst die indirekten Steuern aufgebürdet hat, einen schweren Stand haben, und so wollte es wohl vermeiden, noch mehr Belastungsmaterial herbeizubringen. Sehr interessant war mir das Verhalten des Vertreters der polnischen Fraktion. Die Polen haben früher für jede Getreidevollendung gestimmt, jetzt aber, wo sie drauf und dran sind, der Regierung, die sie so gut behandelt hat, siehe An siedelungsgesetz, siehe Enteignung, siehe Sprachenparagraf (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), also, wo sie drauf und dran sind, der Regierung indirekte Steuern zu bewilligen, finden sie doch ein kleines Haar in der Suppe und sagen: Wir wollen uns für den Gedanken der Interpellation sympathisch aussprechen. Es wird das mit Dank akzeptiert, aber was dieser Erklärung zugrunde liegt, werden wir uns noch deutlich merken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Daß an der Existenz der leistungsfähigen Landwirtschaft das ganze Volk interessiert ist, ist von uns nie bestritten worden. Niemand erkennt so sehr wie wir an, daß ehrliche Arbeit ihren Lohn verdient. Deshalb sollen auch die Bauern für ihre Arbeit ihren Lohn erhalten. Hier aber handelt es sich nicht um den Lohn dessen, der den Acker bebaut, sondern um die

**Sicherung einer hohen Rente für den monopolisierten Boden!**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute haben wir die Gefahr, daß die übermäßig gestiegenen Preise der Lebensmittel infolge der agrarischen Profitie das Volk ausshungern. Wegen der Zurückweisung der Steuererlasse gärt und bewegt es sich im ganzen Volke. Wir wollen diesen Kampf gegen die Wurzel des Übels richten. Wir wollen

**den Wohnboden und den Nährboden wieder unter die Kontrolle der Gesamtheit bringen,**

und die große Menge des Volkes steht dabei auf unserer Seite. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die ganze agrarische Politik kommt einer Winderheit zugute, selbst einer Minderheit der Landwirte. 6 Proz. der in der Landwirtschaft Tätigen haben über 70 Proz. des Bodens zu verfügen. Und das sind die Stipendiaten der Liebesgabe.

**die ungetrübten Könige von Preußen!**

(Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Daß läßt sich die große Menge des Volkes nicht mehr gefallen. Selbst wenn alle unsere technischen Erfindungen unrichtig wären, ändert das nichts an dem Sachverhalt, daß es unmöglich ist, heute noch ein Kulturbolk in Herren und Sklaven zu scheiden, und Not ist die schlimmste Sklaverei. Daß die Not besteht, kann höchstens ein agrarisches Gemüt bestreiten. Alles hat seine Zeit. Die agrarische Welle, die über unser Volk hinweggegangen ist, hat Unheil genug gebracht. Aber jetzt ist sie im Zurückgehen. Der Kampf gegen sie hat nicht nur begonnen, sondern er hat erfolgreich begonnen. (Zustimmung links.) Noch einmal ist es Ihnen gelungen, einen Reichskanzler zu beseitigen, der angebunden gewagt hat, Ihr Volkwerk, das preussische Klassenwahlrecht, sei reformbedürftig. Aber ich glaube, es ist der letzte Reichskanzler, den Sie wegen einer solchen Aeußerung über die Klinge springen lassen. (Sehr richtig! links.)

An eine Interpellation können wir keine Beschlüsse knüpfen. Wir müssen uns mit der ablehnenden Antwort des Staatssekretärs begnügen. Aber wir richten eine ernste Mahnung an die Regierung und die Agrarier. Wir wollen unsere Ziele durch legale Mittel erreichen, wenn aber die legalen Mittel nicht zum Ziele führen (Aha! rechts), wenn in Zeiten der Arbeitslosigkeit und Hungersnot der Proletariat vergeblich nach Hilfe von Staat



und Gemeinde ausschaut, die ihm zwar helfen könnten, aber nicht helfen, weil sie unter der Vormöglichkeit von Leuten wie Herr Gahn stehen, wenn dann die Not die Fesseln des Gesetzes und der Sitte sprengt, dann können Sie noch diejenigen, denen Sie helfen könnten, aber nicht helfen! Der Staatssekretär kennt die Zusammenhänge zwischen Lebensmittelpreisen und Verbrechen. Er weiß, daß es hier kein Ausweichen gibt, daß mit automatischer zermalmender Regelmäßigkeit die Kurve der Verbrechen mit denen der Getreidepreise steigt. Von den Getreidepreisen hängt auch die Höhe der Kindersterblichkeit ab. Alles, was zur Bekämpfung der Tuberkulose geschieht — und ich erkenne an, daß es nicht wenig ist —, bedeutet gar nichts, ist nur ein Schönheitspflasterchen, wenn das Volk nichts zu essen hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie wollen Sie es verantworten, daß so viele un'erer Landleute zusammenbrechen? Wollen Sie diesen betheiligten Kindernord auf sich nehmen? (Lachen rechts.) Wer über diese Frage lacht, richtet sich selbst! (Sehr richtig! links.) Das Strafgesetzbuch zwingt uns, wenn wir Zeugen eines Verbrechens sind, dieses zu hindern. Aber das Verbrechen eines einzelnen kann niemals so volkzerstörend wirken, wie die agrarische Politik bei unserem Volke zerstörend wirkt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (3.): Wenn in Bayern früher Abneigung gegen die Einfuhrscheine herrschte, so lag das an besonderen Ursachen, die inzwischen behoben worden sind. An den getreidebefragten Weizenpreisen ist die Landwirtschaft unschuldig. Andererseits kann dem Abg. Dr. Kraut nicht zugegeben werden, daß die Preissteigerung wesentlich spekulativen Ursprunges ist. (Hört! hört! links.) Die steigende Produktivität und Stabilität des deutschen Getreidebaues ist von der alleräußersten und erfreulichsten Wichtigkeit für die nationale Wirtschaft. (Stürmischer Beifall bei den agrarischen Parteien.) Wie können da die Herren Mollenhuth und Südekum von Hungersnot sprechen? (Lebhaftes Bravo! rechts.) Die Suspension der Getreidezölle wäre nur ein Hundertmillionengestank an den Getreidehandel. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum.) Der Bauer ist doch ein Arbeiter! (Lachen bei den Sozialdemokraten: Junker!) Ich bin nicht dazu da, die Junker zu verteidigen — das besorgen sie im ausreichenden Maße selbst. (Schallende Heiterkeit.) Der Gahn trägt innerhalb und außerhalb des Hauses. (Stürmische Heiterkeit.) Aber die Landwirtschaft besteht doch nicht nur aus Junkern. In Bayern werden die Bauern gelegt von Leuten, die sich gegen die Parfümeriesteuer wenden, (Lautes Bravo! und stürmische Heiterkeit rechts.) von Leuten ohne bodenständige Vergangenheit. (Ständendes sehr gut! bei den Antijunkern.) Dr. Südekum sagt: Das Volk hat das Recht zu essen. Ich sage: das Volk hat zunächst das Recht zu arbeiten! (Lautes Bravo! rechts und im Zentrum.) Die Art und Weise, wie Kollege Dr. Südekum den Ausgang der Fleischpreise zu erklären gesucht hat, war sehr gekünstelt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Präsident Graf Stolberg: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!) Ich habe Zwickmühen sehr gern, nur verstehe ich sie nicht. (Schallende Heiterkeit.) Der Weizenpreis ist zu hoch, aber mit den Mitteln, die die Interpellanten vorschlagen, wird ihr Ziel nicht erreicht. Bistert nur die Ernte ab; wenn sie gut ausfällt, wird alles gut werden. (Heiterkeit links; lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.  
Abg. Mollenhuth (Soz.) (persönlich): Graf Schwerin sagte, ich hätte behauptet, die Landwirtschaft brauche die Getreideproduktion nicht. Er läßt mich also einen Linsen sagen, indem er nach dem Sprichwort handelt: „Mattheis bricht Eis, und hat er keins, so macht er sich eins.“ (Heiterkeit.) Ich habe angedeutet, daß der Wertzuwachs der gesamten landwirtschaftlichen Produktion einschließlich des Getreidebaues mindestens so groß gewesen ist, wie der der industriellen Werte. Dabei ist die Arbeiterzahl auf dem Lande gleich geblieben, während die in der Industrie gewachsen ist. Der Profit der Grundbesitzer muß daher größer gewesen sein als der der Industriekapitalisten.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Lachen, Lachen, Lachen.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die Frage des elsass-lothringischen Wahlrechts in der Petitionskommission.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens hatte im Auftrage von 12 am 7. Februar abgehaltenen Volksversammlungen dem Reichstage folgende Resolution unterbreitet:  
„Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Grundlage des Verhältniswahlsystems zum elsass-lothringischen Landesauswahlschuh für alle über 20 Jahre alten Einwohner beiderlei Geschlechts. Da die in den letzten drei Jahren an den Landesauswahlschuh gerichteten Petitionen erfolglos geblieben oder beiseite geschoben worden sind, tritt die Versammlung nunmehr an den Reichstag heran und erwartet von ihm als einem der gesetzgebenden Faktoren der Reichslande eine energische Initiative in der für die elsass-lothringische Politik und Kultur so bedeutungsvollen Wahlrechtsfrage. Sie erachtet es als eine moralische Pflicht des deutschen Volkes und seiner Vertretung, den wiedergewonnenen Brüdern, wie es so oft im Regierungsjargon heißt, das Selbstbestimmungsrecht zu verschaffen. Weil die anderen gesetzgebenden Faktoren in der Wahlrechtsfrage die Pflichten dem elsass-lothringischen Volke gegenüber vernachlässigt haben, fordert die Versammlung den deutschen Reichstag als die Vertretung des gesamten deutschen Volkes auf, dem elsass-lothringischen Volke zu dem ihm zustehenden Rechte zu verhelfen.“

Die Petition war mit folgender Begründung versehen:  
„Seit der Einverleibung Elsaß-Lothringens sind 38 Jahre verfloßen. Im Reiche übernahm man für den Reichstag das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht des Norddeutschen Bundes Reichstags. Dem elsass-lothringischen Volke enthielt man bis zum Jahre 1874 das Wahlrecht zum Reichstage vor und versagte ihm das Recht der selbständigen Regelung der eigenen Landesangelegenheiten. Erst im Jahre 1874 bildete man eine begutachtende Institution über den Landesauswahlschuh, der erst im Jahre 1879 unter gleichzeitiger Verstärkung seiner Mitglieder die Rechte einer gesetzgebenden Körperschaft mit Ausschluß der Verfassungsangelegenheiten des Landes erhielt. Aber dem Volke gab man noch immer nicht das Recht, die Abgeordneten zum Parlament selbst zu wählen. Nach heute wird der Landesauswahlschuh durch die Bezirksräte und Gemeinderäte teils direkt, teils indirekt durch Wahlmänner gewählt. Diese Art der Zusammensetzung der Landesvertretung ist veraltet, und sie ist ungerecht, weil sie nicht den Willen der Volksmehrheit zum Ausdruck kommen läßt und dem Volke das Selbstbestimmungsrecht zur Regelung seiner eigenen Angelegenheiten vorenthält. Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Ausgaben des Staates immer vielfältiger und zahlreicher. Das Volk wird immer mehr das Objekt der Gesetzgebung, ohne daß sein eigener Wille dabei berücksichtigt wird. Dadurch gerät die Gesetzgebung in Widerspruch mit dem Volkswillen und den Bedürfnissen des Volkes. Das Volk aber will in Gesetzgebung und Verwaltung nicht allein Objekt, sondern auch Subjekt sein. Ein nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament kann kein wahres Spiegelbild der Volksmeinung sein. Die süddeutschen Staaten Baden, Bayern, Württemberg, das auch das Proportionalwahlsystem teilweise zur Anwendung bringt, haben ausnahmslos der gerechten Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht Rechnung getragen. In Hessen ist man mit einer freiwirtschaftlichen Gestaltung des Wahlrechts beschäftigt. In Oesterreich, der Schweiz und Frankreich hat das Volk das allgemeine Wahlrecht zu den Parlamenten. Nur Elsaß-Lothringen liegt wie eine Wüste in volkreichtlicher Beziehung zwischen diesen Staaten und Reichen eingekleidet. Selbst in Norddeutschland läßt sich das allgemeine Wahlrecht nicht mehr zurückhalten.“

Der Berichterstatter der Petitionskommission, Abg. Dr. Bill, Straßburg (3.), trat den Ausführungen der Petenten über das rüchändige, veraltete Wahlrecht bei.  
Genosse Böhle, der die Petition überreicht hatte, wies darauf hin, daß der Zustand in Elsaß-Lothringen vom Volke als um so unwürdiger empfunden werde, als die anderen süddeutschen Staaten das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt hätten. Der Reichstag, der als gesetzgebender Faktor für Elsaß-Lothringen in Frage komme, müsse in dieser Frage Stellung nehmen, um so mehr, als der Landesauswahlschuh seit Jahren den Petitionen der sozialdemokratischen Partei keine Beachtung schenke und regelmäßig über sie zur Tagesordnung übergegangen sei. — Böhle bat, die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.  
Die Mehrheit der Kommission stand der Grundforderung der Petition sympathisch gegenüber, lehnte es aber ab, die Einführung des Frauenstimmrechts und die Herabsetzung des Alters von 25 auf 20 Jahre zu befürworten. Angesichts der Zusage der verbündeten Regierungen, in nächster Zeit dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Verfassungsänderungen in Elsaß-Lothringen vorzulegen, beschloß die Kommission, die Petition des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in Elsaß-Lothringen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

## Gerichts-Zeitung.

### Der tierische Magnetismus

stand im Mittelpunkt einer Verhandlung, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Auf die Anklage des Betruges hatte sich der „praktische Magnetopath“ Carl Pohl wegen Betruges zu verantworten. Der praktische Arzt Dr. Schiesinger, der selbst Magnetopath ist, begutachtete, daß vielfach Heilungen durch Magnetismus erfolgten, z. B. werde dadurch bisweilen eine hohe Fieber-temperatur herabgedrückt. — Der vernommene Kreisarzt von Charlottenburg leugnete die Heilwirkung des Magnetismus überhaupt. Der Vertreter der Amtsanwaltschaft hielt die Tatbestandsmerkmale des Betruges für vorliegend und beantragte 300 Mark Geldstrafe. — Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, weil er sich in gutem Glauben an die Heilkraft seiner Methode befunden habe.

Schwere Beleidigungen zweier Vorsteher einer Armenkommission hatte sich der Architekt Karl Knipfel zuschulden kommen lassen, der gestern wegen mehrerer Fälle des Betruges und der Beleidigung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Berlin I stand. Der Angeklagte hat mehrere Betrugsereignisse ausgeführt. Außerdem ist es ihm gelungen, von einer hiesigen Armenkommission vielfach Armenunterstützungen zu erhalten. Diese hörten aber auf, nachdem durch Recherchen festgestellt war, daß der Angeklagte in höchst verschmierter Weise es verstand, sich Armengebeur zu verschaffen. Damit hatten aber der Armenkommissionsvorsteher und sein Stellvertreter den Horn des Angeklagten auf sich geladen. In Schreiben an den Oberbürgermeister, die Armenverwaltung und das Polizeipräsidium überhäufte er die beiden hiesigen Beamten mit höchsten Schmähreden und beschuldigte sie aller möglichen Schandtaten, an denen kein wahres Wort war. — Das Gericht hielt diese Beleidigungen für den schwersten Teil der Vergehen, die dem Angeklagten zur Last fielen. Denn nach seiner Meinung müßten die Bürger, die sich berechneten, dieses mühevollen Amt in der Armenverwaltung zu übernehmen, gegen solche Verunglimpfungen energisch geschützt werden. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

## Für Ausflügler

### 100 Ausflüge um Berlin

mit 12 Illustrationen und 30 Karten von Georg Siegert. Preis kartoniert mit bunten Karten 2,- M.

### Märkische Wandertour.

Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark von Georg Siegert. Preis kartoniert mit 10 Karten 1.50 M.

### Märkisches Wanderbuch

Mit 38 Karten. Preis 2.50 M.

### Wanderbuch für die Mark Brandenburg und angrenzende Gebiete.

Mit 53 Karten. Preis 1.50 M.

### Wanderführer mit Karten-Atlas für den Granowalder See.

Preis 1.75 M.

### Wanderführer mit Karten-Atlas für den Granowalder See.

Preis 1.75 M.

### Wanderführer mit Karten-Atlas für den Granowalder See.

Preis 1.75 M.

### Wanderführer mit Karten-Atlas für den Granowalder See.

Preis 1.75 M.



## Reise-Anzüge neueste Stoffe

50.— 40.— 30.— 15.— M.  
24.— 21.— 18.—

### Loden-Anzüge mit Falten und Saite

40.— 36.— 30.— 18.— M.  
27.— 24.— 21.—

### Reise-Ulster schönste Moden

50.— 40.— 30.— 18.— M.  
27.— 24.— 21.—

### Reise-Mäntel

12.— 9.— 6.— 4.50 3.75 M.

### Loden-Pelerinen für Herren und Damen

21.— 18.— 15.— 12.— 9.— M.

### Reise-Joppen

6.— 4.— 3.— 2.— 85 Pf.

#### Moderne Reise-Anzüge nach Maß

von 36.— M. an.

## Sommer-Pique-Westen Moderne Muster, unter Preis, soweit Vorrat . . 1.75 M.

# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 37 und der Livree-Katalog Nr. 36 kostenlos und portofrei.

## Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe.
2. Wahlkreis, West: Gustav Schmidt, Kirchdammstr. 14, Postpartarre. Säden und Säden: Hermann Werner, Guelienstr. 72, Laden.
  3. Wahlkreis: St. Pauli, Brinzenstr. 31, Hof rechts part.
  4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Andreasstraße 17. — Wilhelm Mann, Peterburgerplatz 4 (Laden).
  4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufmännischer Platz 14/15 (Laden).
  5. Wahlkreis: Leo Rucht, Annauerstraße 12 (Hof).
  6. Wahlkreis (Noahit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
  - Wedding: Karl Weiße, Wazorethstraße 49.
  - Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Kaserstr. 36, Eingang Kallmeyerstraße.
  - Gesundbrunnen: J. Trapp, Steffensstr. 10.
  - Schönhäuser Vorstadt: Karl Mars, Lohmeyerstr. 123.
  - Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
  - Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
  - Baumshulenberg: H. Hornig, Wartenbalerstr. 13, I.
  - Bernau-Röntgenal: Heinrich Brasse, Hohenstr. 74, part.
  - Bohnsdorf und Falkenberg: W. Pfeifer, Vogelsang, Gossenshulldshaus.
  - Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenhellerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
  - Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Dödenburg, Eichwalde, Kronprinzstr. 81.
  - Erkner: Ernst Hollmann, Friedrichshagen, Chaussee.
  - Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Beschlüssen nehmen entgegen in Steglitz: H. Röhre, Dippelstr. 32, und Fr. Schellhale, Moronstr. 15a.
  - Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Friedrichstr. 67.
  - Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
  - Hohen-Neuendorf: Wilhelm Lentzner, Stolpestr. 50 I.
  - Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
  - Karlshorst: Richard Küter, Adolstr. 9, II.
  - Königs-Wusterhausen: Friedrich Saumann, Niederlehme, Winkelmännstr. 12.
  - Köpenick: Emil Wihler, Riekerstr. 4, Laden.
  - Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzstr. 4, I.
  - Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Maßdamm, Bahnhöfstr. 14.
  - Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
  - Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, partarre.
  - Nieder-Schöneweide: Paul Gengsch, Grünauerstr. 8.
  - Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
  - Ober-Schöneweide: August Denzels, Kaufmännischer Platz 2, I.
  - Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Röhlenstr. 30.
  - Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gursch, Kamelestr. 12, I.
  - Rixdorf: W. Heintich, Redarstraße 2, im Laden.
  - Rummelsburg, Boxhagen: W. Rosentrang, Al-Borghagen 58.
  - Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.
  - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
  - Spandau: Röhpen, Jagowstr. 9.
  - Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Klein, Sorigmalde, Maßdammstr. 10.
  - Teltow: Wilhelm Rehler, Gohrethelweg 7.
  - Tempelhof: Albert Hiel, Friedrich Wilhelmstr. 30.
  - Treptow: Rob. Grammt, Kirchhofstraße 412, Laden.
  - Wilmersdorf-Halensee: Wittenbel, Landhausstr. 27.
- Samtliche Gartelliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
- Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.**
- Bitte ausschneiden. 245/1\*



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

In dieser Woche gelangen in fast allen Abteilungen mit ganz besonderer Sorgfalt ausgewählte Sortimente verschiedenster Waren zu enorm billigen Preisen zum Verkauf. — Es kann Jedermann im eigensten Interesse diese ausserordentlich günstige Kaufgelegenheit zum ausgiebigsten Gebrauch besonders empfohlen werden.

## Quartals-Extra-Verkauf

### Herren-Konfektion

Herren-Lüstre-Jacket	gestreift o. schwarzer Alpaca, in allen Weiten	2,95
Herren-Wasch-Westen	neueste, helle oder dunkle Muster, in allen Weiten	1,95, 2,45
Knaben-Tennis-Blusen	weiss u. blau gestreifte Tennisstoffe, für 3-8 Jahre	1,25
Knaben-Wasch-Anzüge	Blusen-Fasson, hell od. dunkel gestreifte Waschstoffe, für 3-8 Jahre	1,95
Knaben-Tennis-Anzüge	Blusen-Fasson, mit blauem Matrosenkragen, weiss und blau gestreifter Tennisstoff, für 3-8 Jahre	2,75

### Für die Reise

Rucksäcke	aus grünem Stoff mit kräftigen Lederriemen	95, 1,45, 1,95
Hutkartons	mit Lederriemen viereckig oder rund	95, 1,15, 1,35
Reise-Kartons	m. Lederriemen	95, 1,65, 2,45

### Schuhwaren

Damen-Schnür-Stiefel	braun Ziegenleder	7,50
Damen-Schnür-Stiefel	braun oder schwarz Chevreux	8,50
Kinder-Schnür-Stiefel	21-24 25-26 27-30 31-35 36-39	2,90 3,90 4,90 5,90 6,90
	Box-Call	
	braun Chevreux	3,75 4,25 5,25 6,25
Rindleder-Sandalen	23-26 27-30 31-35 36-42 43-47	2,40 2,90 3,40 3,90 4,50
	braun mit Absatzfleck	
	mit biegsamer Sohle	2,75 3,45 3,95 4,90 5,50

### Herren-Artikel

Herren-Kragen	Leinen 4 fach mod. Fass., 1/2 Dtz.	1,75, 1,90
Herren-Manschetten	4 fach 1/2 Dutzend	2,40
Oberhemd	weiss mit Piqué-Falteneinsatz	1,95
Oberhemd	mit festen Manschetten, farbig, aus prima Perkal	2,65
Serviteur	weiss, glatt	35, 50 Pf.
Serviteur	weiss mit Falten	65, 95 Pf.
Herren-Hut	prima Wollfilz, moderne Form steif oder weich	2,75
Herren-Stroh-Hut	Matelot-Form	1,45, 1,95
Knaben-Stroh-Hut	Matelot-Form	48, 95 Pf.
Herrenmützen	weiss Piqué	38, 75 Pf.

### Weisswaren

Malin-Tüll-Schleier	verschiedene Farben	Meter 18 Pf.
Reise- od. Auto-Schleier	Cristaline oder Chiffon, abgepasst ca. 2,10 cm lang, viele Farben	1,95
Blusen-Kragen	Fasson „Peter-Pan“ feine Spachtel-Ausführung	95, 1,25
Kinder-Kragen	für Kleider oder Mäntel mit Stickerel- oder Spachtel-Spitze, weiss oder ecru	45, 65, 85 Pf.
Plisseé-Bäffchen	aussergewöhnlich grosse Muster-Auswahl	25, 35, 45 bis 95 Pf.
Einhefte-Rüschen	aus Tüll, Spitze oder Batist, vom einfachsten bis elegant. Genre	8, 10, 15 bis 1,00
Spachtel-Stehkragen	moderne Gibson-Fasson	10, 15, 45 Pf.

### Handtücher

Küchenhandtücher	Gerstenkorn ca. 48/110 1/2 Dtz.	1,75, 2,20
Küchenhandtücher	Drell bunt ca. 48/110, gesäumt, gebündert, 1/2 Dtz.	2,65
Küchenhandtücher	Gerstenkorn, Reinleinen ca. 50/110, ges. geb., 1/2 Dtz.	3,65
Stubenhandtücher	Halbleinen Drell o. Jaquard, ca. 48/110, ges. geb., 1/2 Dtz.	2,50

### Schürzen

Tändelschürzen	mit Trägern, weiss Batist mit Stickerel oder türkisch gemustert	95, 1,45
Hausschürzen	aus kräftigen Stoffen mit Volant u. Tasche	95, 1,45
Kleider-Reform-Schürzen	verschied. Ausführungen, hübsch garn.	1,45, 1,95
Miederschürzen	schwarz oder farbig	1,95
Kinder-Reform-Schürzen	bunt, von 45-70	95 Pf.

### Korsetts

Tüll-Korsett	Empire-Fasson, weiss o. creme	1,25, mit Anschnitt 1,75
Tüll-Korsett	Frack-Fasson, weiss	2,25
Frack-Korsett	gebündelter Stoff, mit Strumpfhaltern	1,95

## Spitzen- und Spitzen-Einsätze

in weiss, ecru oder leinenfarbig, Meter **2, 4, 6, 8 Pf.**

Der hervorragenden Billigkeit wegen können diese Spitzen u. Einsätze nur in Stücken von 11 Metern abgegeben werden.

## Grosse Posten Waschstoff-Reste zu enorm billigen Preisen

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

## Erwarte Dich um 8 Uhr früh!

Das spätestens abends 8 Uhr, denn es ist die höchste Zeit. Die Preise sind herabgesetzt und überaus billig, die Lager sind überfüllt. Es kommen zum Verkauf: Herren-Anzüge, Herren-Hosen, Herren-Unterwäsche, ein großer Posten Damen-Modestücke, in den feinsten Stoffen gearbeitet, aus prima Stoffen (teils auf Seide), für jedermann passend, auf Lager.

Jacket-Anzüge	8 12 14 18 M.	West-Anzüge	10 14 18 20 M.
Commer. Valetots	7 12 14 18 M.	Gesund-Anzüge	14 18 22 26 M.
Herren-Hosen	3 4 5 7 M.	Gesund-Anzüge Sportbillig.	

J. WAND, Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116, an der Kottbuserstr. II. Geschäft: Chausseestrasse 89, III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

## Liebhaber

eines zarten reinen  
Gesichts mit rösigem jugendfrischen  
Aussehen, weisser sammetweicher Haut und  
blendend schönem Teint, gebrauchen die allein echte

### Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden  
Schutzmarke Steckenpferd, à St. 50 Pf., überall vorrätig.



# Peek & Cloppenburg

BERLIN C. 19

Roßstr. 1 u. 1a • Gertraudenstr. 26 u. 27



Knaben- und Jünglings-Wasch-Joppen-Anzüge.		Brustweite 61-67 76-86	
		Form 1	M.
Brutus	Mittelgrauer Waschstoff, glatte Hose	7	8,75
Javol	Grau meliert	7	8,75
Hartwig	Mittelgrau melierter Waschstoff, glatte Hose	4	7,50
Tristan	Dunkelgrauer Waschstoff, glatte Hose	8	8,—
Tantris	Oliv gestreift, Manschettenhose	11	8,—
Herkules	Grüner Schilleleinen-Anzug, glatte Hose	7	8,50
Humbold	Modifarbiges Leinen, Manschettenhose	7	9,50
Wenzel	Dunkelgrauer kl. kariert. Waschstoff, Manschettenhose	11	9,50
Prudens	Grau-brauner	3	10,—
Markus	Hellgrau melierter	3	12,—
Constantin	Modifarbiges Waschstoff, mod. kariert,	3	12,—
Follrad	Schwarz-weiß gemustertes Waschstoff,	7	12,50
Leberecht	Mittelgrau melierter	12	12,50
Eitel	Braun-grau gestreifter	3	14,—
Collin	Hellgrauer, kl. kariert, eleg. Wasch-Anzug,	13	15,—
Oscar	gestreifter Lüster-Anzug,	5	17,—

Fertig am Lager.

Knaben-Pelerinen.

Fertig am Lager.

Sämtliche Pelerinen sind mit abknöpfbaren Kapuze und Durchgriffen versehen. Loden-Pelerinen von 90 cm Länge an auch mit Tragebändern.

	Länge cm 60 70 80 90 100 110 120						
	M.	6,50	7,—	7,50	8,—	8,50	9,—
8385	Glatte, dunkelgrauer Loden	7,—	7,50	8,—	8,50	9,—	9,50
8386	Marengo Strichloden	7,—	7,50	8,—	8,50	9,—	9,50
8387	Olivfarbiger Strichloden	7,50	8,—	8,50	9,25	10,—	10,75
8388	Guter marengo Strichloden	7,50	8,—	8,50	9,25	10,—	10,75
8389	Olivfarbiger, guter Strichloden	9,—	9,75	10,50	11,25	12,—	12,75
8390	Leichter, dunkelgrauer Kamelhaarloden	9,—	9,75	10,50	11,25	12,—	12,75
8391	grün melierter	12,—	13,—	14,—	15,—	16,—	17,—
8392	Guter, mittelgrauer	12,—	13,—	14,—	15,—	16,—	17,—
8393	marengo	14,—	15,—	16,—	17,50	19,—	20,50
8394	Prima	14,—	15,—	16,—	17,50	19,—	20,50
8395	olivfarbiger	14,—	15,—	16,—	17,50	19,—	20,50
L1707	Graue Gummi-Pelerine	—	—	—	12,50	12,50	14,—



Haus der Partei.

Mein letztes Wort in Sachen der „S. M.“

Der Genosse Arons macht mir den Vorwurf, daß ich die Frankfurter Vorgänge, obgleich sie mir schon seit 1907 bekannt gewesen seien, nicht früher zur Sprache brachte, wenn ich sie für bedenklich hielt.

Ich habe geschwiegen, weil ich keinen Parteistreit herbeizurufen wollte. Ich habe auch noch geschwiegen, als im letzten Sommer ein Teil der Parteipresse die Anklage gegen die „S. M.“ erhob, sie hätten Geld aus bürgerlichen Händen empfangen und die „S. M.“ die Richtigkeit dieser Angabe bestritten.

Als dann aber kürzlich, ohne mein Zutun und ohne mein Vorwissen, die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“ die Anklage gegen die „S. M.“ von neuem erhoben und die letzteren wiederum die Richtigkeit dieser Angaben bestritten, hielt ich mich im Parteinteresse für verpflichtet zu sagen, was ich wußte, um festzustellen, was Wahres an diesen Anklagen ist. Dieses meine Stellung zu der Angelegenheit.

Der Genosse Arons erhebt dann gegen den Parteivorstand den Vorwurf, daß dieser es abgelehnt, die Bücher der „S. M.“ zu prüfen, um dem sinnlosen Gerücht von dem „bürgerlichen Unternehmen“ ein Ende zu bereiten.

Ich habe an jenem Beschluß des Parteivorstandes nicht teilgenommen, aber ich billige ihn.

Der Parteivorstand hat sich vermutlich gesagt, und ich teile diese Ansicht: haben die „S. M.“ wirklich Geld aus bürgerlichen Händen empfangen, dann hat auch die Verwaltung der „Monatshefte“ in ihrem Interesse und im Interesse der Geldgeber dafür gesorgt, daß die Beiträge unter einer Form gedruckt wurden, die es dem Augenstehenden unmöglich macht, die Geber zu erkennen. Zu einer solchen Buchung wäre die Verwaltung der „S. M.“ sogar verpflichtet, da sie es nicht auf einen unglücklichen Zufall ankommen lassen durfte, durch den die Namen der Geber bekannt wurden.

Der Genosse Arons beklagt, daß der Name des verstorbenen Hallgarten öffentlich als Geber für die „S. M.“ genannt wurde. Es war, irre ich nicht, die Frankfurter „Volksstimme“, die den auf aller Lippen liegenden Namen nannte. Damit hat die „Volksstimme“ kein Unrecht getan. Wer in politische Dinge sich einläßt, muß auch die Konsequenzen tragen. Außerdem ist das Bekanntwerden der Handlung Hallgartens für dessen Andenken weder ehrenrührig noch beleidigend. Im Gegenteil. Der Verstorbene handelte von seinem Parteistandpunkt aus sehr klug, als er die Schenkung an die „S. M.“ machte. Was sollte er übrigens noch besondere Bedingungen an die Verwendung seines Geldes knüpfen? Er gab eben, weil ihm die Haltung der „Monatshefte“ zugute.

Die Genossin Mundt erklärte, daß meine Verdienste um die Partei sie hinderten, mir mit der gebührenden Schärfe zu antworten. Ich bedaure diese Rücksichtnahme, auf die ich keinen Anspruch erhebe. Wie ich mein Leben lang gegen keine Person Rücksicht genommen habe, sei sie, wer sie wolle, wenn ich das im Interesse der Partei für nötig erachtete — die Partei über allem Persönlichen —, so wünsche ich auch, daß man mir gegenüber handle. Es handelt sich auch nicht um böswilligen Klatsch, dem ich keine Autorität leihen sollte, sondern um feststehende Tatsachen, die Männer verbürgen, deren Glaubwürdigkeit ich über die der Genossin Mundt stelle. Die Liste bestand auch nicht bloß aus den Namen Hallgarten, Merton und Dr. Nöhler, sondern es standen auf derselben auch die anderen Namen, die ich schon nannte, und noch eine Anzahl Namen, die mir nicht genannt wurden, die sich aber feststellen lassen.

Die Genossin Mundt beklagt sich über meine Unhöflichkeit, daß ich ihr grobe Unwahrheit und Lüge vorgeworfen. Sie hat recht, ich hätte etwas höflicher mich ausdrücken sollen, aber sachlich kann ich nichts zurücknehmen von dem, was ich ihr geantwortet.

In sittlicher Entrüstung schließt sie ihre Erklärung: „Der Zweck der Hehe ist klar. Sie gereicht ihren Urheber und Förderern nicht zur Ehre und ist nur geeignet, die Partei zu schädigen.“

Kleines feuilleton.

Die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst, die am 28. und 29. Juni in Hamburg stattfand, behandelte zwei Thematika von allgemeiner Bedeutung. Ueber Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Friedhofskunst referierte Gartenarchitekt Heide (Frankfurt a. M.). Er ging von den großen Hamburger Friedhofsanlagen in Ohlsdorf aus, die er als musterhaft bezeichnete. Besonders wirksam sei bei ihm die landschaftliche Ausgestaltung und die Anlage von geschwungenen Wegen. Auf vielen Friedhöfen seien Unschönheiten und Beschädigungen vorhanden. Eine Besserung müsse einsetzen bei der Ausgestaltung des einzelnen Grabes, dann werde auch das Ganze sich schöner präsentieren. Die oft allzu bunte Ausschmückung des Grabes müsse durch Einfachheit ersetzt werden. Vielfach sei auch der Glaube verbreitet, daß auf einen Grabhügel ein Denkstein aus möglichst festem Material gehöre, etwa Granit. Dabei werden aber diese Kreuze später meistens, wenn die Schutzfrist für das Grab abgelaufen sei, einfach zertrümmert und zu Wegebauten benutzt. Recht wirksam machten sich die einheitlichen Grabsteine auf den jüdischen Friedhöfen. Auch manche christliche Friedhöfe, so der Erfurter, zeigten große Einseitigkeit. Vorbildlich in dieser Richtung sei der Münchener Waldfriedhof, für den ganz bestimmte Vorschriften für die Ausgestaltung und die Form der Grabmonumente beständen. Der Kernpunkt der Friedhofsgestaltung müsse bleiben das Verbeden der Reihengräber durch Baum- und Buschwerk und die Bildung von bestimmten Abteilungen. Im Zukunftsfriedhof dürften auch die Kisten- und Urnenanlagen nicht fehlen. Allgemein müßten bei Friedhofsanlagen Gartenkünstler und Architekten Hand in Hand gehen. v. Engelbrecht (Düsseldorf) verlangte, daß die Repräsentationslust und das Problem, die sich auf vielen Friedhöfen breit machten, energisch bekämpft werden.

Die „Bedeutung von Stadtwaldanlagen für die Groß- und Industriestädte“ behandelte Gartenarchitekt Hanisch (Wrocław). Er wies darauf hin, daß in der letzten Zeit ein Rückgang in der Waldfläche zu verzeichnen gewesen sei. Da sei es doppelt erfreulich, daß die großen Städte auch die Erhaltung und Schaffung von Wäldern in den Kreis ihrer Aufgaben gezogen hätten. Die Verwaltungen der Großstädte begnügen sich nicht mehr damit, innerhalb der Steinwälder grüne Oasen zu schaffen, sie bemühen sich vor allem, den Bewohnern an der Stadtgrenze ausgedehnte vorhandene Waldgebiete für die Zukunft zu sichern, sie durch Wegebauten zu erschließen und so Gelegenheit zur Erholung in der freien Natur zu verschaffen. Eine ganze Reihe großer Städte haben dieses Kapitel als eine der wichtigsten Tagesfragen von hoher volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung für unser modernes Volksleben erkannt und sind bereit, auch mit großen

Die Genossin Mundt beruhige sich. Für mich hat die „Hehe“ keinen anderen Zweck, als endlich einmal die Wahrheit festzustellen. Und die Wahrheit ist, daß die Genossin Mundt im Jahre 1905, im Einverständnis mit dem Verleger der „S. M.“, nach Frankfurt a. M. reiste und dort eine Reihe bürgerlicher Persönlichkeiten besuchte, um Geld für die „S. M.“ zu erlangen.

An dieser Tatsache ändern alle gegenteiligen Versicherungen nichts. Ob die Genossin Mundt bei diesem Wittgange viel oder wenig oder nichts erlangte, ist vollständig gleichgültig. Die Feststellung der Tatsache, daß ein sozialistisches Blatt die Hilfe bürgerlicher Politiker für seine weitere Existenz in Anspruch zu nehmen versuchte, genügt.

Auch wegen des Schadens, den die Partei aus solchen Erörterungen haben soll, sei die Genossin Mundt unbeforgt. Die Feststellung unangenehmer Tatsachen kann der Partei nicht schaden; die Verantwortung aber tragen die, die sie verschuldeten.

Ein Vorschlag zur Güte.

Wenn ich zur Frage der Streichungen in der Engelschen Vorrede nochmals das Wort nehme, geschieht es nicht, um mit Fischer darüber zu disputieren, ob sein Verfahren ein Streichen zu nennen ist. Das wäre jetzt, wo die Tatsachen festgestellt sind, ein müßiger Wortstreit, der allerdings weniger an die Kirchenväter als an den Talmud erinnert, was Fischer offenbar sympathischer ist.

Ich möchte aber auch dem „Kirchenväterstreit“ ein Ende setzen. Dieser Streit um den Charakter des Vorwortes konnte ja nur daher entstehen, daß die gestrichenen Stellen wie ein kirchliches Registerium behandelt wurden, das vor profanen Augen streng geheim zu halten war. Zur Zeit der Umfurgvorlage mochte das einen Sinn haben. Heute ist die Vorrede ein historisches Dokument geworden, das ein Anrecht darauf hat, in seiner ursprünglichen Fassung, ohne jede Streichung, zu erscheinen. Wir sind es dem Andenken unseres Altmeisters schuldig, daß die Abhandlung, die sein politisches Testament geworden ist, unverändert an die Öffentlichkeit kommt. Das forderte ich schon vor mehr als zehn Jahren. Jetzt dürfte doch die Zeit dazu gekommen sein.

Ueber 500 neue Abonnenten hat unserm Kölner Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung“, die Agitation gebracht, die letzten Sonntag in Köln-Stadt und in Köln-Land veranstaltet wurde. Außerdem hat eine große Anzahl der Befragten das Abonnement für spätere Monate zugesagt, weil die verschiedensten Verhältnisse (Arbeitslosigkeit, Krankheit und dergleichen) ein sofortiges Abonnement nicht ermöglichten.

Die Aufnahme der Parteigenossen bei der Bevölkerung war im allgemeinen sehr gut. Kam es doch vor, daß selbst Hausfrauen der Einführung des sozialdemokratischen Blattes das Wort redeten! Bewundernswert ist der Mut der Kölner Genossen, die trotz der Krise an die schwere Verdienarbeit gingen. Allerdings kommt andererseits die gegenwärtige politische Situation unseren Parteigenossen bei der Abonnentenjagd zu gute — wie der Erfolg in Köln, in Halle und an anderen Orten beweist.

Ein Ausschlußantrag gegen Enrico Ferri.

Kom. 28. Juni. (Fig. Ber.) Bei der Diskussion des Budgets des Ministers des Inneren hat Genosse Enrico Ferri eine Rede gehalten, die sich mit der Rommendigkeit beschäftigte, die Auswanderung in die südamerikanischen Staaten zu regeln und den italienischen Auswanderern den Schutz ihres Vaterlandes auch im Auslande zuteil werden zu lassen. In diese Rede, über die wir nicht berichtet haben, weil wir ihre politische Bedeutung bemessen, hat Genosse Ferri begeisterte Erklärungen über italienische Kulturarbeit und die intellektuelle Bedeutung Italiens eingeschlochten. Schließlich hat er den Wunsch ausgesprochen, der italienische König möchte sich durch Augenschein von der Lage der Auswanderer überzeugen und hat einem solchen Besuch eine wohlthätige Wirkung beigegeben. Der Herris Ansicht kannte, konnte sich über die ausgesprochenen Gedanken nicht wundern. Trotzdem scheint die Rede die übrigen Genossen der Fraktion etwas vor den Kopf gestoßen zu haben, denn sie haben sie ganz kalt aufgenommen, während die übrige Kammer ihre lebhaften Beifall spendete. Aber mit dieser fahlen Aufnahme durch die Fraktion war die Sache nicht erledigt. Das Komitee der sozialistischen Sektion in Mailand hat die folgende Tagesordnung angenommen:

Opfern sich Waldterrain zu sichern. Einen Beweis, wie sehr der Großstädter am Walde hängt, bietet die Jähigkeit, mit der Berlin sich gegen die Pläne zur Abholzung des Grunewaldes wehrt. Nicht günstig in der Waldfrage steht die Stadt Frankfurt da, die bei einem Stadtgebiet von 13 500 Hektar einen Stadtwald von 470 Hektar besitzt. Es ist leicht zu erklären, daß zunächst Städte in landschaftlich armer Gegend an die Schaffung von Stadtwäldern herangetreten sind. So z. B. die großen Städte der Industriegebiete, Essen, Elberfeld, Aachen, Hagen, M. Gladbach, Wermes, Rammstein. Im Osten können sich Posen und Gdansk ihrer schönen Wälder rühmen. — In der Diskussion verlangte v. Engelbrecht (Düsseldorf), daß man den Wald, auch den Stadtwald, in seiner ursprünglichen Gestalt erhalten möge. Würde man den Wald 10 Jahre ohne Pflege lassen, würde er ein schöneres Bild geben als alle Stadtgärten. Das Problem liege in der Frage, wie man die Menschenmassen in die Natur einfügen sollte. — Reich (Köln) hob hervor, daß die Städte immer wieder darauf hingewiesen werden müßten, sich rechtzeitig Terrains für Stadtwälder zu sichern. Der Friskus zeige hier leider nicht das gewünschte Verständnis und Entgegenkommen. — Direktor Cordes (Hamburg) hält es für selbstverständlich, daß da, wo Kultur in die Natur hineinkomme, die Kultur sich der Natur unterzuordnen habe. Bei Anlage von Stadtgärten und Stadtwäldern müsse man den Zweck der Anlage vor Augen haben und die Interessen aller Bevölkerungskreise mitsprechen lassen. In letzter Linie komme dann der Gartentechniker, der sich bemühen müsse, Harmonie in die verschiedenen Wünsche hineinzubringen.

Humor und Satire.

Der Pferdesport.

„L'assiette au beurre“, das führende französische satirische Blatt, hat seine letzte Nummer (Nr. 430) dem durch den Ausbruch der Pferdejagd aktuell gewordenen Thema des Rossports gewidmet und beleuchtet den großen Kontrast, wie Pferd und Mensch eingeschätzt und behandelt werden. Das Titelbild stellt das lorbeerkrönte, edle Siegesroß vor, dessen Krähel ein zerlumpter Pferdesportler aufsteigt. Darunter liest man: „Das Pferd gewinnt 300 000 Fr. in drei Minuten, der Mann erhält 2 Fr. den Tag.“

Zwei weitere Bilder führen den reichen Mann vor, der die zwei Methoden, auf vornehmer Weise sein Geld auszugeben, befolgt. Auf dem ersten sieht man, wie er die Kunst fördert: 3 Millionen Frank hat er für irgend ein Bild ausgegeben, und er wird es auch noch dem Louvre (der staatlichen Kunstsammlung) vermachend. Auf dem anderen ist die zweite Methode dargestellt: wie er die Pferdezeitung fördert. Er spricht mit seinem Pferdeangestellten: „Was, Ihren Lohn soll ich erhöhen? Ja, bedenken Sie denn nicht, daß mir mein Rennstall jährlich 400 000 Fr. kostet?“

Die Peitsche. Der Eigentümer zu dem Trainer, der eine Peitsche führt: „Sie werden die Peitsche doch nicht gegen die Renn-

Das Komitee der Mailänder Parteisektion nimmt die neue politische Ueberzeugung des Prof. Enrico Ferri, der mit seinen Erklärungen in der Kammer zum monarchischen Radikalismus, von dem er ausgegangen ist, zurückkehrt, zur Kenntnis, bedauert das Beispiel der Haltlosigkeit und Inkonsistenz, das dem italienischen Volke geboten wird und fordert die Mantuaner Sozialisten, die sich bei anderer Gelegenheit als eifrige Hüter des antimilitaristischen und internationalen Gedankens des Sozialismus erwiesen haben, auf, für den Schutz der Würde und Polgerichtigkeit der Partei Sorge zu tragen.

Die Mailänder Sozialisten, in deren Komitee übrigens die Reformisten nicht die Mehrheit haben, wollen sich offenbar für den Protest bewandern, den seinerzeit die Mantuaner gegen Chieffas Erklärungen eingelegt hatten.

Der „Avanti“ kommentiert die Mailänder Tagesordnung und meint, daß es unbillig sei, die Kritik bis zur Entkommunizierung zu treiben. Wohl hätte eine Partei Recht über die ihr angehörenden Personen, aber diese Personen hätten auch innerhalb gewisser Grenzen Recht auf freie intellektuelle Entwicklung. Wenn die äußerste Linke Ferris Rede läßt aufgenommen hätte, so sei dies nicht wegen der nationalistischen Anklänge gewesen, die den Grundgedanken der Partei nicht zuwiderläßen, sondern weil die Schwenkung Ferris sie befremdet hätte. Ferris selbst hat in einem Interview dem Redakteur des „Giornale D'Italia“ erklärt, daß er prinzipiell Internationalist sei, womit seine Worte über die Eigenart und Vorzüge der italienischen Kultur keineswegs im Widerspruch ständen.

Es liegt auf der Hand, daß kein Mensch in der Partei den Ausschlußantrag gegen Ferri ernst nehmen kann. Ferri hat sich viele Jahre vom Revolutionarismus zum Reformismus entwickelt: diese Entwicklung als solche und die Art, wie sie sich vollzog, mag vielen unsympathisch sein, aber sie ist gewiß kein Grund zum Ausschluß aus der Partei. In der beanstandeten Rede Ferris war wirklich nichts, was im Sinne von Mussolini oder Turati Anstoß erregt haben würde.

Achtung!

Vor einem Schwindler, der als „russischer Flüchtling“ unsere Parteigenossen zu pressen sucht, warnt die „Leipziger Volkszeitung“. Der Patron zeigt einen russischen Paß vor und sucht Geld zu ergaunern, das er angeblich braucht, um vor der Anmeldeung bei der Polizei seinen Paß überschreiben zu lassen! Der „russische Flüchtling“ ist der Feuilletonist Oskar Hermann Jakob Anson, geb. 23. August 1878 zu Doblen in Kurland. Er ist von unterer Statur und spricht ziemlich geläufig deutsch. Mit der russischen Revolution hat er nichts zu tun gehabt. Schon 1903 hat Anson mehrere Genossen unter falscher Vorspiegelung um Geldbeträge geprellt. Da Anson sich auch anderer Namen bedient, ist um so größere Vorsicht am Platze!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein drohiger Prozeß.

Im Dezember 1908 beschloß der Gemeinderat von Rohlau, gegen den Genossen Linneweber vom „Volksblatt für Anhalt“ Strafantrag zu stellen, weil er in einem Artikel die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderats beleidigt haben sollte. Anfangs April fand in dieser Sache vor dem Schöffengericht zu Dessau ein Termin statt, in dem auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Erklärung formuliert wurde, die im „Volksblatt“ veröffentlicht werden sollte, wenn der Gemeinderat den Strafantrag zurücknähme. Es fand sich eine Mehrheit im Gemeinderat dafür, daß der Strafantrag zurückgenommen werden sollte, wenn das „Volksblatt“ eine „scharfere“ Erklärung aufnähme und 100 Mark als Sühne in die Armenkasse zahlte. Linneweber schrieb, daß er sich darauf nicht einlassen könne, und so nahm denn das Verfahren seinen Fortgang.

Am 16. Juni fand vor dem Schöffengericht in Dessau ein zweiter Termin statt. Nach kurzer Verhandlung entschied das Gericht: die Klage des Rohlauer Gemeinderats wird abgewiesen, weil der Magistrat, der den Strafantrag formell gestellt hat, dazu nicht berechtigt war, da er nicht die borgesetzte Behörde des Gemeinderats ist. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden.

Der christlich-soziale Agitator. Vor der Strafkammer in Essen sollte am Sonnabend die Verurteilung des christlich-sozialen Agitators Rafflenbeul gegen den Genossen Kottelbohm von der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund angehängten Privatklage stattfinden. Rafflenbeul wurde bekanntlich bei der Siegerner Reichstagswahl von einem Landrat geohrfeigt und Kottelbohm wegen des Verdictes über diesen Vorgang mit 30 M. Geldstrafe bestraft. Gleichzeitig wurde Rafflenbeul wegen Verleumdung

pferde verwenden wollen? — Der Trainer: „Gott bewahre; die Peitsche brauche ich doch für die Pferdejungen.“

Guter Rat. Der gemästete Rennstallbesitzer zu der Witwe eines verunglückten Jockeys: „Also Ihr Mann ist vom Pferd gestürzt und hat Ihnen kein Geld hinterlassen? Ja, was kann ich dabei tun? ... Wenn man einen so gefährlichen Beruf ausübt, muß man nicht heiraten.“

Was streng verboten ist. Der eben entlassene Jockey: „Warum schmeißen Sie mich raus? Ich habe immer meine Pflicht getan.“ — Der Eigentümer: „Weil Du zu nichts mehr zu gebrauchen bist ... Du wirst fett, Kanaille.“

Notizen.

„Der bemerkenswerteste Beitrag zum Fortschritt“: der große Ostir-Preis, der alle drei Jahre vom Institut de France in Paris vergeben wird, ist diesmal an die beiden Luftschiffer Louis Blériot und Gabriel Voisin in Anerkennung ihrer Taten und Experimente auf dem Gebiete der Luftschiffahrt verliehen worden. Der Preis, der 80 000 M. beträgt, wurde von dem Pariser Finanzgänger im Großen, Ostfeld, gestiftet und soll den Personen zugesprochen werden, die in den letzten drei Jahren den bemerkenswertesten Beitrag zum Fortschritt des Menschengeschlechts getan haben.

— Gerhart Hauptmann will diesen Herbst in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz eigene ungedruckte Werke vortragen. Die Konzertdirektion, die diese Veranstaltungen managert, gibt zu verstehen, daß Hauptmann, wie Eingeweihte wissen, ein Agitator von eigenartigstem Haube im Vortrag ist. Merkwürdig, daß man erst nach dem wiederholten, betrüblichen Dramendurchfall etwas davon erfährt.

— Gattilebens „Diogenes“, zwei Fragmente geklebene Szenen aus einer Komödie vom Jahre 1896, wurde bei der Eröffnung der Theater- und Konzerthalle der Stadt Hagen erprobt. Das Bühnenbild war dabei nach den Angaben des Professors Lehrens gestaltet, der die Bühne zur Reliefschneiderei reformieren, das heißt aus der naturalistischen Dreiräumlichkeit in die der Bildwirkung sich nähernde Zweiräumlichkeit umwandeln will.

— Carnegie rühmt sich, wie die „Frankf. Ztg.“ aus New York berichtet, in einer von ihm selbst aufgestellten Uebersicht bisher 51 598 003 Dollar für Bibliotheken und sonstige Stiftungen ausgeben und insgesamt etwa 1800 Bibliotheken gestiftet zu haben. Wie viele Menschen er wirtschaftlich und physisch zugrunde gerichtet hat, um diesen Sport betreiben zu können, vermag der Stadtkönig anzugeben. Wie die großen Vermögen in Amerika zustande kommen, schildert Upton Sinclair in seinem neuesten Roman aus der amerikanischen Finanz- und Trustwelt, der demnächst auch in deutscher Sprache erscheint. Wenn wir nicht irren, ist auch Herr Carnegie hierin absonderlich, freilich nicht als „Philanthrop“.



Kollektiv zu der gleichen Strafe verurteilt. Zum Termin am Sonnabend war Kaffenbeul nicht erschienen, obgleich sein Erscheinen ausdrücklich angeordnet worden war. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß Kaffenbeul in Untersuchungshaft ist. Wegen den christlich-sozialen Agitator schwebt nämlich ein Strafverfahren; er soll seine Braut zum Meineid verleitet haben. Die Verhandlung endete damit, daß die Strafe gegen Kaffenbeul aufgehoben wurde. Die Strafe Kaffenbeuls bleibt bestehen.

## Aus Industrie und Handel.

1379 Millionen Mark Ertragewinn.

Die durch das Zusammenwirken von erhöhtem Schutzoll und Ausfuhrprämien ermöglichten Hungerknotpreise für Getreide in Deutschland machen nun sogar ausgesprochene Schutzollblätter bedenklich. Des Volkes Wohl schreit geradezu nach Maßnahmen auf Abstellung der unhaltbaren Zustände. Die „Hamb. Nachr.“ lieferten dieser Tage einen Beitrag zur Frage der Liebesgabenpolitik. Das Blatt veröffentlichte nämlich eine Aufmachung, nach der die Agrarier in den letzten drei Jahren allein durch die eingetretenen Zoll-erhöhungen auf Weizen, Roggen und Hafer eine Mehreinnahme von 1379 Millionen Mark einheimsten. Die Rechnung sieht so aus:

Der Weizen Zoll wurde von 35 auf 55 M. pro Tonne erhöht, der Zoll für Roggen stieg von 35 auf 50 M. und bei Hafer trat eine Erhöhung von 22 auf 50 M. ein. Danach ergibt sich folgende Rechnung:

	Ernte in Millionen Tonnen	Zollaufschlag pro Tonne Mark	Insgesamt Mehreinnahme in Mill. Mark
1906			
Weizen . . . . .	3,9	20	78
Roggen . . . . .	9,6	15	144
Hafer . . . . .	8,4	28	235,2
1907			
Weizen . . . . .	3,5	20	70
Roggen . . . . .	9,8	15	147
Hafer . . . . .	9,1	28	254,8
1908			
Weizen . . . . .	3,7	20	74
Roggen . . . . .	10,7	15	160,5
Hafer . . . . .	7,7	28	215,6

Sa.: 1379,1

Wohlgemerkt: Das ist das Resultat nicht der ganzen Zölle, sondern nur der durch den verächtlichen Duzertarif vorgenommenen Aufschläge! Und nur drei Getreidesorten sind der Rechnung zugrunde gelegt. So raffen die Junker und zwingen die Regierung auf die Knie, weil diese so vermessend war, von den Liebesgaben-schludern zu verlangen, sie sollten von Erbschaften im Werte von über 20 000 M. eine Kleinigkeit auf dem Altar des Vaterlandes

opfern. Und die Regierung beugt sich unter das Joch der vom Zentrum assistierten Junker, damit das Volk keine andere Entscheidung bei Neuwahlen herbeiführen kann.

### Arbeiterentlassungen.

Umfangreiche Arbeiterentlassungen finden augenblicklich auf der Kulkar-Werft in Stettin statt. Bisher haben bereits an dreitausend Arbeiter die Abfuhr erhalten. Weitere Entlassungen stehen noch bevor. Als Grund der Maßnahme wird mangelnde Beschäftigung angegeben.

Die Tätigkeit der neuen Stabeisenkonvention. Die vor kurzem neugebildete Konvention der Berliner Stabeisenhändler trat in Wirksamkeit mit einer Erhöhung der Preise für Stabeisen und Bleche im Berliner Verkehr um 1 1/2 M. pro 100 Kilogramm. Das ist den Herren aber entschieden noch nicht genug gewesen, denn jetzt haben sie die Preise abermals um eine halbe Mark heraufgesetzt. Diese Verteuerung des Rohmaterials wird die gegenwärtige geringe Bau-tätigkeit Berlins nur noch weiterhin anhalten lassen.

Das Bank- und Börsengeschäft in Großbritannien 1908. Das Jahr 1908 ist für die Banken Großbritanniens weniger lohnend gewesen als das Jahr 1907. Der Grund hierfür liegt im niedrigen Stande des Zinsfußes. Nach einer Zusammenstellung im „Economist“ vom 30. Januar 1909 erzielten 26 Banken, deren Ergebnisse vorliegen, 1908 nur 6 508 579 Pfd. Sterl. an Reingewinn gegen 7 021 493 Pfd. Sterl. im Vorjahre, so daß sich eine Abnahme um 1 112 914 Pfd. Sterl. oder 14,8 Proz. ergeben hat. Die Ergebnisse der Banken in der Provinz sind günstiger gewesen als die derjenigen Londoner Banken, welche ihr Geschäft ganz oder überwiegend in London betreiben. Diese Erscheinung, die in der größeren Stetigkeit des Zinsfußes in der Provinz ihren Grund hat, ist schon seit längerer Zeit hervor-getreten und hat dazu geführt, daß die Londoner Banken mehr und mehr streben, ihren Geschäftskreis auf die Provinz auszudehnen. Andererseits ist es für die Bankinstitute in der Provinz auch von Bedeutung, in London wirksam vertreten zu sein. Diese Umstände hatten zur Folge, daß die Londoner Banken, eine nach der anderen, sich mit Provinzinstanzen verschmolzen. Dieser Prozeß hat auch 1908 Fortschritte gemacht und die Zahl der Londoner Banken, die sich auf das Londoner Geschäft beschränken, hat sich weiter vermindert.

### Gerichts-Zeitung.

Aus dem Innungs-Schiedsgericht.

1. Am Dienstag klagten vier Klempner gegen die Firma Hermann Beglin. Sie waren am 11. März zur Arbeit bestellt worden, warteten eine Stunde vergebens und wurden darauf zum nächsten Morgen wieder bestellt. Nach abermaligem zweistündigen Warten erhielten sie die Mitteilung, daß die Arbeit, zu deren Fertigstellung sie bestellt seien, bereits fertig ist. Eine Bezahlung der 3 Stunden Wartezeit erfolgte nicht. Die Kläger klagten nun auf Bezahlung eines vollen Arbeitstages. Die Beklagte hielt sich

zur Zahlung nicht verpflichtet, weil sie mit den Klägern bereinbart hatte, daß das Arbeitsverhältnis zu jeder Zeit und Stunde gelöst werden kann. Das Schiedsgericht beschloß jedoch den Vertreter der Firma dahin, daß die drei Stunden Wartezeit bezahlt werden müssen. Die Parteien einigten sich dahin.

2. Die Maurer K. und S. klagten gegen den Maurermeister Johannes Strauß auf Zahlung von 7,95 M. Lohn. Sie waren gegen 75 Pf. Stundenlohn engagiert und arbeiteten nur 8 Stunden während der Nachtzeit. Bei der Abrechnung wurde ihnen der Zuschlag für Nachtstunden nicht gezahlt. Der Beklagte hält sich zur Zahlung dieses Zuschlages nicht für verpflichtet. Nach seiner Meinung sehe der Tarif diesen Zuschlag nur für Nachtstunden vor, die als Ueberstunden geleistet werden. Die Kläger hätten aber Ueberstunden nicht geleistet, denn sie seien ja nur für die Nachtzeit angenommen. Das Schiedsgericht überzeugte den Beklagten, daß er zur Zahlung des Zuschlages verpflichtet sei. Er erkannte darauf die Forderung an und bezahlte sie.

3. Der Arbeiter Schulz war beim Tischlermeister Ernst Schöwe beschäftigt und wurde am Morgen des 21. Juni entlassen. Er klagt auf Zahlung der Lohnentziehung für einen Tag von 4,50 Mark und 2,50 M. für Ueberstunden. Der Beklagte bestreitet die Leistung der Ueberstunden, gibt sie dann aber auf Verträgen indirekt zu. Zur Entlassung habe ihm der Kläger durch sein Zuspätkommen an jenem Tage Grund gegeben. Kläger sei wiederholt gewarnt worden. Der Kläger bestreitet dies; der Beklagte kann seine Behauptung nicht beweisen. Das Schiedsgericht verurteilte ihn zur Zahlung der 7 M.

4. Die Verkäuferin Richter hat am 30. Juni ihre Dienste beim Fleischermeister Oskar Leide aufgegeben, weil sie von diesem gräßlich beleidigt worden sei. Sie klagt auf 63,00 M. Entschädigung für entgangenen Lohn und Kost und Logis für einen Monat. Klägerin hatte sich zunächst rechtlich an das Kaufmannsgericht gewandt, ist aber entgegen dem Befehl von diesem, weil der Beklagte nicht im Handelsregister eingetragen ist, an das Innungs-Schiedsgericht verwiesen worden. In der Verhandlung vor demselben machte der Beklagte geltend, daß sich die Klägerin im ersten Monat ihrer Tätigkeit gut bewährt habe; deshalb habe er ihr den Lohn von 30 M. auf 35 M. erhöht. Im zweiten Monat haben ihn aber die Leistungen der Klägerin nicht mehr befriedigt. Er habe deshalb mit ihr die Vereinbarung getroffen, daß sie aufhören solle, wenn er für sie eine passende Ersatzkraft gefunden hat. Es gelang ihm am Tage darauf, Ersatz zu finden. Als er die Klägerin entlassen wollte, habe sie ihr Einverständnis in Abrede gestellt. In seiner Erregtheit habe er sie darob ein „verlogenes Frauenzimmer“ genannt. Darauf habe sie gegen seinen Willen die Entlassung gefordert. Obwohl der § 123 der Gewerbeordnung eine solche Vereinbarung, weil sie gegen die Gleichheit der Kündigungsfristen verstößt, als nichtig erklärt, war der Vorsitzende des Schiedsgerichts der Ansicht, daß die getroffene Abrede auch für die Klägerin bindend sei. Er empfahl einen dieser irrigen Ansicht entsprechenden Betrag auf 20 M., den leider die Klägerin akzeptierte.

## Öffentliche politische Versammlungen.

# Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr: 30 Volks - Versammlungen.

Tages-Ordnung:

## Reichstags - Auflösung?

Berlin.

- Sophiensäle, Sophienstraße 17/18.
- Neuer Hofsäger-Palast, Hasenheide 52/53.
- Zühlke, Dennewitzstraße 13.
- Gewerkschaftshaus, Engelnfer 15, großer Saal.
- Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.
- Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96.
- Urania, Brangelstraße 11.
- Süd-Ost, Waldemarstraße 75.
- Freyer, Koppenstraße 29.

### Nieder-Barnim.

- Pankow: Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.
- Ober-Schöneweide | Restaurant Wilhelminenhof.
- Karlshorst
- Weißensee: Schloß Weißensee.
- Mummelsburg: Weigelt, Türschmidtstr. 45.
- Bichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.
- Zegel: Trapps Gesellschaftshaus, Bahnhofstr. 1.

### Spandau.

- Böhle, Havelstraße 20.

Referenten: Albrecht, Dr. Alfred Bernstein, Brey, Borchardt, Dupont, Emmel, Elehorn, Richard Fischer, Dr. Frank, Grünwald, Heine, Hildenbrand, Kloth, Lehmann, Ledebour, Dr. K. Liebknecht, Molkenbuhr, Noske, Pagels, Dr. Kurt Rosenfeld, Scheidemann, Robert Schmidt, Severing, Singer, Stadthagen, Stücklen, Wels, Wermuth, Dr. Weyl, Zubeil.

Massenbesuch erwartet

Verhand der sozialdemokratischen Wahlvereine.

J. A.: Eugen Ernst, Wöhlerrstr. 9.

- Vitsin, Memeler Straße 67.
- Glysim, Landsberger Allee 40.
- Altienbrauerei Friedrichshain (früher Pipp's).
- Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.
- Germania-Säle, Chausseestraße 110.
- Jos. Frankes Festsäle, Badstraße 19.
- Gebr. Cranz' Festsäle, Kösliner Straße 8.
- Pharus-Säle, Müllerstraße 149.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

### Teltow-Beeskow.

- Rixdorf: Hoppe, Hermannstraße 48/49.
- Schöneberg: Nathausäle, Meininger Straße 8.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.  
(Unterer Saal und Garten.)
- Wilmerisdorf: Luisenpark, Wilhelmsau 112.
- Treptow-Banmschulenteweg: Trabrennbahn, <sup>Essen</sup> <sub>straße</sub>
- Johannisthal
- Nieder-Schöneweide | Restaur. Wilhelminenhof.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Donnerstag, den 1. Juli.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues königliches Operntheater.  
Der fliegende Holländer.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. In eherner Erde und im ersten Stod.  
Kammerdiener. Ein Standal in Monte Carlo.  
Lesung. Die Dollarprinzessin.  
Berliner. Ein Herbstmanöver.  
Schiller O. (Wagner - Theater.)  
Madame Bonivard.  
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.  
Neues Schauspielhaus. Noral.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Freischütz.  
Romische Oper. Die Leutnants.  
Neues. Der Hoteldieb.  
Zentral. Im Café Roblesse.  
Lustspielhaus. Der fische Rudi.  
Neues Operetten-Theater. Die Sprudelsee.  
Lustig. Die Hände des Priesters.  
Soltes Caprice. Drei Frauenhände.  
Der Defektor um. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Neurose. Die oberen Bekantend.  
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Güte.  
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal.  
W. Noacks Theater. Verbotene Wege.  
Apollo. Hartstein. Er oder Er.  
Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Hoyerland. Spezialitäten.  
Vollgast. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Brunnen. Die Spreewald-Räte.  
Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säng.  
Der Kampagneball.  
Urania. Tausendfroh 48/49.  
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.  
Sternwarte. Anfallsdenk. 67/62.

**Lessing-Theater.**  
Sollspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Berliner Theater.**  
Operetten-Gaude.  
Täglich 8 Uhr:  
**Ein Herbstmanöver.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Der Hoteldieb.**  
Freitag und folgende Tage:  
**Der Hoteldieb.**

**Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).**  
**Gura-Oper.**  
**Der fliegende Holländer**  
von Richard Wagner.  
(Holländer: Feinhals). Anf. 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Sawtri (Premiere).  
Sonnabend: Tristan u. Isolde (Mottl).  
Sonntag: Laborigria.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schildbambergstr. 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
**Die Sprudelsee.**  
Operette in 3 Akten v. D. Reinhardt.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, den 1. Juli, Anf. 8 Uhr:  
**Der Freischütz.**  
(Kleine Preise).  
Freitag: Undine.  
Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der fische Rudi.**

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 182.  
**Das Mädchen ohne Ehre.**  
Sensationsstück in 4 Akten von Melitta.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbahn Anfang 4 1/2 Uhr.  
M. a. Willi Wigton in Berlin auf Strigen. Willen, der Unschelbare. Spezialitäten.

**WINTERGARTEN**  
**„La Pia“**  
in ihren Phantasie-Tänzen.  
**Golemanns**  
gemischter Dressur-Akt  
**Garcias**  
jonglierende Silhouetten sowie eine Kette  
**hervorragend. Kunstkräfte!**  
Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Rom und die Campagna.**  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintr. 1 M., v. abends 8 Uhr ab 50 Pf. Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte

## Apollo Theater

Abends 8 Uhr: **Debuts**  
der neuen Spezialitäten.  
9<sup>00</sup> **Er oder Er**  
mit  
**Hartstein**  
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

## Castans Panoptikum

Friedrichstraße 165  
(Paschorpalastr.).  
Neu! Sensationell!  
Lebend!

**Zwei Köpfe**  
**Ein Rumpf**  
**Vier Arme**  
**Vier Füße**  
Ohne Extra-Entree

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!**  
Gr. Schaulstellungen  
Vitascope-Theater usw.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Metropol-Theater**  
Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr.  
Konzert 8 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.  
Garteneröffnung 3 Uhr.  
Jeden Montag Elftag. Spezialitäten und Entree der „Lustigen Säng.“  
Bei Regenmeter Vorstellung im großen Theater-Saal.

**Elysium**  
Sandberger Allee 40/41. Ecke Petersburger Straße.  
Heute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten:  
**Vorstellung**  
abwechslend von drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Säng.  
(Meysel, Britton, Schrader usw.)  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Damms Volkspark-Theater**  
Landsberger Allee 74/77.  
**Große Vorstellung**  
des rheinischen Künstler-Ensembles  
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.  
Zum ersten Male in Berlin.  
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)  
**Madame Bonivard.**  
Schwan in 3 Akten von Alexander Bisson und Antony Mars.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Madame Bonivard.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
**Der Biberpelz.**  
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Biberpelz.**

Verband der Schneider und Wäsche-Arbeiter Deutschlands (Filiale Berlin III)  
Wäsche- und Krawatten-Branche.  
Sonnabend, den 3. Juli 1909:  
**Großes Sommer-Fest**  
im Etablissement Schweizer Garten (am Königtor).  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.  
**Gr. Sommernachts-Ball.**  
Billets a 30 Pfennig. Kinder frei, dieselben erhalten Bons für Schaukel, Karussell und Stocklaternen gratis.  
Um 8 Uhr:  
**Eröffnung der Kaffeeküche.**  
Die Ortsverwaltung.

**Arnold Scholz Neue Welt** Hasenheide 108-114  
Heute, Donnerstag, **Gr. Elitetag.**  
den 1. Juli 09:  
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.  
Das ausserordentliche neue Juli-Programm.  
Großes Doppel- und Militär-Konzert.  
**Monster-Feuerwerk.**  
Anf. 5 Uhr. Im Saale: Gr. Tanz-Reunion. Anf. 5 Uhr.

Bitte anschnelden!  
**Abfahrtstelle**  
Schillingsbrücke Berlin  
Billige Dampfer-Extrafahrten mit Dampf.  
Täglich früh 9, nach Woltersdorfer Schlenze.  
mittags 2 Uhr:  
Jed. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag (Gosener Berga.)  
tag, früh 9 1/2, mittags 2 Uhr: nach Bad Rickmud (Berliner Schwenz).  
Jeden Dienstag, Freitag, nach Neue Wühle. Von u. zurück  
mittags 2 Uhr: 60 Pf.  
Jed. Sonntag, früh 9, nach Woltersdorfer Schlenze. Einl. Fahrt  
u. 9, mittags 2 Uhr: nach Restaurant Kyffhäuser. 50 Pfennig.  
Täglich von mittags 2 Uhr ab früh 1/2, frühlich: nach  
Einmalige Fahrt: wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.  
Dampfer-Fahrtgäste zahlen kein Entree.  
Dampfer-Vermietung von 35 Mark an. Robert Tismer.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimanns Volksgarten.  
Am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Leopold Hasser prolongiert.  
Trudi Hagen - The Hurellas -  
Borgas - Darley - La belle Liane -  
Frères Canon. Spree-Athener.  
Vollständiges mit Orchestre in fünf Akten  
von Reisingen.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)  
Täglich: herrl. Natur-Sommergarten  
bei ungestörter Bitterung i. Saale  
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.  
Der Aal. Schwan mit Orchestre  
von Otto Richter.  
Sonntags X Barry X Duett Wallen-  
borg usw. u. erstl. Spezialitäten.  
Anf. wochent. 8. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Schweizer-Garten**  
Am Königtor. Am Friedrichshain  
Gaststätte der Straßenbahnen  
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.  
Täglich: Anfang 4 u. 5 Uhr  
Entree 30 Pf.  
**Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.**  
Ball u. Volksbelustigungen.

**Berliner Buchdruckerheim**  
Staatschreiberstr. 4 (Marixplatz)  
Herrnsprecher: Amt IV, Nr. 10 207.  
Täglich: Konzert u. Unterhaltung  
H. Siers u. warme Speisen  
Sonntags: Frühstücken  
„Korrespondent“, „Musik“ usw. liegen aus.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. OHL. Brunnenstr. 16.  
Im schattigen Garten, bei Regen im Prater-Theater-Saal:  
**Große Extra-Vorstellung!**  
Aktuell! **Verbotene Wege.**  
Die vollständig neuen Spezialitäten.  
Anf. 7. Konz. 6 Uhr. Entree 30 Pf.

**Puhlmanns Theater**  
Schlesische Allee 143  
Kastanienallee 57/58  
Vollständig neues Programm!  
Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Neu! Die Dallesprinzeßin. Neu! Der Brandstifter.  
Beginn 4 1/2 Uhr.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.  
Heute sowie täglich:  
X Erstklassige Spezialitäten! X  
Novität! **Die Spreewald-Räte.**  
Gr. Kunstausstattungs-Vollständiges mit Orchestre u. Tanz in 4 Akten v. Hoffmann.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Max Kliems**  
Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Her. Leitung: Walter Gravenitz.  
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**  
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzen.**

**T. Kramer & Co.,**  
Schraut bei Leeuwarden Holland.  
Hiermit haben Untergeliebte die Ehre, Sie auf ihr Geschäft aufmerksam zu machen (Engros in reichlichen Kartoffeln), die wegen ihres Nährwertes sehr geschätzt sind.  
Kundengeschlossen sind Adressen für korporative Bedarfs-Geschäfte und Großhändler.  
Die Verbindung findet Anfang September statt. Verkaufsstelle per Baggonladung auf Anfrage. Für Unterhandlung vorab bereit.  
Hochachtungsvoll  
**T. Kramer & Co.,**  
Schraut bei Leeuwarden Holland.

**Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.**  
Filiale Berlin.  
Freitag, den 2. Juli 1909, abends 6 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über: Die Reichsversicherungsvorlage.  
2. Gewerkschaftliches.  
Anfang präzise.  
Der Vorstand.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin. Herrnsprecher Amt IV Nr. 4757.  
Die zum Donnerstag, den 1. Juli, nach dem „Gewerkschaftshause“ einberufene **Versammlung der Agitationskommissionen** der Bezirke Groß-Berlins findet der Volksversammlungen wegen nicht statt. Die Versammlung findet nun am **Donnerstag, den 8. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr** Die Ortsverwaltung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.  
ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN  
Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Walhalla Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
Die grandiosen Spezialitäten.  
Im Garten: Freikonzert.  
Vor der spanischen Arana.

**Karlsgarten**  
Rixdorf, Karlsgartenstr. 9-11.  
X Praterhof aller Naturgarten. X  
Sonntags: **Konzert.**  
Konzert u. Die lustigen Kalauer.  
Mittwochs: **Gr. Kinderfest,**  
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Kinder 10 Pf., wofür Schärpe oder Rüge verabreicht wird.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimanns Volksgarten.  
Am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Leopold Hasser prolongiert.  
Trudi Hagen - The Hurellas -  
Borgas - Darley - La belle Liane -  
Frères Canon. Spree-Athener.  
Vollständiges mit Orchestre in fünf Akten  
von Reisingen.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)  
Täglich: herrl. Natur-Sommergarten  
bei ungestörter Bitterung i. Saale  
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.  
Der Aal. Schwan mit Orchestre  
von Otto Richter.  
Sonntags X Barry X Duett Wallen-  
borg usw. u. erstl. Spezialitäten.  
Anf. wochent. 8. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Schweizer-Garten**  
Am Königtor. Am Friedrichshain  
Gaststätte der Straßenbahnen  
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.  
Täglich: Anfang 4 u. 5 Uhr  
Entree 30 Pf.  
**Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.**  
Ball u. Volksbelustigungen.

**Berliner Buchdruckerheim**  
Staatschreiberstr. 4 (Marixplatz)  
Herrnsprecher: Amt IV, Nr. 10 207.  
Täglich: Konzert u. Unterhaltung  
H. Siers u. warme Speisen  
Sonntags: Frühstücken  
„Korrespondent“, „Musik“ usw. liegen aus.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Eintr. 15 Pf. Rüge ob. Schärpe grat.

44 eigene Fischdampfer.  
Bon frischen Gängen unserer Flotte empfehlen wir in lebendfrischer I. Qualität:

- p. Pfd.
- „Kabeljau im Ansehn. 25 Pf.
- „Seelachs im Ansehn. 25 Pf.
- „Schellfisch im Ansehn. 30 Pf.
- „Schellfisch Ia gr. 2-5 Pfd. 35 Pf.
- „Schellfisch Ia Hlg. 1-2, 35 Pf.
- „Schellfisch II. a. Braten 25 Pf.
- „Knuurrhahn zum Braten 25 Pf.
- „Schollen Ia gr. 1-5 Pfd. 50 Pf.
- „Bratfildern . . . . 25 Pf.
- „Rotzungen Ia gr. helle 60 Pf.
- „Rotzungen Ia mittelgr. 80 Pf.
- „Ansterrisch Karbonsd. 70 Pf.
- „Steinhutte bis 3 pfdig. 80 Pf.
- „Heilbutt im Ansehn. 100 Pf.

In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!

**Deutsche Dampffischer-Gesellschaft**  
**„Nordsee“**  
Hauptgeschäft: Berlin C.,  
Bahnhof Bors, Teleph. III 6801.

- Verkaufsstellen:
- O. Bahnhof Börse, Bogen 2-10.
  - N. Annsdenstraße 131.
  - O. Große Frankfurter Str. 85.
  - O. Mohlenstraße, Bogen 4/9.
  - Frankfurter Allee gegenüber S. Reitzenstraße 91.
  - W. Goldammer Str. 112a.
  - NW. Wilsnager Str. 57.
  - Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 111.
  - Spandau, Bellestr. 54.

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons!







Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Volksversammlungen! Die Leiter der Versammlungen werden gebeten, der Redaktion des „Vorwärts“ von etwaigen besonderen Vorkommnissen in der Versammlung durch besonderen Boten noch heute abend Mitteilung zu machen.

Das diesjährige Sommerfest des 4. Kreises findet am Sonntag, den 4. Juli, in den Lokalen Seeterrasse Lichtenberg, Ludwigs Viktoriagarten Treptow, und in der Alten Taberne, Stralau statt.

Rixdorf. Die für heute anberaumte Versammlung des 8. Bezirks fällt der öffentlichen Versammlung wegen aus.

Johannisthal. Wegen der öffentlichen Versammlungen fällt heute die Handzettelverbreitung aus. Diefelbe findet am Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr statt.

Friedrichsfelde. Die Genossen treffen sich heute abend 8 Uhr im Lokal von Vertholein, Pringen-Allee 59.

Rüdersdorf-Kalkberge. Am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 8 Uhr, findet in Kalkberge, Restaurant „Blüauf“, Jnh. C. Köppen, eine öffentliche Versammlung statt.

Aldershof. Eine Flugblattverbreitung findet heute abend 7 1/2 Uhr vom Lokal Löpfer, Helbigstr. 80, aus statt.

Hohen-Schönhausen (Wilhelmsberg). Das diesjährige Sommerfest des Bahndvereins findet am 4. Juli im Lokal des Genossen Teschner, Landsberger Chaussee 117/118 (Concordia-Garten) statt.

Berliner Nachrichten.

Zum Schnellbahnstreit der westlichen Vororte.

Seit geraumer Zeit schweben zwischen den Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf Verhandlungen und fanden Auseinandersetzungen statt, durch welche eine Einigung in bezug auf die Schnellbahnprojekte der drei Vororte, die dadurch eine bessere Verbindung mit dem Zentrum und Osten Berlins erlangen wollten, erzielt werden sollte.

Die Projekte sind folgende: Schöneberg will eine sein Gebiet fast in der vollen Länge durchschneidende Bahn bauen, die am Rollendorplatz endet und von dort später nach dem Zentrum Berlins, zur Behrenstraße weitergeleitet werden soll.

Dazu führte die Abicht Charlottenburgs, eine Untergrundbahn, die vom Bahnhof Charlottenburg ausgehend, auf den Kurfürstendamm laufend und am Rollendorplatz endigen sollte, zu bauen. Dabei war aber angenommen worden, daß dieses Projekt auch von Wilmersdorf unterstützt werden würde.

Die Projekte sind folgende: Schöneberg will eine sein Gebiet fast in der vollen Länge durchschneidende Bahn bauen, die am Rollendorplatz endet und von dort später nach dem Zentrum Berlins, zur Behrenstraße weitergeleitet werden soll.

Eine volle Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Nun aber berichteten plötzlich die Blätter, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten durch einen Rechtspruch den Streit zwischen Charlottenburg einerseits und Wilmersdorf-Hochbahngesellschaft andererseits entschieden habe.

Was die Linienführung im allgemeinen anbetrifft, so mögen diese Vorschläge der Wunsch des Ministers sein. Aber er kann den Bau dieser Bahnen nicht verfügen. Er kann auch nicht einmal bestimmen, daß sich zum Beispiel Charlottenburg diesem Vorschlag fügt.

als Wegeunterhaltungspflichtige die Benutzung des Gebiets Wilmersdorf vorenthalten. Dagegen könnte selbst der Minister nichts tun, sondern der Widerstand Charlottenburgs könnte nur auf dem Wege des Ergänzungsverfahrens beseitigt werden.

Und, was bisher bei dieser Sache noch am wenigsten erörtert wurde, und doch für die Weiterführung der Wilmersdorfer Bahn von größter Bedeutung ist, ist die Frage, wie sich Schöneberg und Charlottenburg schweben noch die Verhandlungen über die Abmessung der gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen in bezug auf den Bau eines Gemeinschaftsbahnhofes am Rollendorplatz, festgestellt dürfte ferner der Anspruch Charlottenburgs sein, die Strecke Wittenbergplatz-Rollendorplatz seiner freien Verfügung sich vorbehalten zu können.

Jedenfalls stehen zurzeit die Dinge so: Schöneberg baut seine Bahn von der Hauptstraße über den Bayerischen Platz, durch die Röhstraße nach dem Rollendorplatz. Zwischen Schöneberg und Charlottenburg schweben noch die Verhandlungen über die Abmessung der gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen in bezug auf den Bau eines Gemeinschaftsbahnhofes am Rollendorplatz, festgestellt dürfte ferner der Anspruch Charlottenburgs sein, die Strecke Wittenbergplatz-Rollendorplatz seiner freien Verfügung sich vorbehalten zu können.

Daß das bald geschehen muß, dürfte klar sein. Es wird aber um so eher möglich sein, je eher die strittigen Fragen zwischen Wilmersdorf-Hochbahngesellschaft-Fiskus und Charlottenburg beigelegt sind. Durch einen „Rechtspruch“ ist das nicht zu erreichen. Es muß schon Entgegenkommen von beiden Seiten bewiesen werden und eine Verständigung würde sich vielleicht auf der Mittellinie finden lassen können, daß Wilmersdorf mit seiner Bahn in die Charlottenburger Bahn an der Umlandstraße, Ecke Kurfürstendamm mündet.

Abschaffung der neunten Briefbestellung in Berlin. Die Briefbestellung findet in Berlin bei allen Postämtern achtmal täglich statt. Bei den Postämtern der inneren Stadt fand bisher eine neunte Briefbestellung abends zwischen 7 1/4 und 8 1/2 Uhr statt, zog sich aber in Wirklichkeit vielfach noch länger hin.

Mahnahmen gegen Cholera-gefahr. Mit Rücksicht auf die Zunahme der Choleraerkrankungen in Petersburg bringt der Polizeipräsident seine durch Bekanntmachung vom 3. Oktober 1908 erlassene Anordnung in Erinnerung, nach der aus Rußland zurückkehrende Personen, die in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Vohagen-Rummelsburg Aufenthalt nehmen, auch solche in einem der genannten Orte des Landespolizeibezirks Berlin ortsdangerhörige Personen, die nach längerem oder kürzerem Aufenthalt in Rußland nach Hause zurückkehren, sofern sie nicht Rußland schon vor länger als sechs Tagen verlassen haben, spätestens innerhalb 24 Stunden von dem Haushaltungsvorstand, dem Inhaber des betreffenden Haushofes oder der sonstigen in Betracht kommenden Unterkunftsstelle der zugereichten Person dem für ihre hiesige Wohnung oder ihr Absteigequartier zuständigen Polizeirevier gemeldet werden müssen.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist geändert, wegen der notwendig gewordenen Auswechslung von Weichen und Kreuzungsanlagen in der Kreuzung der Potsdamer und Wilmersdorfer die Straßenbahnlinie 74 Kniprodestraße-Schöneberg in den Nächten vom 2. zum 3. und vom 8. zum 9. Juli in der Zeit von 2,00 bis 5,25 Uhr früh umgelenkt.

Eine Sperre der Provinzialchauffee Berlin-Potsdam wird wegen des Umbaus der Chaussee durchgeführt, was den Radfahrerverkehr und den Autoverkehr sehr behindert. Von heute ab wird eine ziemlich große Strecke auf die Dauer von voraussichtlich sechs Wochen für Fahrzeuge jeder Art und für Räder gesperrt.

Die städtischen Straßenbahnen: Stettiner Bahnhof-Bleichen-Rudolf-Wichow-Krankenhaus sind jetzt ein volles Jahr im Betrieb. In dieser kurzen Zeit hat sich die Bahn ausgezeichnet entwickelt. Die bei der Eröffnung der 16 Kilometer langen Bahn von Gegnern und von Freunden einer städtischen Regie geäußerten Bedenken wegen der Rentabilität usw., die zur Prägung des Rosenamens „Wästenbahn“ führten, sind nicht in Erfüllung gegangen.

äußersten Norden, in einer von der Großen Berliner Straßenbahn von jeder stiefmütterlich behandelten Gegend neue Wege geordnet. Hierbei ist nicht außer Acht zu lassen, daß die Bedeutung und der Wert der städtischen Bahnen mit dem geplanten Ausbau und der Erweiterung nach Südosten im Anschluß an die Siemensbahnen usw. ganz erheblich wachsen wird.

Ein schweres Automobilunglück hat sich in der vergangenen Nacht, eine Stunde nach Mitternacht, im Grunewald am Großen Stern ereignet, wobei zwei Damen getötet wurden. Der praktische Arzt Dr. Kronsohn aus Charlottenburg, Jasanenstr. 21, befand sich um die angegebene Zeit mit drei Damen, seiner Braut, Frau Daniel, seiner Mutter und der Nichte seiner Braut, einem Fräulein Delene Löwenstein auf der Heimfahrt von Wannsee.

Eine entschlossene Selbstmörderin war das 19jährige Dienstmädchen Emma Marks, deren Leiche gestern im Teltowkanal aufgefunden wurde. Die M. war bei einer Herrschaft in der Schillerstraße 12 in Stellung gewesen und hatte dort am 16. Juni einen Selbstmordversuch unternommen, indem sie sich durch Einatmen von Leuchtgas zu vergiften suchte.

Als Leiche aufgefunden wurde der Arbeiter Rewald aus der Reinickendorfer Str. 20, der seit circa 14 Tagen vermißt wurde. M. hat sich, wie nunmehr ermittelt ist, im Seddinssee ertränkt, woselbst seine Leiche vorgestern gefunden wurde.

Getränkt hat sich gestern in der Oberpyree bei Nieder-Schöne-weide ein unbekanntes, etwa 18jähriges Mädchen, welches sich von der Oberpyreebrücke in das Wasser stürzte.

Auf dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde erschof sich vorgestern ein unbekanntes, etwa 30 Jahre alter Mann. In den Anlagen des Begräbnisplatzes jagte er sich aus einem Revolver eine Kugel in den Mund.

Beim Baden im Landwehrkanal ertrunken ist der 83 Jahre alte Former Julius Jagdmann. J. beging die große Unvorsichtigkeit, in überhitztem Zustand in den Landwehrkanal zu springen, um ein erfrischendes Bad zu nehmen.

Die Kindesleiche im Schiffahrtskanal. Nicht weit von der Putzbrücke haben Schiffer auf der Oberfläche des Wassers den Leichnam eines Kindes treiben. Sie fischten ihn heraus und stellten fest, daß es sich um einen neugeborenen Knaben handelte.

Eine eigentümliche Praxi scheint die Direktion des Sportparks Steglitz bezüglich der Rückzahlung von bereits gelösten Eintrittskarten zu üben. Ein Leser schreibt uns: Als am Sonntag wegen Regens das Fahren um den großen Kreis von Europa ausfallen mußte, versuchte ich mein Eintrittsgeld zurück zu erlangen.

Ein Paket mit Tapetiererkolbenwerkzeug ist gefunden worden. Der Berliner kann dasselbe bei Hahnisch, Auguststr. 60, „Vorwärts“-Expedition in Empfang nehmen.

Ein Nord- und Selbstmordversuch rief gestern früh in dem Hause Tiedstr. 4 Aufregung hervor. Im dritten Stock des Vorderhauses wohnt seit 1 1/2 Jahren der Zimmermann Wolter mit seiner 43 Jahre alten, aus Rußland gebürtigen Frau Karoline und zwei Töchtern von zwölf und zehn Jahren. Bei den Leuten hatte schon seit vielen Jahren, die ersten 5 1/2 Jahre in Charlottenburg, der 41 Jahre alte, aus Jülichau gebürtige Maschinenist Ruz Hof und Wohnung. Er geriet zuletzt in Schulden, weil er seit 5 Monaten keine Arbeit mehr hatte.



Ein Massenauflug bei arbeitenden Jugenz

findet am Sonntag, den 4. Juli, nach dem Lokal von Wöllstein in Adershof, Bismarckstr. 24, statt.

Der Ausflug wird in Gruppen veranstaltet. Die einzelnen Gruppen marschieren morgens um 7 Uhr von ihren Treffpunkten ab und treffen um 12 Uhr in Adershof ein.

Treffpunkte:

Die einzelnen Gruppen treffen sich an folgenden Punkten um 7 Uhr: Udriger Bahnhof, Ede Wendenstraße; Schleifischer Bahnhof, vor der Billeitungsabteilung in der Kadaistraße; Landsberger Tor; Bismarckplatz; Kettelschlag; am Bahnhof Bruckstraße; Alexanderplatz, an der Verolina; Potsdamer Bahnhof.

Die Gruppen der Vororte treffen sich gleichfalls um 7 Uhr an folgenden Punkten: Charlottenburg, Wilhelmplatz. — Nixdorf, Kriegerdenkmal. — Nimmelsburg-Lichtenberg, Warschauer Straße, Ede Kopenikusstraße. — Lichtenberg-Friedrichsfelde, Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. — Reinickendorf und Pantow, Bahnhof Reinickendorf-Schönholz. — Schöneberg, Potsdamer Straße, Ede Volkadstraße. — Tegel, Bahnhofplatz. — Tempelhof, Bahnhof Tempelhof. — Weihenfer, Antonplatz.

Die Teilnehmer aus der näheren Umgebung Adershofs treffen sich an folgenden Stellen: Adenid, nachmittags pünktlich 1 1/2 Uhr im Stadttheater; Grünau, nachmittags pünktlich 1 Uhr im Restaurant Joh. Franz, Adenider Straße 88; Niederschönweide, nachmittags pünktlich 1 1/2 Uhr im Restaurant Karl Böttke, Berliner Straße 64; Johannisthal, nachmittags pünktlich 12 1/2 Uhr im Restaurant Senfleben, Friedrichstr. 48; Johannisberg, nachmittags pünktlich 12 1/2 Uhr im Restaurant Falkenruh; für Alt-Blonide erfolgt die Befanntgabe am Sonnabend.

Die Jugendlichen wenden sich am besten dem ihrer Wohnung nächstgelegenen Treffpunkte zu. Dort sind Leiter zur Stelle. Die Ordner tragen weiße Binden.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der heutigen Versammlungen wegen findet diektion Nationalökonomie von 8-9 Uhr statt.

Feuerwehrausfahrten. Gestern früh, um 7 1/2 Uhr stand in der Zumbroder Straße 63, nahe der Waldstraße, der Dachstuhl des Hauses in großer Ausdehnung in Flammen. Der 15. Löschzug unter Leitung des Brandmeisters Sammers fand bei seinem Eintreffen schon einen großen Brandherd vor und mußte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig Wasser geben, um die angrenzenden Gebäude zu schützen. Die Entstehung des Brandes war nicht zu ermitteln. Der Schaden ist bedeutend. In der letzten Nacht hatte der 7. Zug auf der alten Brandstelle am der Revaler Str. 63 zu tun. In den Wogenhallen brannten Dachbalken, die vermutlich unbemerkt weiter gebrannt hatten. Die Gefahr wurde gleich bemerkt und konnte bald beseitigt werden. Wegen einer Gasvergiftung wurde die Feuerwehr nach der Wilhelmstr. 84 gerufen. Durch Einflößen von Sauerstoff gelang es den Samaritern, die vergiftete Person zu retten. In der Heinerdorfer Straße mußte ein Brand gelöscht werden, der das Zwischengebäude ergriffen hatte. Möbel, Gardinen u. a. brannten u. a. Wilsdr. 26, Gollnowstr. 11, Hübenerstr. 3 u. a. Stellen. Außerdem hatte die Feuerwehr in der Leipziger Straße 76, Paragrafenstraße 92/93 u. a. Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung standen unter anderem zwei Anträge auf der Tagesordnung, die besonderes Interesse beanspruchten. Sie beschäftigten sich mit dem Elektrizitätswerk, das schon oft Anlaß zur öffentlichen Diskussion gegeben hat. Durch die eine Vorlage wurde mitgeteilt, daß nach den Gutachten, die eingefordert worden sind, für die Betriebsstörungen im Elektrizitätswerk objektiv wohl der Baugrund, andererseits aber mangelhafte Vorrichtung und Aufmerksamkeit der in Betracht kommenden Maschinenfabriken verantwortlich zu machen sei. Der Magistrat erhielt Auftrag, die Gutachten juristischen Sachverständigen zu unterbreiten und der Stadtverordnetenversammlung eventuell eine Vorlage betreffs Regressansprüche vorzulegen. Durch eine andere Vorlage wurden 35 000 Mark als Nachbetrachtung für den Umbau des Elektrizitätswerks gefordert. Vor einem Jahre waren zu diesem Zweck 80 000 M. bewilligt worden, mit der Bestimmung, daß ein Vertrag mit dem Bauunternehmer Bernhard abgeschlossen werden sollte, laut welchem dieser die angegebenen Rekonstruktionsarbeiten auszuführen habe, sich dabei aber verpflichtet müsse, für jeden Schaden, der der Gemeinde Lichtenberg eventuell durch diese Arbeiten entstehe, aufzukommen. Im Dezember v. J. wurde der Magistrat über die Arbeiten interpelliert, wobei ganz außerordentlich hohe Preise für Erdarbeiten zur Kenntnis der Stadtverordneten gelangten. Die Besprechung der damaligen Interpellation wurde abgebrochen und dabei der Magistrat ersucht, der Stadtverordnetenversammlung den mit Herrn Bernhard abgeschlossenen Vertrag schriftlich zu unterbreiten. In der Sitzung vom Dienstag erteilten unsere Genossen dem Magistrat scharfe Rügen, weil er den damaligen Beschluß und dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung nicht nachgekommen sei, sich trotzdem aber erlaube, ohne weitere Motivierung um Nachbetrachtung von 35 000 M. zu ersuchen. Um die Fortführung der Arbeiten zu ermöglichen, wurde die geforderte Summe bewilligt, aber mit der ausdrücklichen Bestimmung der Verpflichtung für den Magistrat, spezielle Nachweisung über die Verwendung der Summe und alsbaldige Vorlage aller der erwähnten Materialien zu unterbreiten. — Infolge Einspruchs Lepperscher Erben mußte der Fluchtlinienplan für das ehemalige Dörfliche Gelände nochmals einer Korrektur unterzogen werden. Veränderungen der Fluchtlinien der Dorfstraße und Neufestlegung von Fluchtlinien innerhalb des Blocks zwischen Herzberg, und Rittergutstraße betraf eine andere Vorlage, deren Behandlung insofern bemerkenswert war, als der bei der geforderten und genehmigten Straßenerweiterung hauptsächlich beteiligte Rittergutbesitzer Roeder sich nicht nur an der Debatte beteiligte, sondern auch mitstimmte und zugunsten der Vorlage den Ausschlag gab. Ein von unserer Seite erfolgter Widerspruch wurde vom Vorsteher zurückgewiesen, mit dem Bemerkung, er habe nach der Städteordnung die Entscheidung darüber, ob ein erhebliches persönliches Interesse vorliege oder nicht, und in diesem Falle verneine er die Frage. Weiter wurde beschlossen, die Wumenthal, Friedrichs-Karl-, Kreuzigerstraße sowie einen Teil der Wilhelmstraße neu pflastern zu lassen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren von weniger allgemeiner Bedeutung.

Nixdorf.

Ungültigkeit der Straßenpolizeiverordnung. Durch Verfügung des Regierungspräsidenten waren für Nixdorf als amtliche Publikationsorgane das „Nixdorfer Tageblatt“ und die „Nixdorfer Zeitung“ bestimmt worden, und zwar mit der Maßgabe, daß die Gültigkeit von Polizeiverordnungen davon abhängig sein sollte, daß sie in beiden Zeitungen publiziert würden. Nun ist zwar die Nixdorfer Straßenpolizeiverordnung, die seit einer Reihe von Jahren angewandt wird, im „Nixdorfer Tageblatt“ und in der „Nixdorfer Zeitung“ publiziert worden, jedoch in beiden in einer Weise, die, ohne daß im amtlichen Teil des Hauptblattes darauf verwiesen wurde. Das „Nixdorfer Tageblatt“ enthält im Hauptblatt wenigstens den Vermerk: „Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.“ — Das Kammergericht erklärte am Montag die Verordnung für formell ungültig und sprach den Angeklagten Kuchensbeker frei, der in zweiter Instanz wegen Uebertretung der Verordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Der Senat führte aus: Auf jeden Fall sei die Veröffentlichung in der „Nix-

dorfer Zeitung“ ungenügend, da in keiner Weise im Hauptblatt, im amtlichen Teil, darauf hingewiesen sei, daß zu der Nummer eine Beilage mit einer amtlichen Mitteilung gehöre. Unter diesen Umständen könne der Veröffentlichung keine Wirkung beigegeben werden. Es könne niemand zugemutet werden, alle Beilagen einer Zeitung durchzuforschen, ob eine von ihnen vielleicht eine amtliche Publikation enthalte. Bei Veröffentlichung der Verordnung in einer Beilage müsse mindestens verlangt werden, daß im amtlichen Teil des Hauptblattes darauf hingewiesen werde. Es könne zum Beispiel sehr leicht vorkommen, daß eine solche Beilage nicht mit abgetragen werde. Dann hätte der Leser ohne einen derartigen Hinweis überhaupt keine Möglichkeit, sich von der Verordnung Kenntnis zu verschaffen. Da die Gültigkeit der Verordnung gemäß der erwähnten Verfügung des Regierungspräsidenten von einer gültigen Publikation in beiden Nixdorfer Blättern abhängig sei, sei die Verordnung infolge der ungenügenden Veröffentlichung in der „Nixdorfer Zeitung“ ungenügend. — Es erübrige sich deshalb, darauf einzugehen, ob die Veröffentlichung im „Nixdorfer Tageblatt“ auch ungenügend sei oder ob dem Vermerk über die Seitenzahl der fraglichen Nummer dieses Blattes irgend welche Bedeutung zukäme.

Verloren wurden am Sonntag zwischen der Selchow Straße und Steinwegstraße Beitragsmarken des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen. Dieselben tragen folgenden Aufdruck: B. d. S. u. B. A. Deutschlands, und im mittleren Feld die Zahlen I-IV. Der Finder derselben wird gebeten, die Marken an das Bureau des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands, Filiale Berlin I: Richardstr. 1, part., abzuliefern.

Steglich.

Unter Bezugnahme auf unseren Bericht über die Neuregelung der Gemeindebeamten- und Lehrgelöhner erhalten wir vom hiesigen Gemeindevorsteher folgende Zuschrift: „Wenn in dem Bericht über die hier beschlossene Neuregelung der Gehälter der Lehrer, Gemeindebeamten und Arbeiter behauptet wird, daß hinsichtlich der letzteren nur ein Versprechen gegeben sei, daß der Tarif revidiert werden solle“, und daß „die Arbeiter auf die Erfüllung noch geraume Zeit warten müssen“, so widerspricht dies dem tatsächlichen Vorgange der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung. Es sind keineswegs nur Versprechungen erfolgt, vielmehr ist beschlossen worden, daß die Erhöhung der Lohnsätze für die Gemeindearbeiter bereits am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll.“

Voghen - Nimmelsburg.

Die Gefesammlung veröffentlicht das Gesetz betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin. Nach diesem Gesetz tritt die zum Landkreise Niederbarnim gehörige Landgemeinde Strauß am Landespolizeibezirk Berlin hinzu. Das Polizeigesetz vom 13. Juni 1900 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß in polizeilichen Angelegenheiten die Zuständigkeit des Landrats und die des Kreisaußschusses auf die im Stadtkreis Lichtenberg zuständigen Behörden übertragen wird. An Stelle des Stadtausschusses treten jedoch in der Gemeinde Strauß der Gemeindevorsteher und die Schöffen als Kollegium. Das gleiche gilt auch für die in den erweiterten Landespolizeibezirk einbezogenen Voghen-Nimmelsburg, d. h. in dieser der kollegialische Gemeindevorstand an die Stelle des Stadtausschusses tritt. Der Minister ist ermächtigt, das Inkrafttreten der einzelnen Vorschriften dieses neuen Gesetzes festzusetzen. Der Minister des Innern hat nun durch einen im gestrigen „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erlaß angeordnet, daß die auf die Landgemeinde Voghen-Nimmelsburg bezüglichen Bestimmungen mit dem Tage der Veröffentlichung des Gesetzes in Kraft treten.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. In der am 28. Juni abgehaltenen Sitzung wurde die Aufstellung eines neuen Saunes an dem Schulgrundstück in der Friedrichstraße beschlossen. — Die im April d. J. beschlossene Anschaffung eines Desinfektionsapparates konnte noch nicht erfolgen, da der in Aussicht genommene Apparat nicht mehr erhältlich ist. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, die betreffende Firma mit der besonderen Anfertigung des gewünschten Apparates zu beauftragen, eventuell auch zu einem höheren Preise. — Die im Jahre 1907 von der Vertretung empfohlene Abänderung der Bauordnung hat die Regierung abschlägig beschieden mit der Begründung, daß die bestehende Bauordnung den Ortsbedürfnissen entspricht. Die Vertretung beschloß, daß die feinergetriebene Kommission nochmals bei dem Minister vorstellig wird unter ausführlicher Darlegung der Verhältnisse. — Der Antrag der Deutschen Dichtergedächtnisstiftung um eine jährliche Zuwendung zur Belämpfung der Schundliteratur wurde angenommen und der Jahresbeitrag auf 25 M. festgesetzt. — Von der Errichtung eines Pflegeheims für erblich belassene Kinder auf dem Grundstück Seestraße 43 wurde mit anerkennenden Worten Kenntnis genommen. — Ein Antrag der Gasanstalt, wegen der starken Belaubung der Bäume bis Ende Juli sämtliche Laternen in der Friedrichstraße als Nachlaternen brennen zu lassen, wurde angenommen. — Vom Genossen Sonnenburg wurde die Verzögerung der Pflasterung des Mühlengartens und der Kastanienallee infolge eingelegter Proteste auf das lebhafteste bedauert. Der beschämende Zustand dieser Straßen, namentlich bei starken Niederschlägen, bedingt die schleunigste Inangriffnahme der Pflasterung trotz der erhobenen Widersprüche verschiedener Anlieger. Die Vertretung beschloß, dem Gemeindevorstand aufzugeben, die Angelegenheit zu beschleunigen und in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Nach einem angenommenen Dringlichkeitsantrag des Genossen Sonnenburg verurteilte derselbe in scharfer Weise die Behandlung der Unterstüßungsgesuche arbeitloser Einwohner. Drei Gesuche seien von dem Gemeindevorstand der Armenkommission zur Recherche überwiesen, trotzdem bei der Staatsberatung der Antrag der sozialdemokratischen Vertreter angenommen wurde, 3000 M. zur Unterstützung von arbeitslosen Einwohnern nicht in den Titel „Armenwesen“, sondern in den Titel „Insgesamt“ einzustellen. Bedauerlicherweise seien die drei Gesuche um Arbeitslosenunterstützung vom Gemeindevorstand abgelehnt worden. Er, Sonnenburg, beantrage daher, aus der Mitte der Vertretung eine Kommission zu wählen, welche die Grundfälle aufstellt, nach welchen die Unterstützung von Arbeitslosen zu erfolgen hat. Die von der Kommission ausgearbeiteten Grundfälle sind dann der Vertretung zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Sonnenburg angenommen und in die Kommission der Schöffe Lindenberg als Vorsitzender und die Vertreter Kunze und Sonnenburg gewählt. — Die Ausführung der Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz wurde dem Maurermeister Paul Lerche übertragen. Mit der Errichtung eines Geräteschuppens und der Aborte auf den Sport- und Spielplätzen wurde Schrammerts Nachfolger und mit dem Brunnenbau der Brunnenmacher Ahl betraut.

In dem Gemeindebezirk Friedrichshagen (einschließlich der Kolonie Hirschgarten) starben im Jahre 1908 165 Personen. Im 1. Lebensjahr starben 31 männliche und 17 weibliche, im 2. bis 16. Lebensjahre 4 männliche und 4 weibliche, über 16 Jahre 56 männliche und 63 weibliche Personen. Von den über 16 Jahre alten Personen starben an Altersschwäche 21, an Gehirn- und Hirnhautentzündung 4, an Gesichtstriebe 1, an Lebererkrankung 5, an Lungen- und Lufttröhrentzündung 15, an Lungenschwindsucht 8, an Magen- und Darmkatarrh 3, an Nierenkrankung 2, an Schlaganfall 20, an Unterleibsentzündung 1, an Zuckerkrankheit 3 und an unnatürlichen Todesarten 6.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ungeler 15: Generalversammlung.

Vermischtes.

Der „Seppelin I“

befindet sich noch immer in Mittelbibow in einer schwierigen Lage. Bis zur Stunde ist an eine Weiterfahrt nicht zu denken. Ein gestern mittag in Mittelbibow aufgegebenes Telegramm meldet: Das Wetter ist stürmisch geworden. Festige Böden machen Aufstieg und Weiterfahrt des Seppelin I vorerst ganz unmöglich. Man schätzt die Windstärke auf 14 Meter in der Sekunde, und es ist die ganze Umrüstung und Energie der Führer erforderlich, um das auf offenem Felde liegende Luftschiff vor Unfällen zu sichern. Der Aufstieg wird wahrscheinlich nicht vor morgen früh erfolgen.

Mannheim wird Luftschiffstation.

Nach einem Telegramm aus Mannheim ist diese Stadt als Luftschiffstation endgültig bestimmt. Die Luftschiffhalle wird auf der Friesenheimer Insel errichtet werden. Die Kosten der Halle werden durch private Beiträge bestritten.

Ueber eine folgenschwere Explosion wird aus Düsseldorf vom gestrigen Tage berichtet: Heute vormittag erfolgte bei den Reinigungsarbeiten in den Kanalisationen eine heftige Explosion, die man auf eine Ansammlung von Gasen an der Unglücksstätte zurückführt. Vier städtische Arbeiter wurden mit schweren Verletzungen von der Feuerwehr aus den Schuttbergen hervorgezogen; einer ist im Krankenhaus seinen Wunden bereits erlegen.

Lebendig begraben. In St. Gallen und St. Fiden verbreitete sich am Dienstagvormittag das Gerücht, in dem verschütteten Bruggwaldtunnel befände sich noch ein Lebender. Man habe Pflasterarbeiten von innen gehört. Die Nachricht fand zuerst keinen Glauben, fand doch bereits acht Tage seit dem Unglück verfloßen. Schon nach zwei Tagen hatte man offiziell alle im Schacht Liegenden für tot erklärt. Nun bestätigt sich aber, wie der „S. A.“ meldet, das Gerücht, daß noch ein Lebendiger begrabener zu retten sei. Um Mittag schon wurden, nachdem wenige Meter Schutt weggeräumt waren, die ersten Pflasterarbeiten vorgenommen. Unter Lebensgefahr setzte sich Oberingenieur Ras während voller zwei Stunden persönlich mit dem Ueberlebenden in Verbindung. Dieser gab an, er habe von den anderen Verunglückten kein Lebenszeichen gehört. Ein halbes Dutzend Arbeiter stellen jetzt einen schmalen und niedrigen Tunnel durch die eingestürzten Erdmassen hindurch her. Die Nachgrabungen müssen hinsichtlich der Richtung mehr oder weniger auf Geratemühe erfolgen. Genaue Anhaltspunkte hierfür sind nicht vorhanden. Der Vortrieb durch die Schuttmassen erfordert große Vorsicht und umfassende Vorbereitung. Fortwährend müssen Einbaue hergestellt werden. Sogutagen jede Schaufel Material erfordert eine Sperrung. Die Arbeiter am Unglücksorte legen bei den Rettungsarbeiten einen staunenswerten Mut an den Tag. Abends 8 Uhr waren die Rettungsarbeiten immer noch erfolglos. Die Pflasterarbeiten sind inzwischen wieder verstummt. Es wird nun versucht, dem Verschütteten Wasser und Lebensmittel zuzuführen. Der Arbeiter und des übrigen Personals hat sich eine fieberhafte Erregung bemächtigt, und zahlreiche Techniker eilen herbei, um an der Rettung mitzuhelfen.

Töblicher Absturz in den heitrischen Alpen. Der Ingenieur Gütel aus Wien ist im Gebiete des Grucning nächst Aussee von der Kullerkerpspige abgestürzt, als er die letzte schwierige Stelle, einen Kamin, passieren wollte. Er stürzte 80 Meter tief zu Füßen seiner sechs Begleiter ab und blieb mit geschmeitertem Schädel tot liegen. Die Bergung der Leiche des in den besten Jahren stehenden Mannes erforderte eine sechsstündige Arbeit. Die Leiche mußte stellenweise über das zerklüftete Felsterrain hinweggeworfen werden.

Die Schände von Petersburg.

Man schreibt uns aus St. Petersburg vom 27. Juni: Das diesmalige Ueberhandnehmen der Cholera in der Hauptstadt, die täglich bereits mehrere Hundert neuer Kranke aufweist und am letzten Tage sogar die Zahl 100 neu Hinzugekommener erreicht hat, ist nicht nur ein Unglück, es ist auch eine Schande für die gesamte Stadtverwaltung. Als die Cholera im vorigen Jahre ausbrach, gab es wenigstens eine Entschuldigung für die Kopfschüttigkeit der Behörden. Unterdes ist das ein volles Jahr verfloßen, ohne daß irgendwelche wesentliche Maßregeln zur Sanierung Petersburgs ergriffen worden wäre. Alles rief im vorigen Herbst nach schleuniger Durchführung der Kanalisation, alles mahnte, warte vor diesem Sommer, der Chef der Sanitätskommission Subert erklärte im April, daß die Cholera nach einem Monat zu erwarten sei, aber die Petersburger Stadtväter rührten bis zum letzten Tag nicht einen Finger, um dem Unheil zu steuern, obwohl es bekannt war, daß die reichen Gewässer von Petersburg, von der Newa bis zur Kleinsten Räfte, von Choleraorganismen überfüllt sind. Die Stadtverwaltung, die als Vertreterin großer Hausbesitzer stets nur deren Interessen zu wahren beabsichtigt, hat sich demnach blamiert, daß die Regierung jetzt in ihre Rechte eingreift und die zwangsweise Sanierung der Residenz durchzuführen entschlossen ist. Zu diesem Besuche setzt sie jetzt eine Beamtensmission ein, die auf eigene Faust hin alle für die Gesundheit Petersburgs ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen in die Wege zu leiten hat, wiewegen eine Hundertmillionenleihe aufgenommen werden soll. Dies heißt allerdings den Teufel durch Bescheib vertreiben. Denn wer sollte nach den unheimlichen Enttäuschungen über die Diefställe in allen staatlichen Institutionen zu der neuen bürokratischen Kommission Vertrauen haben? Die Stadtväter und Magistrat haben es sich aber außerdem noch zuzuschreiben, daß das Prinzip der selbständigen städtischen Verwaltung bei dieser Gelegenheit gründlichst durchlöchert wird, so daß ein Präzedenzfall von unab-

Petersburg, 30. Juni. An der Cholera sind seit gestern 90 Personen erkrankt, 28 gestorben. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 574.

Wetterübersicht vom 30. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer (hdb. mm), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. (in Grad C), Stations, Barometer (hdb. mm), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. (in Grad C).

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. Juli 1908. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 29. 6., 28. 6., am 29. 6., 28. 6., Wasserstand, am 29. 6., 28. 6., am 29. 6., 28. 6.

1) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.